



ANPACKEN



**Klare Haltung.
Starke Stimme.**
Für die niedersächsische Wirtschaft.

Sehr geehrte
Damen und Herren,

LIEBE MITGLIEDER,



Andreas
Dr. Andreas Jäger
Präsident

Benedikt Hüppe
Benedikt Hüppe
Hauptgeschäftsführer

Wachstum und Investitionen bleiben aus, Industrie und Infrastruktur verlieren an Substanz, Arbeits- und Produktionskosten sind im internationalen Wettbewerb ein Standortnachteil. Das schwächt Deutschlands Resilienz und verstärkt strategische Abhängigkeiten.

Die Lage ist sehr ernst.
Aber nicht alternativlos.

Bisher hat uns die Soziale Marktwirtschaft verlässlich getragen: Wettbewerb und Wachstum als Voraussetzung für Beschäftigung, gesellschaftlichen Wohlstand und Zusammenhalt. Daran müssen wir anknüpfen.

Die Ursachen sind bekannt, die Lösungen liegen auf dem Tisch. Jetzt geht es darum, sie entschlossen umzusetzen: Mit politischen Rahmenbedingungen, die Wettbewerbsfähigkeit stärken, Transformation ermöglichen und den Staat modernisieren.

Deutschland braucht mutige Reformen bei Sozialstaat, Staatsmodernisierung, Bürokratieabbau, Digitalisierung und Fachkräftesicherung.

Deutschland braucht Investitionen in ein wettbewerbsfähiges Energiesystem, Rohstoffunabhängigkeit, leistungsfähige Infrastrukturen, technologieoffene Innovationen.

Deutschland braucht den Mut zur Vollendung des europäischen Binnenmarkts, der Eigenverantwortung, Außenhandel und Sicherheit stärkt, statt in Doppelregulierungen zu verharren.

Unser Tätigkeitsbericht zeigt, wie wir uns als Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft dafür auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene einsetzen.

Niedersachsen verfügt über Unternehmen, Beschäftigte und Know-how, um den Wirtschaftsstandort auf Wachstumskurs zu bringen. Bund und Land müssen JETZT die Voraussetzungen dafür schaffen.

UVN – für alle, die anpacken statt abwarten. 



TDNW 2025

Seite 108



**Dialogkreis
Pflege**

Seite 38



Nds. Klimarat

Seite 100

DIE UVN

- 04 Interview Hauptgeschäftsführung
- 06 Die UVN
- 08 Neue Mitglieder
- 09 Präsidium und Vorstand
- 10 Externe Gremien

- 116 Sommerfest 2025
- 118 UVN-Termine 2025 | 2026
- 122 UVN-Mitglieder
- 126 UVN-Team
- 128 Impressum

UVN-POSITIONEN

- 14 **Arbeit | Soziale Sicherung**
Arbeitskosten senken,
Tarifautonomie stärken und
Sozialverwaltung reformieren. ▀
- 30 **Gesundheit | Pflege**
Pflege- und Krankenversorgung
zukunftssicher aufstellen für eine
leistungsfähige Gesundheitswirtschaft. ▀
- 40 **Bildung | Fachkräfte**
Alle Hebel zur Fachkräftesicherung,
-gewinnung und -zuwanderung in
Bewegung setzen. ▀



INHALT

56 **Staatsmodernisierung | Finanzen**

Mit Verwaltungsdigitalisierung, Bürokratieabbau, schnelleren Verfahren sowie einer echten Unternehmensteuerreform und klaren staatlichen Ausgabenprioritäten Investitionen und Wachstum ermöglichen. 

66 **Digitalisierung | Innovation**

Digitalisierung und Innovationsförderung in Bildung, Wirtschaft und Verwaltung. 

78 **Umwelt | Industrie | Nachhaltigkeit**

Transformation, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit brauchen verlässliche, technologieoffene politische Rahmenbedingungen, Rohstoffunabhängigkeit, resiliente Lieferketten sowie eine moderne Kreislaufwirtschaft und leistungsfähige Infrastruktur. 

94 **Energie | Klima | Wasser**

Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit durch weniger Bürokratie, verlässliche Investitionsbedingungen, sinkende Energiekosten und ein systemisches Zusammenspiel von Netzausbau, Erzeugung, Speicherung, Steuerung und Verbrauch. 

106 **Außenwirtschaft | Sicherheit**

Starke Freihandelsbündnisse und eine moderne Sicherheitsarchitektur stärken unsere Resilienz, sichern unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und positionieren uns als ernstzunehmenden Verhandlungspartner. 

KLARE HALTUNG. STARKE STIMME.

75 Jahre UVN: Stimme der niedersächsischen Wirtschaft – verlässlich, zukunftsorientiert und durchsetzungsstark.

? Herr Hüppe, die Geschichte der Unternehmerverbände Niedersachsen beginnt noch vor der Gründung des Landes Niedersachsen. Wie haben die UVN sich seither entwickelt?

Benedikt Hüppe:

Unternehmer wollten der niedersächsischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in einer schwierigen Zeit wieder eine gemeinsame Stimme geben. Aus dieser Initiative entstand zunächst die „Landesvereinigung der Niedersächsischen Arbeitgeberverbände“ – die heutigen UVN. Heute sprechen wir für mehr als 100 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände mit rund 200.000 Unternehmen und circa 2,6 Millionen Beschäftigten. Unser Ziel ist es, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung in Niedersachsen zu sichern.

? Welche Bedeutung haben die UVN für Politik und Gesellschaft?

Christoph Meinecke:

Die Idee von Sozialpartnerschaft, also Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen, gibt es seit mehr als 100 Jahren. Sie prägt die Soziale Marktwirtschaft und fand ihre verfassungsrechtliche Grundlage in Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes: Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften gestalten Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen eigenverantwortlich mit – ein Erfolgsmodell.

? Wie hat sich die Arbeit der UVN in den vergangenen Jahrzehnten verändert?

Bianca Beyer:

Europäische Integration, die Globalisierung von Lieferketten, Abhängigkeiten und internationale Wettbewerbsfähigkeit haben die Reichweite unserer Arbeit erheblich erweitert. Viele wirtschaftspolitische Entscheidungen werden heute auf europäi-

scher Ebene vorbereitet oder getroffen. Deshalb sind wir nicht nur im engen Austausch mit Kommunen, Landesregierung und Bundespolitik, sondern bringen uns auch in Brüssel ein, pflegen Kontakte zu BusinessEurope und begleiten weltweit Delegationsreisen.

? Welche Rolle spielt dabei die Verbändegemeinschaft?

Benedikt Hüppe:

Aus wenigen Kernaufgaben ist im Laufe der Jahrzehnte ein breites Themen-, Gremien- und Aufgabenfeld entstanden. Heute arbeiten rund 30 Beschäftigte in der Bürogemeinschaft der UVN und ihrer Dienstleistungsgesellschaft DNW. Unsere besondere Stärke liegt dabei im engen Austausch mit unseren Mitgliedsverbänden. So verbinden wir Fachwissen aus unterschiedlichsten Regionen und Branchen mit politischer Durchsetzungskraft.

? Wie muss man sich die Kommunikationswege der UVN im Gesamtgefüge vorstellen?

Benedikt Hüppe:

Als Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft engagieren wir uns in zahlreichen Beiräten, Kommissionen und Gremien. Dort bringen wir die Perspektive der Unternehmen ein und setzen uns dafür ein, dass politische Entscheidungen den Wirtschaftsstandort stärken. Hinzu kommen unsere Fachveranstaltungen, Stellungnahmen, Anhörungen im Landtag und der direkte Dialog mit Politik und Verwaltung.

Christoph Meinecke:

Die UVN sind als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Landesvertretung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und weiteren Verbänden in Bürogemeinschaft die Schnittstelle zwischen Niedersach-

sen, Berlin und Brüssel. Wir bündeln die Positionen unserer Mitglieder und bringen sie gegenüber Politik, Verwaltung, Bundes- und EU-Verbänden sowie der Öffentlichkeit ein.

Bianca Beyer:

Unsere Themenvielfalt spiegelt sich in der Aufteilung der Stellvertretenden Hauptgeschäftsführung wider. Christoph Meinecke verantwortet die Bereiche Recht, Arbeitsmarkt, Soziale Sicherung, Bildung und Gesundheit. Bei mir liegen Industriepolitik, Mittelstand, Energie, Umwelt, Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Wirtschaftsförderung, Außenhandel sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik.



Blicken wir nach vorn: Was sind die wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre?

Christoph Meinecke:

Deutschland und Niedersachsen stehen vor großen Herausforderungen. Bildung und Fachkräfteentwicklung ist ein Megathema. Auch die sozialen Sicherungssysteme müssen dauerhaft leistungsfähig und finanzierbar bleiben. Dafür brauchen wir Struktur-reformen. Gleichzeitig ist Deutschland im internationalen Vergleich ein Hochsteuerland. Wer Wachstum ermöglichen will, muss Arbeit, Investitionen und unternehmerisches Handeln wieder attraktiver machen.

Bianca Beyer:

Wir müssen wieder mehr Dynamik in die Wirtschaft bringen. Das bedeutet schnellere Planung, Genehmigung und Umsetzung durch konsequente Digitalisierung und weniger Bürokratie. Die Energiewende muss als Gesamtsystem gedacht werden. Entscheidend sind verlässliche und technologie-offene Rahmenbedingungen, damit Unternehmen investieren können.



Benedikt Hüppe:

Unser Anspruch bleibt derselbe wie vor 75 Jahren: Wachstum entsteht durch Wettbewerbsfähigkeit. Die Politik setzt die Rahmenbedingungen – den Erfolg schaffen die Unternehmen. Angesichts geopolitischer Umbrüche werden wirtschaftliche Stärke, Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit künftig noch enger zusammenhängen. Europa muss wirtschaftlich und sicherheitspolitisch handlungsfähig bleiben. Dafür braucht es einen innovativen, wettbewerbsfähigen und resilienten Wirtschaftsstandort Niedersachsen.

UVN – FÜR ALLE, DIE ANPACKEN STATT ABWARTEN.

DIE UVN

UNTERNEHMERVERBÄNDE NIEDERSACHSEN E.V.

Was uns ausmacht?

Wir vertreten Interessen mit Klarheit und Haltung – gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Dabei bringen wir die Perspektiven unserer Mitglieder in die Debatten ein, fördern den Austausch über Branchen hinweg und sorgen dafür, dass wirtschaftliche Vernunft Gehör findet.

Was uns auszeichnet, ist die Verbindung aus Erfahrung, Faktenorientierung und dem Willen, etwas zu bewegen. Wir benennen Probleme und machen konkrete Vorschläge, die praktisch umsetzbar sind.

Denn unser Ziel ist es, bessere Bedingungen für all jene zu schaffen, die unternehmen, ausbilden, investieren und Verantwortung übernehmen – im Kleinen wie im Großen. Denn wer anpackt, braucht einen Verband, der mitzieht.

Klare Haltung.

Wer führt, muss standfest sein. Wir treffen Entscheidungen, setzen Zeichen und geben die Richtung vor – für hunderttausende Unternehmen in Niedersachsen. Kein Zögern, kein Wanken, sondern ein glasklarer Kurs für eine starke Wirtschaft.

Starke Stimme.

Nur wer gehört wird, kann etwas bewegen. Darum sprechen wir mit Kraft und Entschlossenheit. Wir wollen die Zukunft der Wirtschaft mitgestalten. Dafür bringen wir Ideen in Bewegung und räumen Hindernisse aus dem Weg.

Wir sind die UVN – Ihre Unternehmensverbände Niedersachsen.

Als führender Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft kämpfen wir für bessere Bedingungen unserer Unternehmen und treiben Innovationen voran. Unser Netzwerk verbindet Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Für mehr Einfluss, mehr Chancen und weniger Hürden.

Wir sind die maßgebliche Stimme der niedersächsischen Wirtschaft – verlässlich, zukunftsorientiert und durchsetzungsstark. ▀



UVN-Präsident Dr.-Ing. Andreas Jäger wurde gemeinsam mit seinen Stellvertretern Dr.-Ing. York Fusch (rechts) und Dr.-Ing Carsten Kuhlitz (links) am 30. Juni 2026 für weitere drei Jahre im Amt bestätigt.

100+

Mitgliedsverbände

200.000+

Unternehmen in
Mitgliedsverbänden

2,6

Mio. Beschäftigte

aus **Industrie, Handel, Dienstleistung,
Handwerk, Gesundheitswirtschaft und
Landwirtschaft**

100+

Gremien und Ausschüsse

11

Präsidiumsmitglieder

27

Vorstandsmitglieder

WILLKOMMEN!

Drei neue Mitglieder stärken unsere Gemeinschaft.

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

Die Deutsche Automatenwirtschaft e. V.

Seit 2013 vertritt der DAW die Interessen der gesamten Automatenbranche, von der Industrie über den Großhandel bis zu den Aufstellunternehmen – und ist zentraler Ansprechpartner für Politik, Verwaltung, Verbände, Wissenschaft und Medien. Im DAW sind die Spitzenverbände der Branche vereint: der Verband der Deutschen Automatenindustrie e. V. (VDAI) und der Bundesverband Automatenunternehmen e. V. (BA).



BFW Landesverband Niedersachsen/Bremen e. V.

Der BFW Niedersachsen/Bremen ist der regionale Spitzenverband der mittelständischen Immobilienwirtschaft und Interessenvertretung privater Bau-träger und Projektentwickler. Seine Mitglieder realisieren rund 60 Prozent des Geschosswohnungsbaus und zahlreiche Einfamilienhäuser. Sie schaffen Wohnraum für alle Budgets, stärken die Eigentumsquote und erleichtern den Zugang zu Wohneigentum. Als Schnittstelle zwischen Praxis und Politik bringt der BFW belastbares Marktwissen in die öffentliche Debatte ein, fördert praxistaugliche Standards und wirkt an wohnungs- und städtebaulichen Entscheidungen mit.



Verband der Privatkliniken Niedersachsen und Bremen e. V. (VdPkn)

Der VdPkn vertritt seit über 60 Jahren die rechtlichen und politischen Interessen von Krankenhäusern und Reha-/Vorsorgeeinrichtungen in privater Trägerschaft. Unsere Mitglieder sichern einen wesentlichen Teil der akutstationären Versorgung und stationären/ambulanten Rehabilitationsbehandlung in Niedersachsen ab. Der VdPkn unterstützt seine Mitgliedsunternehmen in Sach- und Rechtsfragen, bietet Hilfen in betriebswirtschaftlichen Fragen und informiert über politische und rechtliche Entwicklungen. Unsere Zielsetzung ist eine finanzierbare Gesundheitsversorgung auf qualitativ höchstem Niveau.

Fakten im Überblick

- › 5.100 Unternehmen
- › 56.000 Arbeitsplätze

Sprecher des Vorstands:

Georg Stecker

Ansprechpartnerin in

Niedersachsen & Bremen:

Sabrina Kahmann

www.automatenwirtschaft.de

Fakten im Überblick

- › 100 Mitgliedsunternehmen
- › 120.000 Wohnungen
- › 2.500 neue Wohneinheiten in 2025

Vorstandsvorsitzender:

Dipl. Kfm. Dirk Streicher

Geschäftsführer:

David Jacob Huber

www.bfw-nb.de

Fakten im Überblick

- › 70 Kliniken in privater Trägerschaft
- › Krankenhäuser, Rehabilitations- und Vorsorgeeinrichtungen
- › 15.600 Betten

Vorstandsvorsitzender:

Dr. Hans-Heinrich Aldag

Geschäftsführer:

Detlef Bätz

www.vdpkn.de

PRÄSIDIUM

- › **Präsident: Dr.-Ing. Andreas Jäger**, Geschäftsführender Gesellschafter, Arnold Jäger Holding GmbH
 - › **Stellvertreter und Vorstand gem. § 26 BGB: Dr.-Ing. York Fusch**, Vorsitzender des Vorstands, Körting Hannover AG
 - › **Stellvertreter und Vorstand gem. § 26 BGB: Dr.-Ing. Carsten Kuhlitz**, Geschäftsführender Gesellschafter, Albertuswerke GmbH
 - › **Ehrenpräsident: Werner M. Bahlsen**, Vorsitzender des Verwaltungsrates, Bahlsen GmbH & Co. KG
-
- › **Thomas Echterhoff**, Geschäftsführender Gesellschafter, Echterhoff Bau-Gruppe
 - › **Michael Gensicke**, Geschäftsführer, Robert Bosch Elektronik GmbH
 - › **Gunnar Groebler**, Vorsitzender des Vorstands, Salzgitter AG
 - › **Dr. Ulrich Knemeyer**, Vorsitzender des Vorstands, VGH Versicherungen
 - › **Olaf Piepenbrock**, Geschäftsführender Gesellschafter, Piepenbrock Dienstleistungsgruppe GmbH & Co. KG
 - › **Mike Schneider**, Präsident, Niedersächsischer Handwerkstag
 - › **Folkmar Ukena**, Geschäftsführer, LEDA WERK GmbH & Co. KG

VORSTAND

- › **Florian Bernschneider**, Vorstand, Baugenossenschaft Wiederaufbau eG
- › **Dr. Holger Bissel**, Geschäftsführender Komplementär, Creditreform Hannover-Celle Bissel KG
- › **Anna Blumenberg**, Mitglied der Geschäftsführung, MEYER WERFT GmbH & Co. KG
- › **Dirk Breuckmann**, Präsident, DEHOGA Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Niedersachsen e. V.
- › **Giovanni Di Noto**, Präsidium, Unternehmensverbände Handwerk Niedersachsen e. V. (UHN)
- › **Dr. Eckart Gaude**, Geschäftsführer, ZAG Zeitarbeits-Gesellschaft GmbH Hannover
- › **Kjell Gutzke**, Geschäftsführer, Kretschmer GmbH
- › **Dr. Holger Hennies**, Präsident, Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e. V.
- › **Robert Andreas Hesse**, RAH Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG
- › **Jens J. Jacobi**, Vorsitzender, Familienbetriebe Land und Forst Niedersachsen e. V.
- › **Nils Janßen**, Geschäftsführer, ACC COLUMBIA Jet Service
- › **Marc Knackstedt**, Vorsitzender des Vorstands, Öffentliche Sachversicherung Braunschweig
- › **Heinrich Koch**, Präsident, Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen e. V.
- › **Martin Koschei**, Vorsitzender, Verband Druck und Medien NordOst e. V.
- › **Dr. Annica Lau**, Global Director People & Culture, Martin Braun Backmittel und Essenzen KG
- › **Stefan Mecha**, Vorsitzender des Markenvorstands, Volkswagen Nutzfahrzeuge VW AG
- › **Bernd Meurer**, Vizepräsident, bpa Arbeitgeberverband e. V.
- › **Volker Meyer**, Geschäftsführer, Heinrich Meyer-Werke Breloh GmbH & Co. KG
- › **Philip Nelles**, Mitglied des Vorstands, Continental AG
- › **Wolfgang Niemsch**, Geschäftsführender Gesellschafter, Lanico-Maschinenbau Otto Niemsch GmbH
- › **Christof Rekers**, Geschäftsführer, Rekers Betonwerk GmbH & Co. KG
- › **Martin Steinbrecher**, Vorsitzender des Vorstands, Arbeitgeberverband Oldenburg e. V.
- › **Dr. Andreas Sennheiser**, Geschäftsführender Gesellschafter, Sennheiser electronic GmbH & Co. KG
- › **Olaf Stüven**, Geschäftsführer, DOW Deutschland Anlagengesellschaft mbH
- › **Nicole Sukop**, Vorsitzende, Arbeitgeberverband im Bezirk Hildesheim e. V.
- › **Sabine Ulrich**, Vorsitzende des Vorstands, Diakonischer Dienstgeberverband Niedersachsen e. V.
- › **Frank Wessels**, Geschäftsführer, Emden Schlepp-Betrieb GmbH

EXTERNE GREMIEN

Die UVN vertreten die niedersächsische Wirtschaft u. a. in folgenden wirtschafts- und sozialpolitischen Gremien

Arbeitsmarkt

Arbeitskreis Strukturwandel (BDA)  Ausschuss Arbeitsmarkt (BDA)  Ausschuss Landesvereinigungen Arbeitsmarkt (BDA)  Beirat der Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen  Beirat des IQ-Netzwerks Niedersachsen-Bremen  Beirat der Jugendberufsagenturen  Bündnis Niedersachsen packt an  Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft GmbH  Fachkräfteinitiative des Landes Niedersachsen  Konvent Evangelische Akademie Loccum  Kuratorium Hanns-Lilje-Stiftung

Arbeitsrecht

Arbeitsgericht Hannover  Landesarbeitsgericht Niedersachsen  Landesarbeitskreis für Arbeitssicherheit  Landestarifausschuss  Ausschuss für Arbeitssicherheit (BDA)  Ausschuss der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Arbeitsgericht Hannover  BDA-Projektgruppe Legal Tech  BDA-Ausschuss Arbeitsrecht  BDA-Ausschuss Tarifausschuss  Beirat für Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz (Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung)  Beratender Ausschuss/Richterwahlausschuss (Nds. Justizministerium und Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen)

Bildung

Arbeitsgemeinschaft der Bildungswerke der Deutschen Wirtschaft e. V. (ADBW)  Arbeitskreis Berufsbildung (BDA/BDI)  Arbeitskreis Hochschule Wirtschaft (BDA)  Ausschuss Bildung (BDA/BDI)  Ausschuss Landesvereinigungen Bildungspolitik (BDA)  Bündnis Duale Berufsausbildung  Fachbeirat der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung  Leitung Landesorganisation SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen  Landesausschuss für Berufsbildung (LABB)  Landeschulbeirat  Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen (WKN)

Gesundheit | Soziales

Arbeitsgemeinschaft Europamonitoring KMU UA Chancengleichheit  Aufsichtsrat AOK-Bundesverband  Beirat Diakovere  Beirat für Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz (Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung)  Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund  Digital Health City Hannover  Vorstand Deutsche Rentenversicherung (DRV) Bund  DRV-Ausschüsse & Gremien: Steuerung, Bauten und Beschaffung, Finanzen, Organisation und Personal, NOW IT, Tarifgemeinschaft  Fachkommission Inklusion Niedersächsischen Sozialministerium (Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung)  Niedersachsen-Ring – Landesbeirat zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Niedersachsen  Niedersächsischer Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen  Stiftung Hilfe für Familien in Not  Verwaltungsrat AOK Niedersachsen  Verwaltungsrat GKV-Spitzenverband  Verwaltungsrat Medizinischer Dienst Niedersachsen  Verwaltungsrat Techniker Krankenkasse  Verwaltungsrat Kaufmännische Krankenkasse (KKH)  Sozialwahl: Landeswahlausschuss (Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung); Wahlausschuss bei der DRV BS-H; Wahlausschuss bei der KKH; Wahlausschuss bei der AOK  Widerspruchsausschuss Deutsche Rentenversicherung Bund  Widerspruchsausschuss Gleichstellung behinderter Menschen gemäß § 120 SGB IX (BA Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

Medien

NDR Rundfunkrat  Stellv. Vorsitz NDR Landesrundfunkrat  NDR Verwaltungsrat  Versammlung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM)

Energie | Klima

BDI-Arbeitskreis Klimapolitik  Beirat der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN)  Ausschuss Energie- und Klimapolitik (BDI)  Fachgespräch Wasser (Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz)  Projektgruppe Windenergie (Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz)

Umwelt | Nachhaltigkeit

9. Regierungskommission „Circular Economy“  Ausschuss Umwelt, Technik, Nachhaltigkeit (BDI)  Arbeitskreis Internationales, RBC und nachhaltige Lieferketten (BDA)  Beirat IFU-CERT  Beirat zur Messkampagne des Landes Niedersachsen  Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN)  Runder Tisch zum Klimaschutz in der Zementindustrie  Begleitforum Endlagersuche (Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz)  Dialogforum Abfallentsorgung (Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz)  Ausschusses Nachhaltige Entwicklung (Nds. Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung)

Wirtschaft

ALLIANZ 2035+  Arbeitsgruppe Regional Skills Partnership (Nds. Staatskanzlei)  Ausschuss Emissionsschutz  Ausschuss Steuern (BDI)  Ausschuss Umwelt, Technik, Nachhaltigkeit (BDI)  Leitung Ausstellerbeirat HANNOVER MESSE  Aufsichtsrat IdeenExpo  BBN Bürgschaftsbank Niedersachsen  Beirat ADAC Niedersachsen/Sachsen-Anhalt  Beirat Innenstadtdialog  Beirat Innovation Center  Beirat Mittelstand (Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen)  Beirat Nationalpark Harz  Beirat NBank – Investitions- und Förderbank Niedersachsen  Beirat des Zentrums für digitale Innovationen (ZDIN)  Bündnis bezahlbares Wohnen (Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen)  Clearingstelle des Landes Niedersachsen  FrauenORTE Niedersachsen, Landesfrauenrat Niedersachsen  HIDD – Hannovers Internet der Dinge  IPH Beirat – Institut für Integrierte Produktion Hannover  ITS Automotive Nord GmbH  Landeskreditausschuss  Mittelstands-ausschuss (BDI)  MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft mbH  Multifond-Begleitausschüsse (ESF, EFRE)  Niedersächsischer Wirtschaftspreis Mittelstand und Handwerk  Unternehmerkuratorium (UK) Nord  Verein Wirtschaft in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Wolfsburg- Göttingen GmbH

Sicherheit | Verteidigung

Sicherheitspolitischer Dialog Niedersachsen (Nds. Staatskanzlei)  Projektleitung Rüstungscluster Niedersachsen (RCN)

UVN-Beteiligungen u. a.

Bürgschaftsbank Niedersachsen GmbH  Dienstleistungsgesellschaft der Norddeutschen Wirtschaft mbH (DNW)  niedersachsen.digital e.V.  Niedersächsische Gesellschaft zur Endlagerung von Sonderabfall mbH  Ideen-Expo GmbH

DIENSTLEISTUNGSGESELLSCHAFT

Erfolg im Verbund

Wir verknüpfen fachliche Expertise mit einem starken Netzwerk und schaffen so für unsere Kunden echten Mehrwert. Die DNW begleitet Unternehmen, Institutionen und Netzwerkpartner mit hochwertigen Seminaren, Fachworkshops, exklusiven Veranstaltungsangeboten im Bereich Sport & Kultur sowie weiteren Businesslösungen – schnell, zuverlässig und lösungsorientiert.

- › Strategisch Lobbyarbeit gestalten
- › Politisch wirksam kommunizieren
- › Rüstungsrecht – Sondervorschriften für Geschäfte der Rüstungsindustrie
- › Deutschland im Ernstfall – Rechtliche Grundlagen für Unternehmen und Staat
- › Mythos Beschaffungsamt der Bundeswehr: Vergabe von Rüstungsaufträgen
- › Energierecht aktuell: Industriestrompreis und Kundenanlage
- › Praxis-Workshop für strategische KI-Kompetenz
- › Geschäftsführung mit System – Überlebenstraining für Geschäftsführer
- › co2ncept plus Online-Seminare zum CO₂-Emissionshandel und Klimastrategien

Seminare & Fachworkshops



Foto: NicoElNino - stock.adobe.com



DER NORDDEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Sport & Kultur



Foto: TIMDAVIDCOLLECTION - stock.adobe.com

- › VIP-Karten und UVN-Loge bei Hannover 96
- › VIP-Karten für Bundesliga-Handballspiele der Recken in Hannover
- › VIP-Karten für Konzerte in der Heinz von Heiden Arena und Zag Arena
- › Kartenkontingente für die Elbphilharmonie Hamburg, Zugang zur Circle Lounge
- › Tickets für die Hannover Wies'n

Businesslösungen



Foto: InfiniteFlow - stock.adobe.com

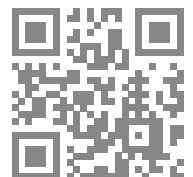
- › Delegationsreisen
- › Softwarelösungen wie Kanzleisoftware, Prime AI, Hinweisgeberschutzsystem
- › Energielösungen & Energieaudit
- › Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit
- › Mobilfunklösungen
- › Datenschutz

“

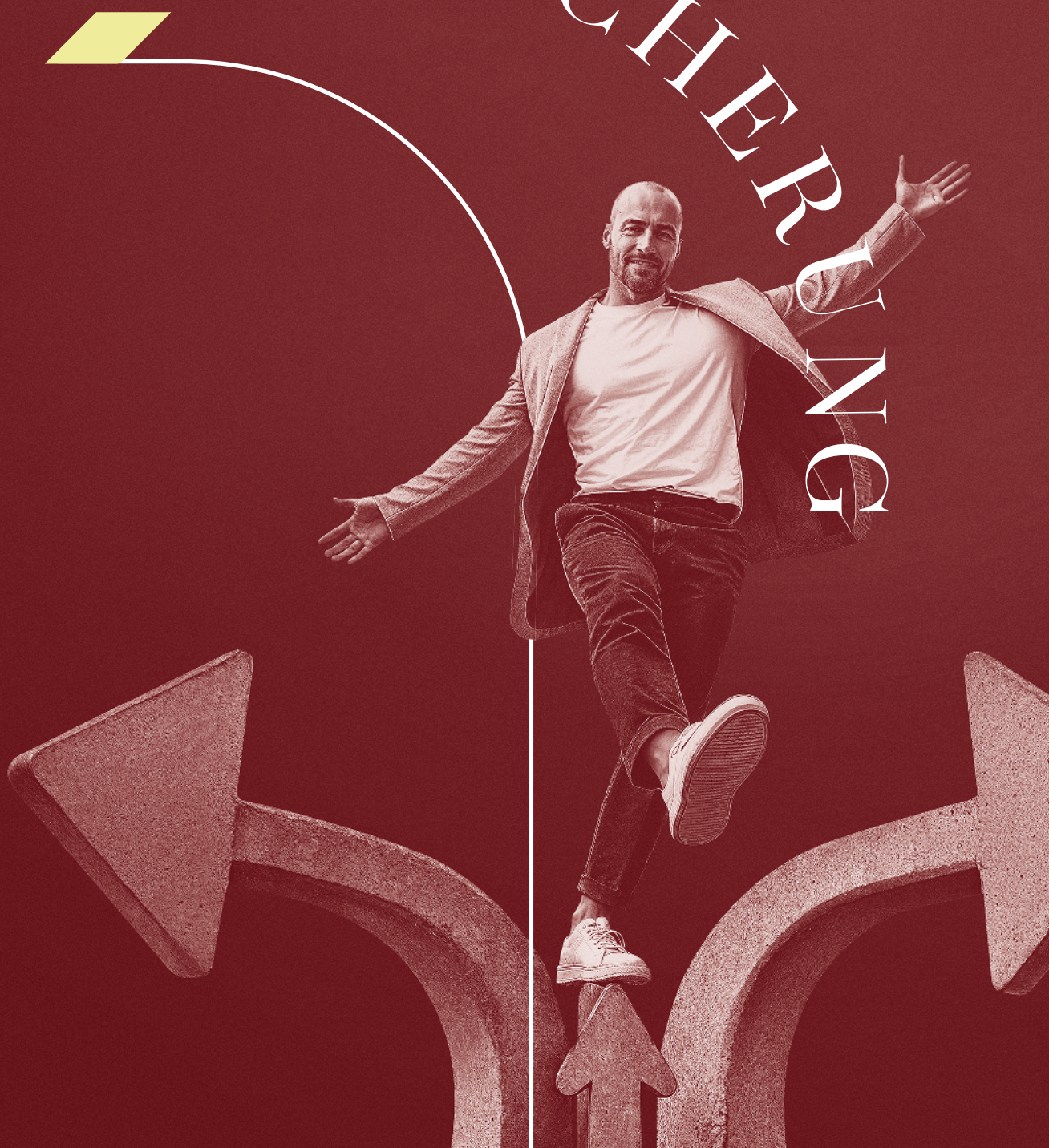


Kerstin König
Vertrieb | Kunden-
betreuung
DNW mbH

„Ob Weiterbildung, Netzwerkveranstaltung, Businesslösung oder Premium-Event – wir unterstützen Sie mit maßgeschneiderten Angeboten und exklusiven Vorteilen. Sprechen Sie uns an – wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme und darauf, Ihren Erfolg im Verbund mitzugestalten!“ 



ARBEIT SOZIALE SICHER- HEIT



Arbeitskosten senken, Tarifautonomie stärken und Sozialverwaltung reformieren.

- 16 Mindestlohn muss der Tarifentwicklung folgen und nicht umgekehrt
- 17 Mitbestimmung muss praxistauglich bleiben
- 17 Bundestariftreuegesetz: Hoher Aufwand, geringe Wirkung
- 18 Niedersächsisches Tariftreuegesetz ist Eingriff in die Tarifautonomie
- 19 Telefonische Krankschreibungen beenden
- 19 Arbeitsrecht im Wandel: Praxis braucht Klarheit
- 20 Zwischen Meinungsfreiheit und AGG
- 21 Corona-Rückforderungen bleiben komplex
- 21 Richter-Verbände-Gespräch 2025
- 22 Erwerbstätigkeit von Eltern stärken
- 23 Sozialsystem-Reform ohne Denkverbote
- 24 Beitragsstabilität sichern: Rentenalter an Lebenserwartung koppeln
- 25 Feiertagsdebatte erkennt wirtschaftliche Realität
- 26 Soziales Engagement stärkt Wirtschaft und Zusammenhalt
- 27 Strukturprobleme am Arbeitsmarkt lösen
- 27 Transformation im Unternehmen gestalten
- 28 Budget für Arbeit: Inklusion als Fachkräftechance
- 29 10 Jahre Bündnis „Niedersachsen packt an“

Mindestlohn muss der Tarifentwicklung folgen und nicht umgekehrt

Das Ergebnis der Mindestlohnkommission im Juni 2025 war eine klare Herausforderung für Tarifgefüge und Unternehmen. Die Einigung zeigte, dass die Sozialpartnerschaft handlungsfähig ist – und sie ist ein klares Signal gegen die wahltaktische Einmischung der Politik in den Mindestlohn. Dieser muss der Tariflohnentwicklung folgen und nicht umgekehrt. Nur so lassen sich faire Wettbewerbsbedingungen sichern und Beschäftigung erhalten.

Gleichzeitig stellt das Ergebnis viele Unternehmen und Tarifgefüge vor Herausforderungen, da steigende Kosten weitergegeben werden müssen und sich gesamtwirtschaftlich auswirken. Auch mögliche Effekte auf die Ausbildungsattraktivität gilt es im Blick zu behalten. Entscheidend bleibt, dass der Mindestlohn der Tarifentwick-

lung folgt und nicht umgekehrt. Politische Eingriffe an der Kommission vorbei würden die Tarifautonomie gefährden, ein grundgesetzlich geschütztes Recht der Sozialpartner infrage stellen und bewährte Strukturen schwächen. 

Mitgliederstimmen



Stefan Ortmann
Hauptgeschäftsführer
Landvolk Niedersachsen
Landesbauernverband e.V.

„Eine Sonderregelung für landwirtschaftliche Saisonarbeitskräfte im Mindestlohngesetz ist für die Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich. Marktgerechte Arbeitskosten sind wichtig, um die heimische Selbstversorgung mit Obst und Gemüse sowie die Zukunft unserer arbeitsintensiven Sonderkulturen zu sichern. Neben der Versorgungssicherheit stärkt es die Wertschöpfung im ländlichen Raum Niedersachsens.“ 

EHRENAMTLICHE RICHTERINNEN UND RICHTER GESUCHT

Für die niedersächsischen Arbeits- und Sozialgerichte suchen wir als Spitzenverband der niedersächsischen Arbeitgeber regelmäßig neue ehrenamtliche Richterinnen und Richter. Ihre Tätigkeit ist eine wichtige Säule unserer Rechtsprechung, da das Ehrenamt praktische Erfahrungen aus der Arbeitswelt in gerichtliche Entscheidungen einbringt.

Das Ehrenamt können Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit übernehmen, die im jeweiligen Gerichtsbezirk wohnen oder arbeiten und in Arbeitgeberfunktion tätig sind bzw. über Personalbefugnisse verfügen.

Die Amtszeit beträgt fünf Jahre. In dieser Zeit ist mit etwa sechs Sitzungstagen pro Jahr zu rechnen (jeweils ein halber Arbeitstag).

Haben Sie Interesse? Sprechen Sie uns an! 

Mitbestimmung muss praxistauglich bleiben

Reform darf Unternehmen nicht durch Bürokratie und Regulierung belasten

Am 11. Juli 2025 hat der Bundesrat den Entschließungsantrag zur umfassenden Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung beschlossen. Er verfolgt das richtige Ziel der Anpassung an Digitalisierung und KI. Wir unterstützen diesen Ansatz ausdrücklich. Gleichzeitig gehen die beschlossenen Neuerungen über bisherige Vereinbarungen hinaus und lassen zusätzliche Reglementierung und Bürokratie erwarten. Das birgt Risiken für Flexibilität und Handlungsfähigkeit der Unternehmen. Notwendig sind rechtssichere, digitale und praxistaugliche Verfahren, die Zusammenarbeit fördern statt lähmen. Eine zukunftsfähige Mitbestimmung braucht daher einen ausgewogenen Ausgleich zwischen Beteiligungsrechten und unternehmerischer Entscheidungsfreiheit, um Wettbewerbsfähigkeit und Transformation nicht zu gefährden. 

Mitgliederstimmen



Michael Bosse-Arbogast
Hauptgeschäftsführer
Kommunaler Arbeitgeberverband
Niedersachsen e. V.

„Das Streikrecht ist für uns unantastbar. Ver.di hat in den Tarifverhandlungen zum ÖPNV in Niedersachsen aber die Bodenhaftung verloren. Der Entgelt- und Urlaubserhöhung, dem Sonntagszuschlag sowie weiteren Punkten wurde zugestimmt. Beim Thema Arbeitszeitreduzierung bei vollem Lohnausgleich mussten sich die Arbeitgeber jedoch geschlossen gegen eine Absenkung aussprechen – mit Blick auf Kostendruck und Fachkräftemangel würde sie zu einer spürbaren Verschlechterung des Fahrplanangebotes führen. Wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden. Die Finanzierung erfolgt durch die Kommunen, die Fahrgäste und letztlich durch die Steuerzahler.“ 

Bundestariftreuegesetz: Hoher Aufwand, geringe Wirkung

Bundesrat lässt maßgebliche Änderungen unberücksichtigt und stimmt Bundestariftreuegesetz am 27. März 2026 zu

Trotz letzter Änderungen im Bundestag schafft das Bundestariftreuegesetz neue Nachweis-, Kontroll- und Bürokratiepflichten und setzt Unternehmen in einer wirtschaftlich angespannten Lage zusätzlich unter Druck. Auch der Umstand, dass die Anforderungen noch durch branchenspezifische Rechtsverordnungen mit Inhalt gefüllt werden müssen, zeigt: hier wird nichts einfacher oder schneller. Die Umsetzung und Kontrolle in der vor-

gesehenen Komplexität wird eine Mammutaufgabe und konterkariert sämtliche Bemühungen zur vereinfachten Vergabe von Aufträgen. In der Konsequenz ist nicht zu erwarten, dass das Gesetz zu mehr Tarifbindung führt, sondern vielmehr praktische Vollzugsprobleme und Wettbewerbsverzerrungen schafft. Damit wurde die Chance vertan, mehr Vertrauen und Eigenverantwortung zwischen Wirtschaft und Staat zu fördern. 

Niedersächsisches Tariftreuegesetz ist Eingriff in die Tarifautonomie

UVN-Stellungnahme zum Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz

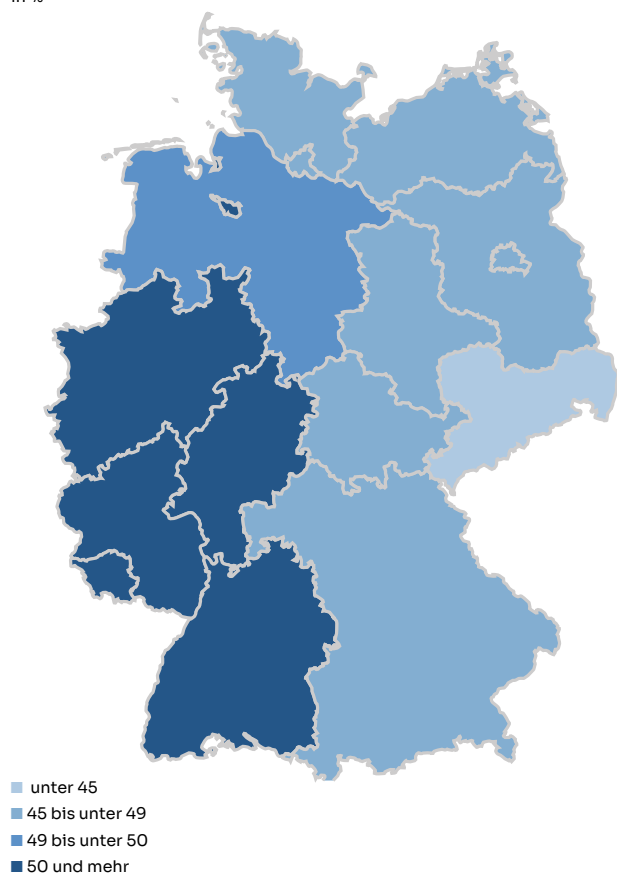
Die Landesregierung hat am 24. Februar 2026 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes in den Landtag eingebracht. Gegenüber der Landesregierung nahmen wir dazu Stellung. Wir bekennen uns klar zur Sozialpartnerschaft und zur Tarifbindung. Der Gesetzentwurf greift

jedoch tief in die grundgesetzlich geschützte Tarifautonomie ein, schafft zusätzliche Bürokratie und sorgt für rechtliche Unsicherheit bei Unternehmen.

Tarifverträge beruhen auf Freiwilligkeit – ihre Durchsetzung über das Vergaberecht ist der falsche Weg. Viele Unternehmen zahlen bereits heute wettbewerbsfähige Löhne; nicht aufgrund staatlicher Vorgaben, sondern im Wettbewerb um Fachkräfte.

Zugleich drohen zusätzliche Bürokratie und erhebliche praktische Probleme. Die Vielfalt tariflicher Regelungen lässt sich nicht praxistauglich in Verordnungen abbilden. Auch die Auswahl „repräsentativer“ Tarifverträge führt zu Rechtsunsicherheit. Vorgesehene Nachweis- und Kontrollpflichten erschweren Vergabeverfahren zusätzlich. ▀

Tarifbindung 2025 nach Bundesländern
in %



Kartengrundlage © GeoBasis-De / BKG 2019
© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2026

Mitgliederstimmen



Cornelia Höltkemeier
Geschäftsführerin
Landesvereinigung Bauwirtschaft
Niedersachsen e. V.

„Auch das Bau- und Ausbauhandwerk steht zu dem Ziel, Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen zu verhindern. Inwiefern jedoch die diskutierten Tariftreue- und Vergaberegeln tatsächlich dazu beitragen, wird entscheidend davon abhängen, ob und wie die Auftraggeber die neu abgefragten Informationen vor der Vergabe konsequent prüfen und berücksichtigen.“ ▀

Stellv. Hauptgeschäftsführer
Christoph Meinecke am 15. Oktober 2025 im Sat.1-Interview



Telefonische Krankschreibungen beenden

Eine weiterhin hohe Zahl telefonischer Krankschreibungen ist ein ernstzunehmendes Problem für Arbeitgeber, insbesondere in Zeiten von Fachkräftemangel und wirtschaftlicher Unsicherheit. Diese vereinfachte Praxis war während der Pandemie sinnvoll, birgt im Alltag jedoch gesundheitliche Risiken und Missbrauchs-

gefahren. Nur eine persönliche Untersuchung oder das direkte Gespräch mit dem Arzt – vor Ort oder in einer Videosprechstunde – dienen der Feststellung der Arbeitsunfähigkeit sowie Gesundheitsvorsorge und Früherkennung. Wir brauchen wieder verlässliche und klare Strukturen statt zusätzlicher Unsicherheiten. ▀

Arbeitsrecht im Wandel: Praxis braucht Klarheit

Leibniz Forum Arbeitsrecht am 11. September 2025 und 5. März 2026 in der Leibniz Universität Hannover

Das Leibniz Forum Arbeitsrecht der LUH-Lehrstühle von Prof. Dr. Roland Schwarze und Prof. Dr. Felipe Temming in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund

Dr. Ursula Rinck i.R.d. Leibniz Forum
Arbeitsrecht am 5. März 2026.



(DGB) Region Niedersachsen-Mitte und den UVN bringt regelmäßig die arbeitsrechtliche Praxis, Wissenschaft und Studierenden zusammen. Im Fokus stehen aktuelle arbeitsrechtliche Fragestellungen mit hoher Relevanz für die betriebliche Praxis.

Im September 2025 beleuchtete Prof. Dr. Achim Seifert, Universität des Saarlandes, aktuelle Probleme des Beschäftigtendatenschutzes. Im März 2026 stand mit Dr. Ursula Rinck, Richterin am Bundesarbeitsgericht, die Beteiligung des Betriebsrates bei personellen Einzelmaßnahmen im Mittelpunkt.

Das Forum verdeutlicht die Bedeutung eines kontinuierlichen Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis. Es liefert wichtige Impulse für rechtssichere und praxistaugliche Lösungen und trägt dazu bei, Unternehmen und Studierenden Orientierung in einem sich wandelnden arbeitsrechtlichen Umfeld zu geben. ▀

Zwischen Meinungsfreiheit und AGG

Arbeitsrechtliche Veranstaltungen 2025

Am 9. September 2025 diskutierten wir arbeitsrechtliche Konsequenzen bei Äußerungen von Beschäftigten in sozialen Medien im Kontext extremistischer Inhalte.

Ausgangspunkt war ein Urteil des LAG Düsseldorf vom 8. Oktober 2024 (3 SLa 313/24), das die Grenzen arbeitsrechtlicher Sanktionen aufzeigt. Ergänzend wurde der Umgang mit extremistischem Verhalten inner- und außerbetrieblich beleuchtet. Die Vortragenden Dr. Rhea-Christina Klagges und Simon Felsmann (Kanzlei Laborius – Die Fachanwälte für Arbeitsrecht) gaben einen Überblick über aktuelle Beispiele aus der Rechtsprechung sowie praktische Einblicke als Grundlage für die anschließende Frage- und Diskussionsrunde.

Am 15. und 16. September 2025 begrüßten wir viele Arbeitsrechtlerinnen und Arbeitsrechtler zur fachanwaltlichen Fortbildung im Rahmen unserer zweitägigen Veranstaltung in Hannover. Als Hauptreferenten konnten

wir erstmals Dr. Steffen Lieske (Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Niedersachsen) gewinnen, der einen umfassenden Überblick über die aktuelle Entwicklung der arbeitsgerichtliche Rechtsprechung vermittelte. Wilhelm Mestwerdt (Präsident des Staatsgerichtshofes und des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen) erläuterte in seinem Schwerpunkt Vortrag das Vergütungsrecht. Den aktuellen Stand der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung ergänzte UVN-Arbeitsrechtsexpertin Antje Quernheim.

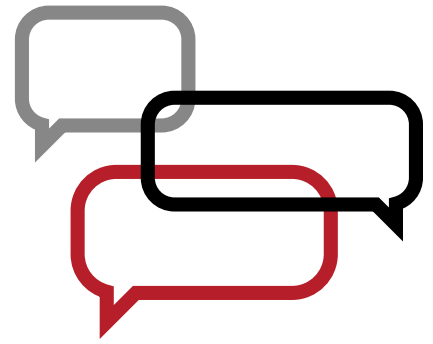
Das Arbeitsrechtsjahr 2025 schlossen wir mit der Veranstaltung Arbeitsrecht im Advent zum Thema Aufarbeitung der AGG-Entschädigungsklagen. Dr. Klaus Rinck (Vorsitzender Richter am LAG Niedersachsen) vermittelte einen umfassenden Überblick und ermöglichte einen intensiven Austausch zum Thema. 



Dieses Jahr luden wir gemeinsam mit starken Partnern zur Premiere der NetZworking Open am 21. Mai 2026 beim DTV Hannover. Ein Turnier, das Spielfreude und Austausch zusammenbringt sowie Raum für Begegnung schafft. Es zeigt, wie aus Bewegung neue Kontakte werden, die über den Platz hinaus wirken, nachhaltig verbinden und neue Impulse setzen.

Corona-Rückforderungen bleiben komplex

UVN Lunch-TALK am 29. Januar 2026



Während der Pandemie zahlte die NBank rund 8,6 Milliarden Euro Corona-Hilfen von Bund und Land aus. Anfang 2026 begann nun schrittweise die Prüfung und Rückforderung möglicher Überzahlungen. Für viele Betriebe eine zusätzliche Herausforderung in wirtschaftlich angespannten Zeiten.

Um Anforderungen und Prozesse im Detail nachvollziehen zu können, begrüßte unser UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe Michael Kiesewetter (Vorstandsvorsitzender, NBank) und Dr. Rainer Eckert (Rechtsanwalt und Gründungspartner, Eckert Rechtsanwälte Steuerberater Partnerschaftsgesellschaft mbB) im UVN Lunch-TALK. Sie informierten kompakt über den aktuellen Stand, rechtliche Einordnungen, mögliche Lösungsinstrumente und standen uns Rede und Antwort. ▀



Richter-Verbände-Gespräch
am 28. August 2025

Richter-Verbände-Gespräch 2025

Der direkte Austausch zwischen Justiz und Wirtschaft ist ein zentraler Baustein für Verständnis, Rechtssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts Niedersachsen. Vor diesem Hintergrund luden die UVN und die Allgemeine Arbeitgebervereinigung Hannover und Umgebung am 28. August 2025 zum traditionellen Richter-Verbände-Gespräch ein. In der besonderen Atmosphäre der Festscheune im Zoo Hannover trafen Richterinnen und Richter der niedersächsischen Arbeitsgerichtsbarkeit auf Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeberverbände.

Ein inhaltlicher Höhepunkt war der Impuls von Prof. Dr. Heinrich Kiel (Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht). Er beleuchtete die jüngsten Entscheidungen des Neunten Senats und machte deutlich, wie eng gesetzliche Vorgaben und richterliche Rechtsfortbildung miteinander verzahnt sind. ▀

27,0 %

91,8 %

Erwerbstätigkeit
vollzeitarbeitender
Elternteile mit
minderjährigem
Kind



Foto: vegefox.com – stock.adobe.com

Erwerbstätigkeit von Eltern stärken

Vereinbarkeit bleibt Schlüssel für mehr Fachkräfte in Vollzeit

Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Die niedersächsische Wirtschaft sieht ein enormes Fachkräftepotenzial durch mehr Vollzeitbeschäftigte. Für viele Eltern und Pflegende gelingt das jedoch nur, wenn sie zuverlässige und hochwertige Betreuung und flexible Arbeitsbedingungen vorfinden. Daran fehlt es aktuell – sowohl bei Umfang als auch bei Verlässlichkeit.

Gerade Mütter arbeiten heutzutage deutlich häufiger in Teilzeit. Während 2024 in Niedersachsen nur 27,0 Prozent der Mütter eines minderjährigen Kindes in Vollzeit arbeiteten, traf dies auf 91,8 Prozent der Väter mit minderjährigem Kind zu. Gründe dafür sind in erster Linie unterschiedliche Erwerbsbiografien und Einkommensstrukturen.

Rahmenbedingungen, die beiden Elternteilen eine Vollzeittätigkeit erlauben, sind rechtlicher wie organisatorischer Natur. Für eine bessere Vereinbarkeit braucht es eine verlässliche Betreuungs- und Pflegeinfrastruktur, mehr Flexibilität durch eine Wochenhöchst Arbeitszeit, eine früh ansetzende, praxisnahe Berufsorientierung, um Frauen für besser vergütete Berufsfelder zu gewinnen, sowie die breite gesellschaftliche Überwindung traditioneller Geschlechterrollen. ▀

Mitgliederstimmen



Petra Rangen
Vorsitzende Landesverband Niedersachsen
Verband der Unternehmerinnen
in Deutschland e.V. (VdU)

„Das Ehegattensplitting muss durch zeitgemäße, zielgenauere fördernde Maßnahmen ersetzt werden und Hand in Hand mit Investitionen in Kita- und Schulbetreuung gehen – mit sinnvollen Übergangsfristen und einem gewissen Bestandschutz.“ ▀

SOZIALSYSTEM-REFORM OHNE DENKVERBOTE

Sozialstaat vereinfachen, Wirkung stärken, Finanzierung sichern

Die Ausgabenschwerpunkte des Bundes haben sich innerhalb von gut drei Jahrzehnten deutlich verschoben. Der Anteil des Bereichs „Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik“, der 1992 knapp 35 Prozent des Haushalts in Anspruch nahm, ist laut Berechnungen des IW Köln bis zum Jahr 2024 um gut 13 Prozent gewachsen. Die Sozialausgaben pro Kopf haben sich dabei nahezu verdoppelt. Eklatant ist der Anstieg bei den Sozialversicherungen von 755 auf 1.644 Euro je Einwohner (siehe Grafik).

Der Sozialstaat bleibt nur funktionsfähig, wenn er grundlegend vereinfacht wird. Mehr als 500 Sozialleistungen sowie zahlreiche Doppelstrukturen und immense Büro-

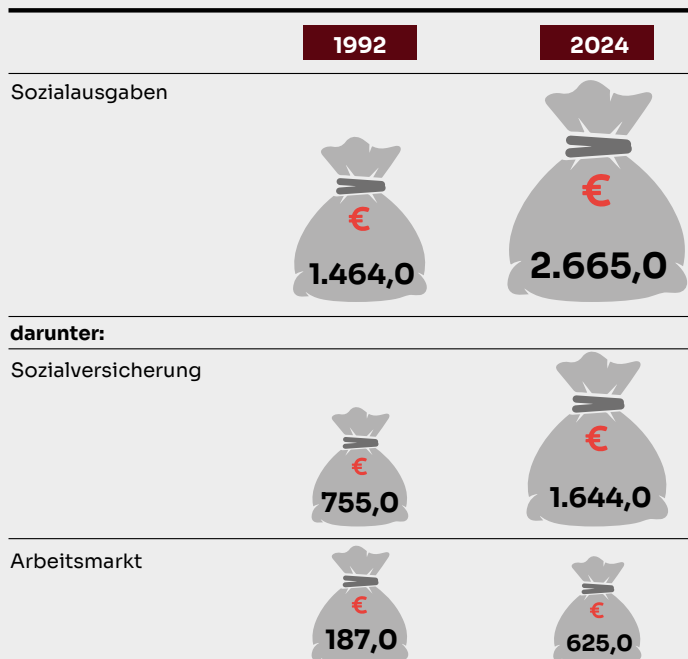
kratiehürden zeigen Reformbedarf. Ziel muss sein, Hilfe gezielt einzusetzen und Arbeit zu fördern. Dafür braucht es klare Strukturen und eine leistungsfähige, digitale Arbeitsverwaltung.

Eine Begrenzung der Gesamtsozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent ist Voraussetzung für eine starke Wirtschaft. Dazu gehören unter anderem eine längere Lebensarbeitszeit, mehr kapitalgedeckte Vorsorge und effizientere Strukturen im Gesundheitssystem.

Am Beispiel der Pflegeversicherung wurde im Herbst 2025 deutlich: Politische Entscheidungen wie die Einführung des Pflegegrad 1 treiben Kosten und Bürokratie ohne ausreichenden Nutzen zu schaffen. Laut RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung könnten durch seine Abschaffung jährlich bis zu 1,8 Milliarden Euro eingespart und eine Beitragserhöhung vermieden werden. 

Bundesmittel: Soziales großer Kostenfaktor

Pro-Kopf-Ausgaben im Bundeshaushalt in Euro, inflationsbereinigt und in Preisen von 2024



Sozialversicherung: Zuschüsse des Bundes zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung
Arbeitsmarktpolitik: unter anderem Bürgergeld, Wohngeld und Heizkostenübernahme

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt,
Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd



19.01.2026
Benedikt Hüppe im Interview
So könnten neue Jobs in Niedersachsen entstehen

Rente mit 70?

Im RTL-Interview Anfang 2026 ordnete UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe die aktuelle wirtschaftliche Lage ein. Er machte deutlich, dass sich Bundes- und Landesregierung der Realpolitik widmen, frei von Ideologie handeln und eine punktuelle Wirtschaftsförderung betreiben müssten, die unsere Stärken stärkt und Transformation unterstützt.



Beitragsstabilität sichern: Rentenalter an Lebenserwartung koppeln

UVN-Positionspapier zur Gesundheits- und Rentenreform

Die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre war richtig und stabilisiert das System – allerdings nur bis 2031. Ohne eine weitere Anpassung des Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung steigen die Belastungen für Beitragszahler weiter. Ziel muss es sein, die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung langfristig unter 20 Prozent zu halten und die Gesamtsozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent zu begrenzen.

Für eine nachhaltige Stabilisierung braucht es daher strukturelle Reformen: die automatische Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung, klare Anreize für längeres Arbeiten sowie den konsequenten Abbau von Fehlanreizen zur Frühverrentung. Modelle wie eine „Rente nach Beitragsjahren“ oder abschlagsfreie Frührenten setzen falsche Signale und verschärfen die finanzielle Belastung. Gleichzeitig sind flexible Übergänge mit fairen Zu- und Abschlägen notwendig, um individuelle Erwerbsverläufe zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund ist der Gesetzesentwurf für eine Aktiv-Rente ein erster, wenn auch zu teurer Schritt. Angesichts des anhaltenden Fachkräftemangels und des verstärkten Ausscheidens der geburtenstarken Jahrgänge setzt er einen spürbaren Anreiz, Beschäftigte länger im Erwerbsleben zu halten.

Gleichzeitig bleibt das grundlegende Problem bestehen: Wenige Erwerbstätige müssen viele Rentner finanzieren. Die Aktiv-Rente kann hier Impulse setzen, ersetzt aber keine strukturelle Reform. Eine nachhaltige Entlastung gelingt nur, wenn mehr Menschen tatsächlich länger arbeiten und Fehlanreize konsequent abgebaut werden. Entscheidend ist, Generationengerechtigkeit nicht weiter aufzuschieben, sondern konkrete Anpassungen vorzunehmen. 

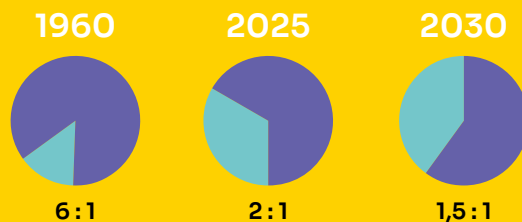
UVN-
Positionspapier
Gesundheits- und
Rentenreform



Reality-Check Rente

Zahler und Empfänger aus dem
Gleichgewicht:

■ Erwerbstätige ■ Rentner





Feiertagsdebatte verkennt wirtschaftliche Realität

Die wiederkehrende Diskussion um zusätzliche Feiertage hat zwei blinde Flecken: Sie blendet die konkreten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen aus. Und sie verkennt, dass Gedenken nicht an gesetzliche Feiertage innerhalb der Arbeitswoche gebunden ist. Die Auseinandersetzung mit historischen oder gesellschaftlichen Themen kann ebenso an Sonntagen oder in anderen Formaten stattfinden.

Im Kern geht es um Wertschöpfung und Wohlstand, die mithilfe der Beschäftigten in Unternehmen erarbeitet werden müssen. Laut IW Köln lag der gesamtwirtschaftliche Effekt für Deutschland eines Arbeitstages bei bis zu 8,6 Milliarden Euro pro Jahr. Für Niedersachsen entspricht das einem geschätzten Verlust von rund einer Milliarde Euro jährlich. In einer ohnehin angespannten wirtschaftlichen Lage mag die absolute Zahl schwanken – ihre Wirkung bleibt erheblich.

Das zeigt sich in konkreten betrieblichen Auswirkungen: Feiertage, gern auch aufeinanderfolgende wie etwa Reformationstag in Niedersachsen und Allerheiligen in Nordrhein-Westfalen, führen zu Produktions- und Fahr-

verboten. Trotz Ausnahmen entstehen Verzögerungen, zusätzliche Kosten, geringere Planbarkeit und verschobene Abläufe mit messbaren Effekten. In Verwaltung und öffentlicher Daseinsvorsorge verzögern sich Verfahren, Genehmigungen und Dienstleistungen.

In Niedersachsen stehen 2026 bei einer Fünf-Tage-Woche 254 Arbeitstage zur Verfügung. Nach Abzug von durchschnittlich 30 Urlaubstagen bleibt bereits heute ein ausreichender Anteil des Jahres für Erholung. Damit unser Lebensstandard gesichert und wieder gesteigert werden kann, braucht es klare politische Prioritäten: mehr Beschäftigung, mehr Wertschöpfung und verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen. 



Benedikt Hüppe (UVN), Kerstin Tack (LAG FW) und Minister Grant Hendrik Tonne mit den Preisträgerinnen und -trägern in den Kategorien „Sozial am Arbeitsplatz“, „Sozial für das Gemeinwesen“ und „Mehrwert durch Vielfalt“.



Fotos (3): © LAG FW

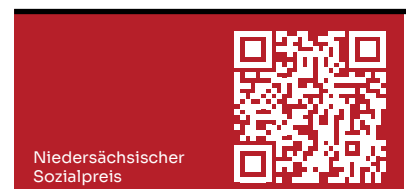
Soziales Engagement stärkt Wirtschaft und Zusammenhalt

UVN und LAG FW verleihen Niedersächsischen Sozialpreis am 2. September 2025

Im Rahmen des Sommerempfangs zum 80-jährigen Jubiläum der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen (LAG FW) wurde 2025 wieder der Niedersächsische Sozialpreis verliehen. Rund 180 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wohlfahrt nahmen teil. Der Preis würdigt Projekte, die soziales Engagement mit wirtschaftlicher Verantwortung verbinden und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Ausgezeichnet wurden die Solidargemeinschaft für Arbeitnehmer e.V. – Raiffeisen Agil Leese eG („Sozial am Arbeitsplatz“), der Hannover Marktplatz („Sozial für das Gemeinwesen“) sowie die alma eG („Mehrwert durch Vielfalt“). Die Projekte zeigen unterschiedliche Wege, wie Teilhabe, Kooperation und soziale Verantwortung konkret umgesetzt werden können.

Mit rund 80 eingereichten Projekten wurde die hohe Relevanz des Themas deutlich. Der Sozialpreis wird alle zwei Jahre von UVN und LAG FW verliehen, unterstreicht die Bedeutung des Zusammenspiels von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wohlfahrtspflege und setzt Impulse für weitere Kooperationen und nachhaltige Initiativen in Niedersachsen. 



STRUKTURPROBLEME AM ARBEITSMARKT LÖSEN

Steigende Arbeitslosigkeit trifft auf anhaltenden Fachkräftemangel

Der Januar-Bericht der Bundesagentur für Arbeit zeigt den höchsten Stand der bundesweiten Arbeitslosigkeit seit zwölf Jahren. Saisonale Effekte spielen eine Rolle, der Anstieg fällt jedoch stärker aus als üblich. Gleichzeitig zeigt sich ein Paradox: hohe Arbeitslosigkeit trifft auf anhaltenden Fachkräftemangel und geringe Dynamik im privaten Sektor. Das macht deutlich, dass es nicht nur um konjunkturelle, sondern vor allem um strukturelle Herausforderungen geht.

Über drei Millionen Arbeitslose dürfen kein Normalzustand werden. Es braucht eine klare wirtschaftspolitische Agenda, um Beschäftigung wieder zu ermöglichen. Dazu gehören spürbare Entlastungen bei Steuern und

Abgaben, weniger Bürokratie, mehr Investitionsfreiheit sowie verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen. Ebenso notwendig ist eine Arbeitsmarktpolitik mit klarem Fokus auf die Vermittlung in Beschäftigung.

In Niedersachsen wird darauf vom Niedersächsischen Wirtschaftsministerium, NiedersachsenMetall und der Bundesagentur für Arbeit mit dem Job-to-Job-Netzwerk „Arbeit bewegen!“ reagiert. Das Projekt vernetzt suchende und abgebende Unternehmen und ermöglicht so den direkten Übergang von Arbeit in Arbeit. Damit bleiben Erfahrung, Know-how und industrielle Kompetenz im Land erhalten. Das Projekt startete in der Modellregion Hildesheim und soll schrittweise ausgeweitet werden. ▀

Transformation im Unternehmen gestalten

Der UVN-Ausschuss Kommunikation erhielt am 7. Oktober 2025 vom TÜV NORD Einblicke in die Rolle von Kommunikation als Motor der Transformation. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Veränderungsprozesse in Unternehmen erfolgreich angestoßen und umgesetzt werden können.

Dr. Dirk Stenkamp, Vorstandsvorsitzender der TÜV NORD GROUP, und UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe machten deutlich, dass Führung, Kommunikation und Technologie dabei eng ineinandergreifen und die Grundlage schaffen, um Veränderungen nachhaltig im Unternehmen zu verankern.



In weiteren Impulsen zeigten Dr. Dietmar C. Schlößer (Director Digitalisation & Innovation), Lena Offermann (Leitung Kommunikation, Change & Learning, Projekt „UNIFY“) und Tim Kreitlow (Leiter Corporate Newsroom), wie das Kommunikations- und Projekt-Team komplexe Transformationsprozesse konkret gestalten. Unterstützt wurde die Sitzung zudem von der dreizehn+vier GmbH, die Einblicke in die Rolle unterschiedlicher Kommunikationsstrategien bei Veränderungsprozessen gab. ▀

Annetraud Grote, die niedersächsische Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen informierte i.R.d. Informationsveranstaltung „Inklusion leben – mit dem Budget für Arbeit auf den allgemeinen Arbeitsmarkt“ am 18. September 2025 über die Möglichkeiten des Budgets für Arbeit.



Rethener Genusswerke

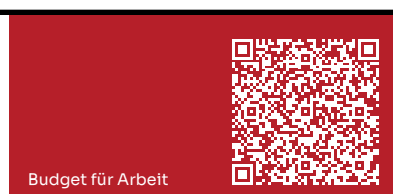
Budget für Arbeit: Inklusion als Fachkräftechance

Niedersächsische Kampagne zeigt: Inklusive Beschäftigung stärkt Wirtschaft und Teilhabe

Das Budget für Arbeit ermöglicht Menschen mit Behinderungen den Wechsel aus Werkstätten in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – mit Unterstützung für Betriebe und Beschäftigte. Neben vielen Informationsveranstaltungen und Praxiseinblicken besuchten wir Anfang 2026 mit dem „Netzwerk Inklusion Niedersachsen“ sowie Unternehmerinnen und Unternehmern das Rethener Genusswerk. Dabei wurde deutlich: Es geht nicht um Sozialromantik, sondern um Fachkräftesicherung und Standortstärke. Werkstätten bieten motivierte, zuverlässige und lernbereite Talente, die mit gezielter Förderung erfolgreich integriert werden können.

Der Abschlussbericht der niedersachsenweiten Kampagne zeigt: Mit dem „Budget für Arbeit“ wurde die Zusammenarbeit von Unternehmen, Werkstätten und Leistungsträgern gezielt gestärkt. Zwischen Juli 2023 und Juni 2025 wurden 277 neue Budgets bewilligt, das gesetzte Ziel erreicht. Der Nettozuwachs lag bei rund 150, insgesamt bestehen 760 Budgets – ein bundesweiter Spitzenwert. Gleichzeitig zeigt sich eine wachsende Offenheit der Unternehmen, wenn Verfahren praktikabel sind und Unterstützung verlässlich erfolgt.

Die Kampagne zeigt, was möglich ist, wenn Staat, Fachpraxis und Wirtschaft konsequent an einem Strang ziehen. In einer Zeit, in der viele Unternehmen unter enormem wirtschaftlichem Druck stehen und sich auf das Wesentliche konzentrieren müssen, haben dennoch hunderte Betriebe in Niedersachsen Menschen mit Behinderung neue Perspektiven eröffnet. Dieses Engagement verdient höchsten Respekt. Es beweist, dass gelebte Inklusion auch in schwierigen Zeiten gelingt – wenn wir gemeinsam handeln, pragmatisch bleiben und den Menschen in den Mittelpunkt stellen. ▀



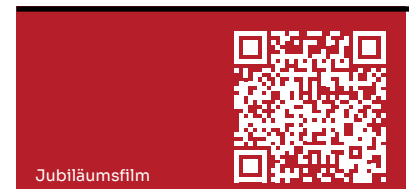


10 Jahre Bündnis „Niedersachsen packt an“

Erfolgreiche Arbeit wird künftig im „Bündnis für Integration, Demokratie & Vielfalt“ ausgebaut

Seit seiner Gründung durch Landesregierung, Kirchen, DGB und UVN am 30. November 2015 steht das Bündnis „Niedersachsen packt an“ für konkrete Ergebnisse in der Integrationsarbeit. Heute leben rund 292.000 Menschen mit Fluchterfahrung in Niedersachsen; 68 Prozent der 2015 Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter sind inzwischen berufstätig. Mehr als 100 Konferenzen und Jobmessen sowie zahlreiche Projekte zur Integration in Gesellschaft, Schule und Arbeitsmarkt wurden für sie von mittlerweile mehr als 3.000 Unterstützenden umgesetzt und begleitet.

Künftig wird die Zusammenarbeit als „Bündnis für Integration, Demokratie & Vielfalt“ fortgeführt. Neben der Integration in Gesellschaft und Arbeit sollen insbesondere die Stärkung der Zivilgesellschaft, demokratische Werte und gesellschaftlicher Zusammenhalt stärker in den Fokus rücken. ▀



Mitgliederstimmen



Dr. Reinhard Schrader
Geschäftsführer
Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau
Niedersachsen-Bremen e. V.

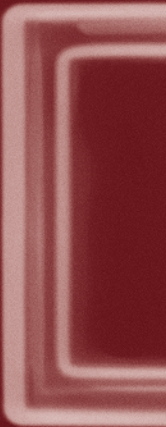
„Im Rahmen eines Pilotprojektes hat unser Verband in Kooperation mit der Arbeitsagentur Arbeitskräfte aus Kolumbien angeworben, die in mehreren Mitgliedsbetrieben weitergebildet wurden. Im Ergebnis sind von 25 ursprünglich im Projekt in Kolumbien gestarteten Aspiranten noch 11 Personen in unseren Betrieben tätig. Der bürokratische Aufwand und die Kosten waren sehr hoch und sind von kleineren Betrieben allein unmöglich zu stemmen. Auch die Feststellung

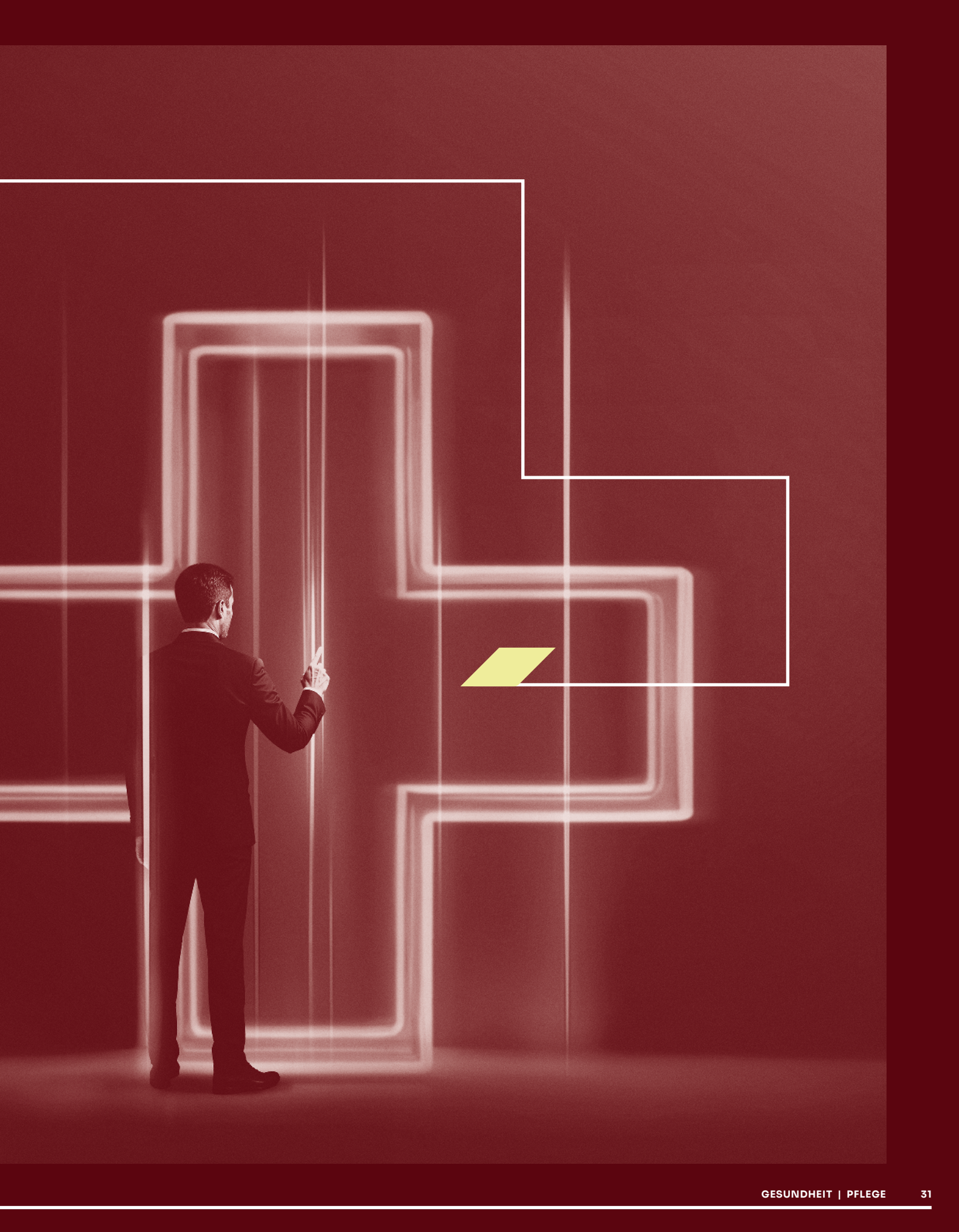
der Gleichwertigkeit von Qualifikationen und Vorkenntnissen erwies sich als sehr schwierig. Eine für kleinere Betriebe sehr viel praxisnähere Lösung wäre es, die Migranten, die bereits im Land sind und eine hohe Bereitschaft haben, sich zu integrieren und weiterzubilden, hierbei zu unterstützen und auch den Arbeitgebern dabei unbürokratisch zu helfen. Stattdessen gibt es aktuell in Niedersachsen in unseren Betrieben Fälle, bei denen Azubis und Mitarbeiter, die zuvor jahrelang in Deutschland geduldet waren und einer Arbeit nachgegangen sind, aus der Ausbildung bzw. dem Arbeitsverhältnis heraus abgeschoben wurden bzw. von Abschiebung bedroht sind.“ ▀

GESUNDHEIT PFLEGE

**Pflege- und Krankenversorgung
zukunftsicher aufstellen für eine
leistungsfähige Gesundheitswirtschaft. ▸**

- 32 **Niedersächsische Gesundheitswirtschaft ist tragende Säule**
- 33 **Gesundheitssystem reformieren, Beiträge stabilisieren**
- 34 **Psychische Gesundheit als Führungsaufgabe stärken**
- 35 **Stellungnahme zur PflegeHygVO**
- 36 **Standortfaktor Pflege stärken und neu denken**
- 37 **Vereinbarkeit von Pflege und Beruf**
- 38 **Erstes sozialpartnerschaftliches Projekt gegen den Pflegenotstand**





NIEDERSÄCHSISCHE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT IST TRAGENDE SÄULE

Die Gesundheitswirtschaft ist eine zentrale Querschnittsbranche in Niedersachsen. Im Jahr 2024 erwirtschaftete sie laut Landesamt für Statistik Niedersachsen eine Bruttowertschöpfung von 34,8 Milliarden Euro – das entspricht 10,1 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung. Gleichzeitig arbeiteten rund 584.000 Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft, was 13,8 Prozent aller Beschäftigten entspricht.

Die Bedeutung der Branche hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Auch die Bruttowertschöpfung entwickelte sich sowohl vor als auch nach der Corona-Pandemie stabil nach oben. Mit Gesundheitsausgaben von knapp 47 Milliarden Euro im Jahr 2023 bleibt die Branche zudem ein wesentlicher Faktor für Versorgung und Beschäftigung. Die gesetzliche Krankenversicherung trägt mit 56 Prozent den größten Anteil an den Ausgaben. 

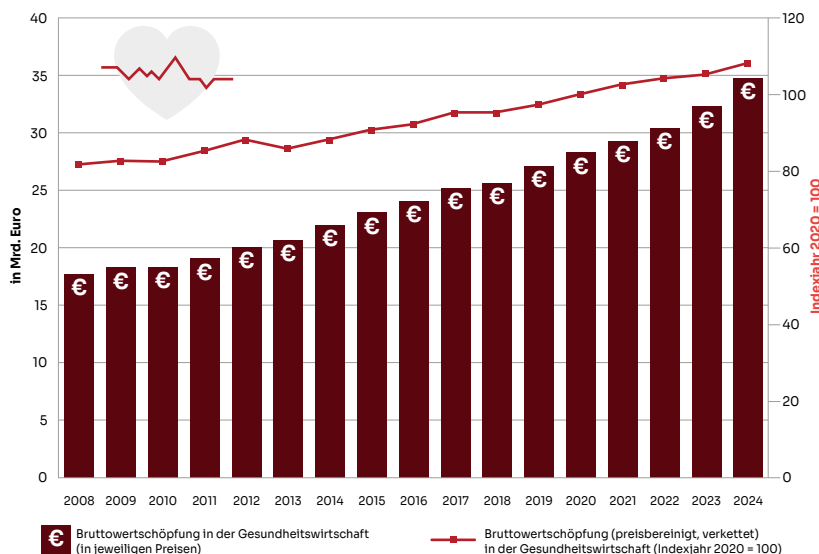
Mitgliederstimmen



Dr. Torben Bathke
Geschäftsführer
Fachverband Nord für
Orthopädie-Technik
und Sanitätsfachhandel e. V.

„Das geplante Beitragsstabilisierungsgesetz für das Gesundheitssystem ist überfällig. Vieles daran bleibt diskussionswürdig und wird neue Herausforderungen mit sich bringen. Auch als Lobbyverband müssen wir jedoch an kommende Generationen denken – so wie bisher konnte es seit Jahren nicht weitergehen, das war allen bewusst. Positiv ist, dass nun politischer Mut erkennbar wird. Klar ist aber auch: Eine kurzfristige Kostendämpfung reicht nicht aus. Es braucht eine umfassende Strukturreform, die die sinnvollen Vorschläge der Branche aufgreift und umsetzt.“ 

**Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft in Niedersachsen
2008 bis 2024**



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen 18. Februar 2026



UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe am 23. September 2025 bei „Health Innovation – Jetzt.“, die Weiterentwicklung von Digital Health City Hannover als offene Plattform für Gesundheitsinnovation.

Gesundheitssystem reformieren, Beiträge stabilisieren

Reform gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) vernachlässigt Ausgabenreduzierung und erhöht Einnahmen

Deutschland führt Europa mit 12,3 Prozent des BIP bei den Gesundheitsausgaben an, ohne eine entsprechend effiziente Versorgung auf Spitzenniveau zu erreichen. Gleichzeitig steigen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkasse je Versicherten seit 2000 jährlich um einen Prozentpunkt stärker als die Einkommen. Parallel steigt die Zahl der Rentner von 32 auf 44 je 100 Erwerbsfähige. Bereits heute wird die anvisierte 40 Prozent-Grenze bei den Lohnnebenkosten überschritten. Die hohe Abgabenbelastung gefährdet Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze.

Der Ende April 2026 im Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf zur gesetzlichen Krankenversicherung schöpft das vorhandene Reformpotenzial nicht aus. Das ursprünglich umfassende Reformpaket wurde im Kabinett deutlich abgeschwächt und verpasst die Chance zur Beitragssenkung. Gleichzeitig entstehen neue Belastungen – mit spürbaren Folgen für Betriebe und Beschäftigte: Allein die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze um 300 Euro monatlich ab 2027 wird zu deutlichen Mehrbelastungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern führen. Das gilt auch durch die geplante Anhebung des pauschalen Beitragssatzes für geringfügig Beschäftigte.

Statt die gefährliche Ausgabendynamik schnell zu begrenzen, werden die Einnahmen immer weiter erhöht. Eine tiefgreifende Strukturreform im Gesundheitswesen muss folgen. Die Vorschläge der Arbeitgeber liegen dem Bundesgesundheitsministerium und der Finanzkommission Gesundheit vor.

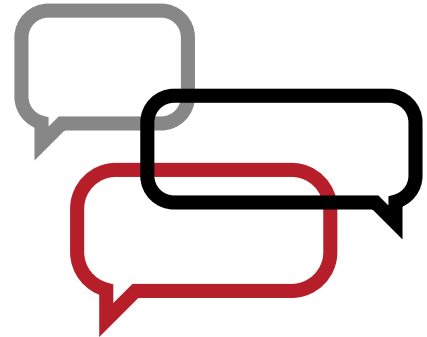
UVN-Positionen zur Gesundheitsreform

- **Krankenhauslandschaft konsolidieren**
Bundesweite Qualitätskriterien definieren, Kapazitäten anpassen, Vorhaltevergütung sachgerecht ausgestalten und Investitionslücken schließen.
- **Notfallversorgung effizient organisieren**
Sektorübergreifende integrierte Notfallzentren schaffen und Patientenströme besser steuern.
- **Effizienzpotenziale erschließen**
Wettbewerb stärken, Sektorengrenzen abbauen, ambulante Leistungen ausweiten und Digitalisierung mit der ePA vorantreiben.
- **Versicherungsfremde Leistungen korrekt finanzieren**
Staatliche Aufgaben aus Steuermitteln tragen und gezielt entlasten.
- **Leistungskatalog fokussieren**
Nur medizinisch notwendige und wirtschaftlich sinnvolle Leistungen vorhalten. ➤





Auch beim Demokratiedialog 2026 des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen „Jung, einsam und engagiert – das demokratische Potenzial einer Generation“ mit unserem stellv. UVN-Hauptgeschäftsführer Christoph Meinecke bildete Gesundheitsvorsorge einen Schwerpunkt.



Psychische Gesundheit als Führungsaufgabe stärken

UVN Lunch-TALK „Gesund führen & gestalten: Psychische Belastungen erkennen – wirksam handeln“ am 28. Oktober 2025

Psychische Belastungen gehören zu den größten Herausforderungen für Beschäftigte und Unternehmen. Wer Fachkräfte langfristig binden will, braucht gesundheitsorientierte Führung, klare Haltung und wirksame Prävention.

Praxisnahe Impulse im UVN Lunch-TALK lieferten Prof. Dr. Lars Harden und Daniela Charrier (aserto GmbH & Co. KG), Anouschka Gronau (AOK Niedersachsen) sowie Nicole Weißhaupt (MTU Aero Engines AG). Sie zeigten, wie Unternehmen Belastungen frühzeitig erkennen und mit konkreten Maßnahmen gegensteuern können.

Als hilfreiche Orientierung wurde der „Präventionsguide Psyche“ vorgestellt, der einen Überblick über Unterstützungsangebote der Sozialversicherungsträger bietet. Sie finden ihn über den QR-Code. ▀

Mitgliederstimmen



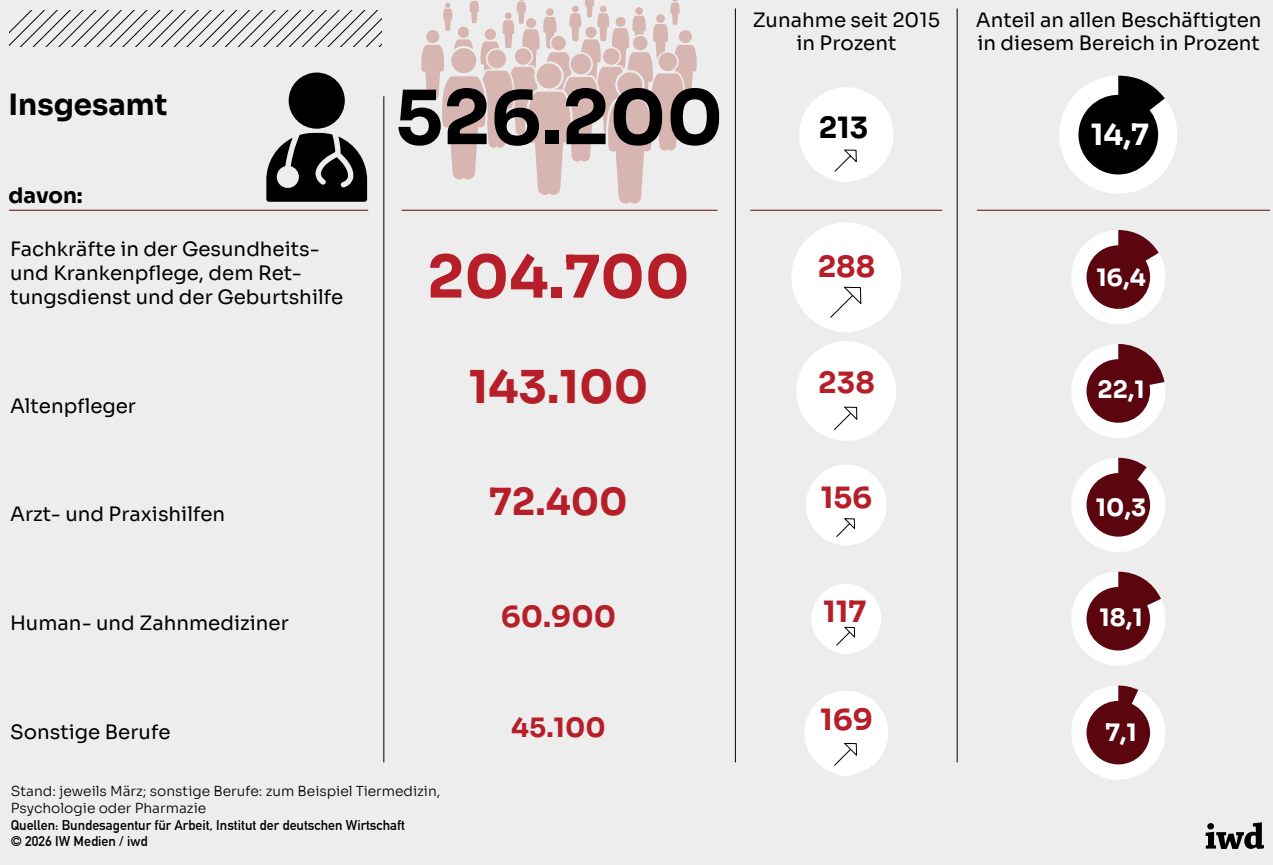
Gitta Mäulen
Geschäftsführerin
Wirtschaftsvereinigung der
Grafschaft Bentheim e.V.

„Gesunde Mitarbeitende sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen. Im Jahr 2025 blieben Krankheitszeiten hoch, vielfach verursacht durch psychische Belastungen. Ein gut in der Unternehmenskultur verankertes betriebliches Gesundheitsmanagement trägt entscheidend zur Reduktion von Ausfällen bei und erhöht die Motivation im Betrieb.“ ▀



Ausländische Beschäftigte fürs Gesundheitswesen unverzichtbar

So viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus dem Ausland arbeiteten 2025 in Deutschland in medizinischen Gesundheitsberufen



Stellungnahme zur PflegeHygVO

Auf Einladung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung nahmen wir am 24. November 2025 Stellung zum Entwurf einer Verordnung über Hygiene und Infektionsprävention in vollstationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Grundlage sind die Vorgaben des Infektionsschutzgesetzes, das Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten regelt.

Der Entwurf befand sich in einem weit fortgeschrittenen Verfahren, gleichzeitig haben Rückmeldungen aus der Verbandsanhörung, insbesondere von Pflegeheimbetreibern und Leistungserbringern der Eingliederungshilfe, weiteren Abstimmungsbedarf aufgezeigt. Im Austausch wurden zentrale Aspekte wie Hygieneanforderungen, Infektionsschutz, praktische Umsetzbarkeit sowie mögliche Vereinfachungen im Kontext der Landesinitiative „Einfacher. Schneller. Günstiger.“ thematisiert.



Standortfaktor Pflege stärken und neu denken

UVN-Austausch auf dem Messe-Kongress ProCare am 2. Februar 2026

Wie Versorgungssicherheit, Qualität und Fachkräfte in der Pflege gesichert und gleichzeitig der Gesundheitsstandort Niedersachsen gestärkt werden, stand im Mittelpunkt des Austauschs auf der ProCare 2026 in Hannover. UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe und unsere damalige UVN-Gesundheitsexpertin Heide Grimmelmann-Heimburg diskutierten gemeinsam mit Gesundheitsminister Dr. Andreas Philippi, der Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung Katrin Staffler

sowie einer UVN-Delegation aus Wirtschaft und Politik mit regionalen Innovationsakteuren, Versorgern, Kostenträgern und Technologieunternehmen.

Besonders wertvoll war der Austausch am Gemeinschaftsstand von hannoverimpuls GmbH und der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg. Vorgestellt wurden unter anderem digitale Pflegelösungen von MEDIFOX DAN, neue Versorgungsansätze im Cluster Zukunft der Pflege sowie Perspektiven von PROCARE Deutschland GmbH, AOK Niedersachsen, dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa) und der LAG FW.

Der Messe-Rundgang machte deutlich: Eine leistungsfähige Pflege ist ein entscheidender Standortfaktor. Innovationen bieten konkrete Ansätze, um Fachkräfte spürbar zu entlasten und die Versorgungsqualität zu sichern. Gleichzeitig braucht es unternehmerische Freiheit, Investitionsanreize und verlässliche politische Rahmenbedingungen, damit gute Lösungen in die Fläche kommen. Niedersachsen verfügt darüber. Entscheidend ist nun, diese Stärken konsequent zu nutzen und gemeinsam weiterzuentwickeln.

Pflegeausbildung Niedersachsen 2024

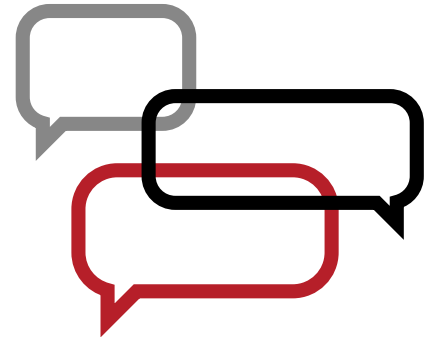
Im Jahr 2024 befanden sich laut Landesamt für Statistik Niedersachsen 14.946 Personen in der generalisierten Pflegeausbildung. Der Frauenanteil lag bei 73,9 Prozent. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stieg auf 5.880 (+6 Prozent). 3.882 Auszubildende schlossen ihre Ausbildung erfolgreich ab, während 1.968 ihre Ausbildung vorzeitig beendeten – ein Anstieg der Abbrüche um 17,9 Prozent. Erstmals wurden auch Studierende der hochschulischen Pflegeausbildung erfasst.

Mitgliederstimmen



Gesa von dem Busche
Geschäftsführerin
bpa Arbeitgeberverband e. V.

„Gute Pflege gibt es nicht ohne gute Arbeitsbedingungen; die Löhne müssen auch zukünftig auf Tarifniveau vollständig refinanziert werden, ansonsten passiert Folgendes: Träger ziehen sich zurück, Angebote verschwinden und Versorgungsstrukturen brechen regional weg. Wer heute an der Pflege spart, spart morgen an Vertrauen.“



Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

UVN Lunch-TALK am 9. Oktober 2025 im Rahmen der Aktionswoche der pflegenden Angehörigen Niedersachsen

Immer mehr Beschäftigte übernehmen Pflegeaufgaben – eine Entwicklung, die durch den demografischen Wandel weiter an Bedeutung gewinnt. Damit rückt die Frage in den Fokus, wie sich Pflege und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen und welche Rahmenbedingungen dafür notwendig sind.

Im Mittelpunkt des UVN Lunch-TALKs stand der Austausch zu konkreten Lösungsansätzen. UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe diskutierte mit Sozialminister Dr. Andreas Philippi, Sebastian Fischer (wir pflegen!) und Michael Weber (ADAC Niedersachsen/Sachsen-Anhalt e.V.), wie Politik, Unternehmen und Betroffene gemeinsam tragfähige Antworten entwickeln können.

Deutlich wurde: Nur durch abgestimmtes Handeln und praxistaugliche Lösungen kann die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf nachhaltig verbessert werden.

Pflege versus Job

So viel Prozent der 18- bis 65-jährigen ... in Deutschland waren im Jahr 2022 in Vollzeit erwerbstätig

... Pflegenden

44,6

... Nichtpflegenden

54,1

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Erstes sozialpartnerschaftliches Projekt gegen den Pflegenotstand

Das gemeinsame Projekt Berufsvorbereitungsjahr Pflege (BVJ Pflege) soll Hürden für die Pflegeausbildung abbauen: Junge Menschen, die bislang nicht alle Voraussetzungen für eine Pflegeausbildung erfüllen, werden dort in einem zehnmonatigen Lehrgang gezielt auf den Pflegeberuf vorbereitet. Anneke Moldenhauer, Schulleitung der Berufsfachschule Pflege der Psychiatrischen Klinik Lüneburg, Cornelia Vogel, Projektleitung beim Bildungswerk ver.di Niedersachsen, und Wiebke Krohn, UVN-Arbeitgeberberaterin der Stelle Soziale Innovation, berichten:

Warum sind innovative Wege in der Berufsorientierung hin zu Pflegeberufen so wichtig?

Anneke Moldenhauer: Wir spüren den Fachkräftemangel in der Pflege sehr deutlich. Klassische Ausbildungswege erreichen viele potenzielle Pflegekräfte nicht mehr. Es gibt hochmotivierte Menschen, die gerne in der Pflege arbeiten würden, aber noch nicht alle formalen Voraussetzungen erfüllen – sei es der Schulabschluss oder ausreichende Sprachkenntnisse. Genau hier müssen wir ansetzen: Mit einem innovativen Angebot wollen wir diesen Menschen eine Chance geben, den Einstieg in den Pflegeberuf zu schaffen. Angesichts des demografischen Wandels können wir auf kein Talent verzichten. Jede zusätzliche Pflegekraft, die wir durch unkonventionelle Wege gewinnen, ist ein Gewinn für das Gesundheitswesen.

Wiebke Krohn: Wir benötigen auch ganz im Allgemeinen innovative Ansätze in der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, um alle jungen Menschen abzuholen und für die Arbeitswelt zu begeistern. Aus diesem Grund fördern wir gerade viele innovative Berufsorientierungsprojekte, mit neuen digitalen und methodischen Ansätzen von der VR-gestützten Kompetenzfeststellung bis hin zum BVJ Pflege.

Was waren die wichtigsten Erfahrungen im Projekt?

Anneke Moldenhauer: Ein zentrales Learning war, ein besseres Verständnis für andere Kulturen zu entwickeln inklusive sprachlicher Hürden, Ängsten und Unsicherheiten. Außerdem haben wir viel über die deutsche Bürokratie gelernt, von Aufenthaltsstatus über Schulpflicht bis hin zur Anerkennung ausländischer Zeugnisse. Für die Teilnehmenden ist das oft eine große Hürde, die nicht allein mit gesundem Menschenverstand zu bewältigen ist. Inspiriert hat mich vor allem die hohe Motivation der Teilnehmenden, selbst in schwierigen Lebenssituationen wie Krieg oder Flucht. Trotz allem zeigten sie eine enorme Lernbereitschaft und Engagement, das war sehr berührend. Gleichzeitig wird dadurch deutlich, wie wertvoll unser System von Frieden, Freiheit und Sicherheit ist – für alle Beteiligten, von den Teilnehmenden über Lehrkräfte bis zu Praxisanleitenden.

Cornelia Vogel: Ich habe gelernt, dass man sehr viel Zeit und Geduld braucht, um die rechtlichen und bürokratischen Rahmenbedingungen richtig zu verstehen – von Aufenthaltsrecht über berufliche Förderungen bis zu Schulpflichten. Besonders motivierend war für mich, zu beobachten, wie stark der Zusammenhalt in den Gruppen gewachsen ist und wie der Kurs den Teilnehmenden emotionale Nähe und Sinnhaftigkeit vermittelt hat, ganz unabhängig vom fachlichen Nutzen.



Gruppenbild mit PKL-Schulleitung Anneke Moldenhauer (5.v.l.), Cornelia Vogel, Koordinatorin Bildungswerk ver.di in Niedersachsen e.V. (3.v.r.) sowie Wiebke Krohn, UVN-Arbeitgeberberaterin Stelle Soziale Innovation (rechts)

Wiebke Krohn: Die rechtlichen Hürden haben wir alle unterschätzt. Sie sind aber oft Teil sozialer Innovationen. Der Dialog mit Politik und Verwaltung gehört dazu, wenn in Projekten etwas Neues kreiert wird. Mich haben besonders die strahlenden Gesichter der Teilnehmenden bei der Abschlussveranstaltung gefreut. Alle waren so stolz. Die Teilnehmenden haben nicht nur eine Ausbildung in der Pflege aufgenommen, sondern auch im Rettungsdienst und der Ergotherapie.

Warum ist dieses Projekt aus Ihrer Sicht ein Erfolg?

Anneke Moldenhauer: Wir haben gezeigt, dass man neue Wege gehen kann, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Jeder einzelne Teilnehmer, der durch das BVJ seinen Weg in Ausbildung und Beruf gefunden hat, steht sinnbildlich für den Wert solcher Innovationen. Soziale Innovation bedeutet, Dinge anders anzugehen und dabei Menschen in den Mittelpunkt zu stellen – gerade in der Pflege. Unsere Erfahrungen aus Lüneburg dienen jetzt als Best-Practice-Beispiel. Sie helfen anderen Projekten in Niedersachsen und darüber hinaus von unseren Learnings zu profitieren.

Cornelia Vogel: Dem kann ich nur zustimmen. Soziale Innovationen sind enorm wichtig, weil sie Raum schaffen, um neue Lösungen für festgefahrene Probleme auszuprobieren. In Niedersachsen war das BVJ Pflege einmalig – und es hat bundesweit Aufmerksamkeit erregt. Das zeigt doch, wie groß das Interesse ist, frische Ansätze gegen den Pflegenotstand zu entwickeln. Wir hoffen, dass unsere Ideen Schule machen. Wenn wir als Gesellschaft bereit sind, aus solchen Pilotprojekten zu lernen, können wir Hürden im System abbauen und mehr Menschen für Pflegeberufe gewinnen. Soziale Innovation ist kein Nice-to-have, sondern ein Must-have – in der Pflege und in vielen anderen Bereichen, denn die Herausforderungen von morgen lassen sich mit den Lösungen von gestern nicht bewältigen. ▀



Soziale Innovation ist ein Schlüssel zur Bewältigung der Transformation in Wirtschaft und Daseinsvorsorge. Social Entrepreneure sowie engagierte und innovative Projektträger sind ihre Treiber, stärken die Region, schaffen Zukunft vor Ort und unterstützen die wirtschaftliche Entwicklung. Mit der Richtlinie und den drei sozialpartnerschaftlichen Stellen für Soziale Innovation zeigt Niedersachsen bundesweit, wie konsequente Förderung aussieht. Ihr UVN-Kontakt ist Wiebke Krohn.



FACHKRÄFTE BILDUNG





Alle Hebel zur Fachkräftesicherung, -gewinnung und -zuwanderung in Bewegung setzen.

- 42 Landesschulgesetz, BO-Erlass und Ausbildungsplatzabgabe im Praxistest
- 43 Niedersächsische Grundschule gewinnt Deutschen Arbeitgeberpreis
- 43 Grundschule entscheidet über Grundlagenvermittlung
- 44 Fachkräfteengpässe nach Regionen
- 44 Ganzttag langfristig verlässlich
- 45 Verlässlichkeit, Qualität und Praxis stärken
- 46 UVN Bildungs-Summit 2026: Berufsorientierung im Fokus
- 47 Herbsttagung SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen
- 47 Kein Jugendlicher darf verloren gehen
- 48 Ausbildungssuche braucht Vermittlung, keine Abgabe
- 49 TUMO + MINT Zentrum Hannover
- 49 Win-Win mit Azubi-D-Ticket
- 50 IdeenExpo 2026
- 52 Perspektivwechsel schafft Verständnis
- 53 Future Solutions made in Lower Saxony
- 54 Wirtschaftsexpertise von Frauen für Frauen
- 54 Bildungszeit braucht Praxisnähe
- 55 Medien im Wandel



Landesschulgesetz, BO-Erlass und Ausbildungsplatz- abgabe im Praxistest



UVN im Austausch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bund Mareike Wulf und dem Niedersächsischen Staatssekretär Stephan Ertner

Die UVN sind ein zentraler Ansprechpartner für Stellungnahmen gegenüber dem Niedersächsischen Kultusministerium. Entsprechend breit war die Themenpalette im vergangenen Jahr – von frühkindlicher Bildung über Curricula aller Schulformen bis hin zur Berufsorientierung sowie der Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Am 19. November 2025 lag der Fokus im UVN-Ausschuss Bildung auf dem Niedersächsischen Landesschulgesetz und dem Erlass zur Berufsorientierung. Für den Austausch begrüßten wir Mareike Wulf, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sowie Stephan Ertner, Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium.

Abschließend wurde den Teilnehmenden das UVN-Papier zur Ablehnung der Ausbildungsplatzabgabe erörtert, das im Rahmen des Wirtschaftsfrühstücks bei der Politik auf Zustimmung traf. Aufgrund dieser UVN-Initiative hat sich aus dem Kreis des Wirtschaftsfrühstücks auf Arbeitsebene die Kernarbeitsgruppe „Junge Menschen in Ausbildung bringen“ gebildet. Der Austausch zeigte erneut, wie wichtig der enge Dialog zwischen Politik und Unternehmen für praxistaugliche Lösungen ist. 



Niedersächsische Grundschule gewinnt Deutschen Arbeitgeberpreis

In der Kategorie schulische Bildung des Deutschen Arbeitgeberpreises für Bildung 2025 überzeugte die Grundschule auf dem Süsteresch in Schüttorf (Niedersachsen). Die MINT-freundliche „Gernelernschule“ steht im Austausch mit europäischen Schulen, fördert die Medienkompetenz der Kinder und führt spielerisch an KI heran. Mit einem wöchentlichen Projekttag ist das soziale Engagement vor Ort fest integriert.

Im Sinne ihrer freiheitlich-demokratischen Werterhaltung verfolgt sie das Prinzip „Verantwortung für“ statt „Kontrolle von“. Auch das Unterrichtskonzept ist in sich partizipativ angelegt mit einem hohen Maß an Verantwortung. Die Entscheidungsfindung im Schulalltag ist einer parlamentarischen Demokratie nachempfunden mit dem regelmäßigen Klassenrat und einem aktiven Schülerparlament. ▀

Grundschule entscheidet über Grundlagenvermittlung

Das Niedersächsische Kultusministerium hat entschieden, das schriftliche Dividieren aus dem Grundschul-lehrplan zu streichen. Ab dem Schuljahr 2026/27 soll

stattdessen stärker auf halbschriftliche Rechenverfahren gesetzt werden, die als verständlicher und näher an den individuellen Lösungswegen der Kinder gelten. Ziel der Anpassung sei es, den Mathematikunterricht didaktisch weiterzuentwickeln und den Kompetenzerwerb zu stärken.

Mitgliederstimmen



Sabrina Wendt
Geschäftsführerin
Wirtschaftsverband Emsland e.V.

„Vereinbarkeit gelingt dort, wo Familie, Bildung und Arbeitswelt zusammengedacht werden und die Ganztagschule spielt dabei eine zentrale Rolle. Mit unserer Emsländische Stiftung „Beruf und Familie“ setzten wir Impulse, fördern Best Practice und zeichnen Unternehmen aus, die diesen Prozess bereits erfolgreich leben.“ ▀

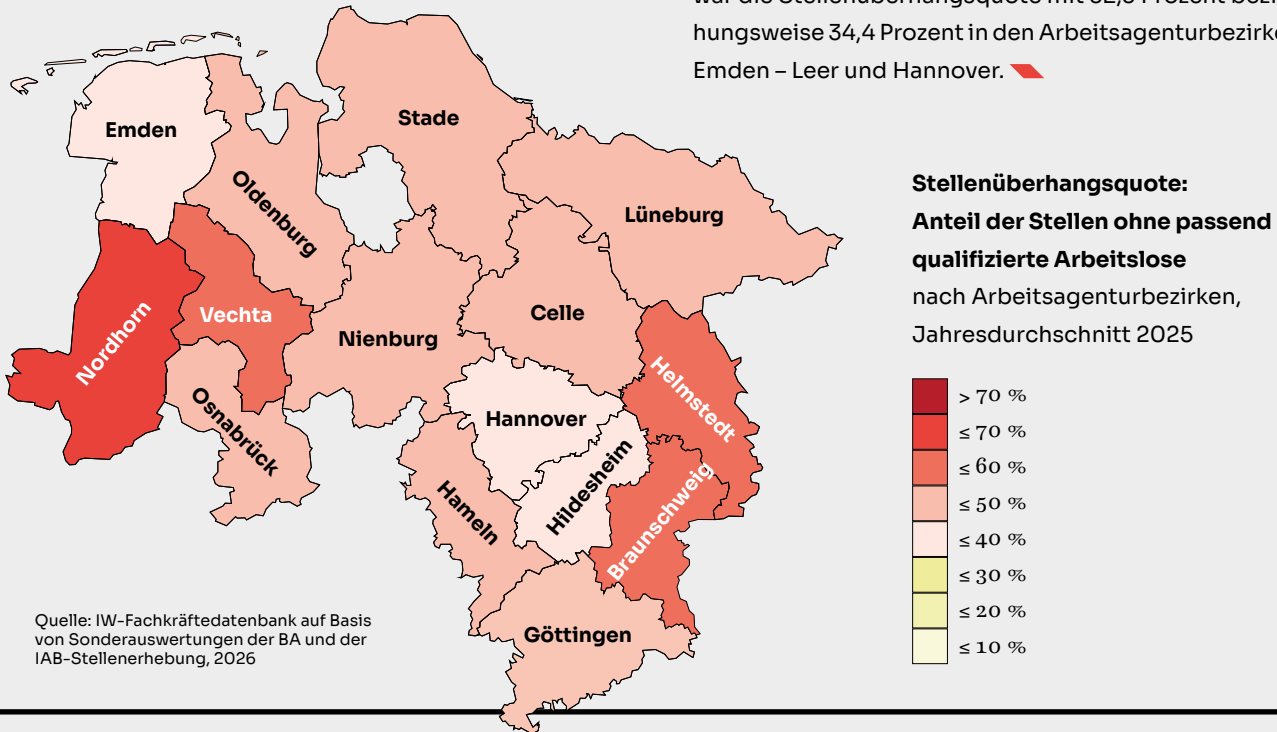
Diese Entscheidung löste Anfang 2026 eine kontroverse öffentliche Diskussion aus. Die Streichung des schriftlichen Dividierens wurde auch von den UVN kritisch bewertet. Mathematische Grundkenntnisse sind gerade in der Grundschule unverzichtbar für den weiteren Bildungsweg und die berufliche Praxis. Wird Unterrichtsstoff reduziert, statt ihn verständlich zu vermitteln und ausreichend zu üben, droht eine Verschärfung von Bildungsungleichheit.

Entscheidend ist daher, Fördern und Fordern zusammenzudenken. Aus Sicht der UVN liegt die Lösung nicht in weniger Inhalten, sondern in besserem Unterricht mit klaren Standards, ausreichend Übungszeit und gezielter Unterstützung. ▀

Fachkräfteengpässe nach Regionen

Besonders angespannt war die Situation in den Arbeitsagenturbezirken Nordhorn und Vechta. Dort gab es für

62,3 beziehungsweise 59,8 Prozent aller offenen Stellen keine passend qualifizierten Arbeitslosen. Am geringsten war die Stellenüberhangsquote mit 32,3 Prozent beziehungsweise 34,4 Prozent in den Arbeitsagenturbezirken Emden – Leer und Hannover. 



Ganzttag langfristig verlässlich

In unserer Stellungnahme zum Entwurf eines Erlasses zur Änderung der Klassenbildung und Lehrkräftestundenzuweisung stand die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung im Grundschulalter im Mittelpunkt.

Die verlässliche Ganztagschule hat das Potenzial, junge Menschen frühzeitig auf Ausbildung, Studium und Beruf vorzubereiten und kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Bildungs- und Teilhabechancen spürbar stärken – insbesondere dann, wenn Schulen, Schulträger, Wirtschaft und weitere außerschulische Partner eng zusammenarbeiten. Sie sollte gezielt genutzt werden, um Basiskompetenzen, Sprachförderung, soziale Kompetenzen, Demokratiebildung sowie MINT- und Arbeitsweltkompetenzen zu stärken.

Offene Fragen zur Verlässlichkeit, Qualität, Finanzen und praktischen Umsetzbarkeit konnten im finalen Erlass und der neu gefassten Rahmenvereinbarung zwischen Land und Verbänden reduziert werden. Deshalb kommt es jetzt vor allem auf die Qualität der Umsetzung an. Verlässliche Strukturen, ausreichend Fachpersonal, praxisnahe Angebote und starke Kooperationen vor Ort werden entscheiden, ob der Ganzttag seine bildungs- und gesellschaftspolitischen Ziele tatsächlich erreicht. 

Jeder Zehnte ohne Abschluss

Der Anteil der Jugendlichen ohne gesicherten Schulabschluss ist laut Bildungsmonitor Niedersachsen deutlich gestiegen: 2025 verließ fast jeder zehnte Absolvent die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss. 2016 lag die Quote noch bei 5,4 Prozent. Das Kultusministerium weist darauf hin, dass darunter auch Geflüchtete sowie Jugendliche mit Förderbedarf fallen. Außerdem könnten Abschlüsse auch an berufsbildenden Schulen nachgeholt werden. Besonders kritisch ist diese Entwicklung vor dem Hintergrund, dass fehlende Schulabschlüsse das Risiko dauerhaft erschwerter Arbeitsmarktintegra-

tion erheblich erhöhen. Gleichzeitig zeigt sich, dass junge Menschen ohne Anschluss nach der Schule häufig nicht mehr systematisch erreicht werden. Genau hier setzt die Forderung der Sozialpartner nach einem verlässlichen „Sicherheitsnetz“ am Übergang Schule-Beruf in Form einer Landesstelle an: Ziel muss es sein, Schülerinnen und Schüler frühzeitig zu begleiten, Brüche im Übergangssystem zu erkennen und durch verbindliche Strukturen für Datentransfers zwischen Schulen, Berufsberatung, Jugendberufsagenturen und kommunalen Stellen sicherzustellen, damit niemand ohne Perspektive bleibt. ▀

VERLÄSSLICHKEIT, QUALITÄT UND PRAXIS STÄRKEN

Ein zentraler Punkt in unserer Stellungnahme zum Entwurf des Niedersächsischen Schulgesetzes ist der geplante Ausbau des Distanzunterrichts. Präsenzunterricht muss die Grundlage schulischer Bildung bleiben und darf nur in klar definierten Ausnahmefällen ersetzt werden, damit Bildungsqualität und Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet sind.

Beim Ausbau ganztägiger Bildungsangebote und zusätzlicher Fächer kommt es entscheidend auf die inhaltliche Ausrichtung an. Zusätzliche Mittel sollten gezielt in berufsorientierende, digitale und MINT-bezogene Angebote fließen. Gleichzeitig müssen Kooperationen mit Wirtschaftsakteuren systematisch gestärkt und klare Mindeststandards beispielsweise für Praxisphasen festgelegt werden. Positiv ist neben der Stärkung der

beruflichen Orientierung die Verankerung der Jugendberufsagenturen – sofern diese die notwendigen Daten erhalten.

Mit Blick auf die Oberschulen ist darauf zu achten, dass Differenzierung und Leistungsorientierung erhalten bleiben. Die Aufweichung schulzweigspezifischer Strukturen darf nicht zu einer schleichenden Vereinheitlichung führen. Unterschiedliche Leistungsniveaus und individuelle Bildungswege müssen weiterhin berücksichtigt werden. Gleiches gilt für die Lehrpläne.

Auch die Regelungen zu Schulen in freier Trägerschaft haben Auswirkungen auf das Gesamtsystem. Eine stärkere Schulaufsicht darf nicht zu zusätzlicher Bürokratie führen. Verwaltungsverfahren sollten effizient, digital und praxistauglich ausgestaltet werden. ▀



UVN Bildungs-Summit 2026: Berufsorientierung im Fokus

SAVE THE DATE

4. UVN Bildungs-Summit

Februar 2027

Berufsorientierung ist ein zentraler Schlüssel für gelingende Bildungsbiografien – und wird dennoch häufig unterschätzt. Genau dieses Thema griff der UVN Bildungs-Summit 2026 am 18. März 2026 auf: „Wer Zukunft will, braucht Berufsorientierung“ mit vielen Perspektiven aus Schule, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft.

Zum Auftakt machten Christoph Meinecke (Stellv. UVN-Hauptgeschäftsführer) sowie Kultusministerin Julia Willie Hamburg und Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne die Bedeutung frühzeitiger Orientierung für individuelle Chancen und Fachkräftesicherung deutlich. In ihren Impulsen zeigten unsere Expertinnen und Experten wie ein lernendes Schulsystem, stärkere Kooperationen und präventive Ansätze dazu beitragen, Übergänge und praxisorientiertes Lernen wirkungsvoll umzusetzen sowie Abbrüche zu vermeiden. Der „Markt der Möglichkeiten“ bot Raum für Austausch und Einblicke in konkrete Angebote der Berufsorientierung und ging nahtlos über in die anschließende Podiumsdiskussion mit vielen Impulsen und Praxisbeispielen erfolgreicher Berufsorientierung.

Der Summit verdeutlichte: Berufsorientierung wirkt früh und nachhaltig. Sie ist ein entscheidender Hebel für chancengerechte Übergänge und eine starke Fachkräftebasis – und braucht ein enges Zusammenspiel aller Beteiligten. Deshalb wird es beim UVN BILDUNGS-SUMMIT 2027 im Rahmen der didacta um frühkindliche Bildung als Fundament für Chancengleichheit und schulische Berufsorientierung gehen als verbindendem Element zwischen Schule und Ausbildung. Herzlichen Dank unseren diesjährigen Unterstützern VGH Versicherungen, neu/wagen, Karriere Campus Hannover, Bechtle, Bundesagentur für Arbeit, TVN Group und SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen. ▀

Highlight-Film



Herbsttagung SCHULEWIRTSCHAFT

Niedersachsen

Am 26. November trafen sich rund 30 engagierte Menschen auf Einladung von SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen zur Herbsttagung bei KPMG Region Hannover/Bielefeld/Münster. Mit dabei waren Lehrkräfte sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Unternehmen, Verbänden, dem Kultusministerium, RLSB und Landesschülervertretung.

Im Rahmen eines SCHULEWIRTSCHAFT-Cafés diskutierten sie über Best-Practice zur Berufsorientierung, spannende Initiativen wie IW Junior, das Berufswahlsiegel, das Lehrerbetriebspraktikum sowie weitere Möglichkeiten, um SCHULEWIRTSCHAFT in Niedersachsen in allen Regionen zu verankern und so den Austausch zwischen Schule und Wirtschaft weiter zu stärken. 



Next Level BO Hannover

Ziel des Projektes „Next Level BO Hannover“ ist es, die Berufsorientierung in der Region effizienter, strukturierter und praktischer zu gestalten. Gemeinsam mit der digitalen Plattform FUJOUR, die mit Hilfe von Matchings eine passgenaue Vermittlung von Praktika und Ausbildungsplätzen ermöglicht, bieten der Make:Lab von Heise und Whats Next der Digital Pioniere ein abgerundetes Angebot. Schulen werden organisatorisch entlastet und Unternehmen erhalten frühzeitig Zugang zu Nachwuchskräften. 



Next Level BO

Kein Jugendlicher darf verloren gehen

Im Rahmen der „Woche der Ausbildung“ und der „Woche der beruflichen Bildung“ nahmen die UVN, der DGB Niedersachsen und die Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen die duale Berufsausbildung genauer in den Blick und formulieren Handlungsempfehlungen. Die Lage am Ausbildungsmarkt ist nach wie vor ernst und spiegelt die schwierige wirtschaftliche Situation in Deutschland und Niedersachsen wider.

Mit dem Leitmotiv „Kein junger Mensch darf verloren gehen“ setzen die Partner ein klares gemeinsames Bekenntnis zur dualen Berufsausbildung. Berufsorientierung ist der unterschätzte Gamechanger, damit junge Menschen eine Perspektive erhalten und Betriebe die benötigten Fachkräfte gewinnen. 

Mitgliederstimmen



Bianca Rosenhagen
Unternehmerin und Vorsitzende
SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen

„SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen und „Next Level BO“ bringen Schulen und Unternehmen praxisnah zusammen. So entsteht Berufsorientierung, die Jugendlichen echte Perspektiven aufzeigt und Unternehmen frühzeitig mit potenziellen Fachkräften vernetzt.“

Erik von Hoerschelmann (UVN) bei der konstituierenden Sitzung des Fachkuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung am 27. Januar 2026.



Quelle: LpB Nds.

Ausbildungssuche braucht Vermittlung, keine Abgabe

Gut 44.000 Betriebe in Niedersachsen bildeten 2024 freiwillig aus und übernehmen damit Verantwortung für Fachkräftesicherung und berufliche Perspektiven. Gleichzeitig zeigt sich: Viele Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt, weil Berufsorientierung, Ausbildungsreife und passgenaue Vermittlung durch das richtige Matching nicht funktionieren. Aus Sicht der UVN wäre eine Ausbildungsplatzabgabe deshalb kontraproduktiv.

Eine Abgabe löst, auch mit Blick nach Bremen, Berlin und Brandenburg, weder Matching-Probleme noch Defizite bei Sprach-, Mathematik- oder Sozialkompetenzen. Statt neuer Belastungen und zusätzlicher Bürokratie braucht es frühzeitige, praxisnahe Berufsorientierung,

individuelle Begleitung und eine stärkere Verzahnung von Schulen, Betrieben, Jugendberufsagenturen, Kammern und regionalen Netzwerken. Digitale Instrumente und Strukturen können dabei helfen, Jugendliche und Unternehmen besser zusammenzubringen.

Die Anpassungen der BA-Statistik zu unversorgten Bewerbern verändern die Aussagekraft der Zahlen. So gelten Jugendliche teils weiterhin als „unversorgt“, obwohl sie bereits einen Anschluss gefunden haben – etwa wenn sie dies der Bundesagentur für Arbeit (BA) nicht aktiv zurückmelden. Gleichzeitig weist die BA selbst darauf hin, dass die Statistik auf gemeldeten Informationen basiert und nicht jeder Fall nachverfolgt werden kann. Dadurch entstehen Unsicherheiten bei der Bewertung der tatsächlichen Versorgungslage am Ausbildungsmarkt und eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit Vorjahren.



TUMO + MINT Zentrum Hannover

Mit der Gründung der TUMO + MINT Hannover gGmbH wurde 2026 ein zentraler Meilenstein für das Bildungszentrum in der hannoverschen Innenstadt erreicht. Das Projekt gewinnt damit weiter an Kontur – organisatorisch, strukturell und auch baulich. Gesellschafter sind die Landeshauptstadt Hannover, die Hochschule Hannover, die GETEC Stiftung und die UVN. Gemeinsam bündeln sie Kompetenzen aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Hand, um einen innovativen Lernort für digitale Bildung zu schaffen.

Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen kostenfreien Zugang zu praxisnahen Angeboten in Bereichen wie Programmierung, Robotik, Design und Medienkompetenz zu ermöglichen. Das Zentrum stärkt damit frühzeitig Zukunftskompetenzen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. ▀

Win-Win mit Azubi-D-Ticket

Seit dem 1. Januar 2026 gibt es in Niedersachsen das „D-Ticket Azubi NI“. Nutzen können es Auszubildende in betrieblicher und schulischer Ausbildung sowie Freiwilligendienstleistende mit Wohn- oder Ausbildungsort in Niedersachsen. Der Landeszuschuss von 20 Prozent ist bereits eingerechnet, so dass das Ticket ohne Arbeit-

geberzuschuss 50,40 Euro pro Monat kostet. Mit zusätzlichem Arbeitgeberzuschuss sinkt der Preis auf 31,50 Euro oder weniger. Die Abwicklung übernimmt zentral die Niedersachsentarif GmbH. Alle Infos im QR-Code. ▀



IdeenExpo 2026

MINT-Berufsorientierung, die begeistert und überzeugt

Die IdeenExpo 2026 hat wieder einmal eindrucksvoll gezeigt, wie groß die Begeisterung junger Menschen für MINT, Berufsorientierung und Technik ist. Mehr als 330 Aussteller, über 800 Mitmach-Exponate in 14 Themenbereichen, mehr als 900 Workshops und eine Veranstaltungsfläche von über 100.000 Quadratmetern machten die zehnte IdeenExpo zu einem einzigartigen Erlebnisort für junge Menschen, Schulen, Familien, Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Das Erfolgsrezept der IdeenExpo und ihrer Aussteller bleibt unverwechselbar: ausprobieren statt nur zuschauen. Junge Menschen können experimentieren, programmieren, bauen, forschen und direkt mit Auszubildenden, Studierenden und Fachkräften ins Gespräch kommen. So wird Berufsorientierung konkret, nahbar und erlebbar.



Dr. Volker Schmidt, Aufsichtsratsvorsitzender der IdeenExpo GmbH, zog ein begeistertes Fazit: Die Veranstaltung habe die Lust auf Zukunft und Gestalten von mehr als 400.000 Besucherinnen und Besuchern sichtbar gemacht und Kopf und Herz erreicht – weit über Niedersachsen hinaus. Die IdeenExpo soll künftig zu einer bundesweiten Kommunikationsplattform mit Roadshow ausgebaut werden, die Unternehmen, Schulen, Hochschulen und Millionen Jugendliche zusammenbringt. ▀

Mitgliederstimmen



Sandra Schubert
Geschäftsführerin
Unternehmensverbände Handwerk
Niedersachsen e. V. (UHN)

„Mit zahlreichen Mitmachprojekten auf der IdeenExpo zeigten wir jungen Menschen die vielfältigen MINTBerufsmöglichkeiten im Handwerk. Angesichts des Fachkräftebedarfs gilt es gerade jetzt, in der Berufsorientierung Perspektivenvielfalt erlebbar zu machen, um die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung im Ausbildungsalltag sichtbar werden zu lassen.“ ▀





SAVE THE DATE

11. IdeenExpo

1.-9. Juli 2028

Messegelände Hannover



Fotos (6) © IdeenExpo



MINT-Arbeitskräfte gesucht!

Dass insbesondere der MINT-Fachkräftemangel ein enormes Risiko für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands birgt, zeigt der am 5. Mai 2026 vorgestellte MINT-Frühjahrsreport 2026 des IW Köln. In Niedersachsen und Bremen lag im März 2026 die Nachfrage nach MINT-Arbeitskräften (offene Stellen) um 65 Prozent über dem verfügbaren Angebot (Arbeitslose, die Beschäftigung in MINT-Berufen anstreben). Auch bei der Qualifikation zeigt sich ein deutliches Ungleichgewicht: In den MINT-Ausbildungsberufen übersteigt die betriebliche Nachfrage das Angebot um 81 Prozent. 



MINT-Frühjahrs-
report 2026

Perspektivwechsel schafft Verständnis

Verwaltungs- und Wirtschaftsvolontariate Niedersachsen vom 10. – 21. November 2025 sowie 1. – 12. Juni 2026

Das Niedersächsische Wirtschafts- und Verwaltungsvolontariat ist seit 1988 ein besonderes Instrument der Personalentwicklung zwischen öffentlicher Verwaltung und privatwirtschaftlichen Unternehmen. Jährlich nutzen rund 30 bis 40 Führungskräfte die Möglichkeit, für zwei Wochen die Perspektive zu wechseln und Einblicke in die Arbeitsweise der jeweils anderen Seite zu gewinnen.

Der Austausch stärkt das Verständnis, die Zusammenarbeit und praxisnahe Entscheidungsprozesse zwischen Wirtschaft und Verwaltung. Stellvertretend für alle Beteiligten geht unser Dank an unseren direkten Organisationspartner, das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung. 





FUTURE SOLUTIONS MADE IN LOWER SAXONY

Wirtschaftsempfang der UVN und LUH am 24. Februar 2026

Ziel des jährlichen Empfangs der UVN und Leibniz Universität Hannover (LUH) ist es, den Dialog zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu stärken, neue Formen der Zusammenarbeit auszuloten und bestehende Kooperationen weiter auszubauen.

UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe forderte in seiner Begrüßung eine neue Sichtweise: „Kommerzialisierung ist kein Widerspruch zur Wissenschaft, sondern ein natürlicher Teil einer modernen, innovativen Wissenschaftskultur. Unsere Universitäten sind dabei eine besondere Stärke im Ökosystem. Sie sind Orte, an denen Wissen entsteht und zugleich der Mut wächst, Ideen in die Anwendung zu bringen. Unternehmertum bedeutet Mut zum Markt und Mut zur Umsetzung. Denn Innovation entsteht dort, wo Ideen realisiert werden – nicht in der Schublade.“

Dieser Innovationsgeist, der Mut zum Unternehmertum und der positive Blick in die Zukunft prägten auch den Impuls des Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kultur Falko Mohrs. Nur einen Monat später gab das Ministerium einen Gesetzesentwurf zur Weiterentwicklung der Hochschulen in die Anhörung, der genau diese Impulse zur Stärkung von Transfer, Gründungsaktivitäten und Hochschulautonomie aufgreift.

Acht Elevator Pitches aus Wissenschaft und Wirtschaft machten anschließend die Innovationskraft Niedersachsens sichtbar. LUH-Präsident Prof. Dr. Volker Epping griff dieses Narrativ in seiner Verabschiedung erneut auf und unterstrich die Bedeutung enger Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Herzlichen Dank unseren Unterstützern Health Innovation Hannover, neu/wagen, RSM Ebner Stolz und techfactory Hannover. 



Wirtschaftsexpertise von Frauen für Frauen

Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten zeigt sich, wie wichtig starke Netzwerke, gegenseitiger Erfahrungsaustausch und sichtbare unternehmerische Perspektiven sind. Der Schwerpunkt von Frauen für Frauen erlaubt eine ausführliche Betrachtung zielgruppenspezifischer Themen und Herausforderungen mit Best Practice und Mentoring-Elementen.

Im Rahmen des Tages der niedersächsischen Wirtschaft fand sich das UVN-Unternehmerinnen-Netzwerk am 12. November 2025 für einen Austausch mit Ute Spring, Präsidentin von Dow Deutschland, Öster-

reich und Schweiz (D/A/CH) sowie Vorstandsvorsitzende von Dow in Deutschland, zusammen. Als Auftakt-Event 2026 luden wir zu einem gemeinsamen Rundgang über die HANNOVER MESSE ein, der in der FEMWORX und im Niedersachsen-Abend mündete.

Der UVN-After-Work von UVN und VdU für niedersächsische Unternehmerinnen, Entscheiderinnen und Gestalterinnen am 15. Juni 2026 befasste sich mit den politischen Weichenstellungen von morgen und knüpfte an die Netzwerkgespräche vom Business Brunch am 3. November 2025 an. 

Bildungszeit braucht Praxisnähe

Weiterbildung ist in Zeiten der Transformation ein zentraler Bestandteil der Fachkräfteentwicklung. Deshalb verfolgten wir in unserer Stellungnahme zum Entwurf des Niedersächsischen Bildungszeitgesetzes das Ziel einer realitätsgerechten und wirtschaftlich tragfähigen Weiterbildungskultur. Diese muss sich inhaltlich stärker auf arbeitsweltbezogene Kompetenzen wie Digitalisierung, Transformation und Schlüsselqualifikationen fokussieren.

Aktuell sehen wir insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen erhebliche praktische Herausforderungen durch steigenden Planungsaufwand, verkürzte Fristen im Freistellungsverfahren, zusätzliche Bürokratie sowie fehlende Entlastungen für Betriebe. Doch Bildungszeit kann nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn sie flexibel an die vorhandenen Bedarfe von Unternehmen und Beschäftigten angepasst sowie partnerschaftlich zwischen Staat, Beschäftigten und Unternehmen gestaltet wird. 

MEDIEN IM WANDEL



Medien 2030:

KI-Revolution, Medienvielfalt und der Kampf um den Markt

Die Medienbranche steht vor tiefgreifenden Veränderungen: Generative KI, wirtschaftlicher Druck und gesellschaftliche Polarisierung verändern Geschäftsmodelle, Arbeitsweisen und die Rolle journalistischer Medien. Vor diesem Hintergrund diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, öffentlich-rechtlichen und privaten Medienhäusern auf Einladung der UVN am 9. Juni 2026 über die Zukunft des Medienmarktes.

Gemeinsam mit dem Chef der Staatskanzlei Frank Doods, NDR-Intendant Hendrik Lünenborg, RTL Nord-Chefin Sonja Schwedje und NLM-Direktor Prof. Christian Krebs standen Fragen nach wirtschaftlicher Stabilität, publizistischer Vielfalt, Regulierung und dem verantwortungsvollen Einsatz von KI im Mittelpunkt. Die Veranstaltung

machte deutlich: Medienvielfalt und glaubwürdiger Journalismus bleiben zentrale Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. ▀



STAATS- MODERNISIERUNG

FINANZEN



Mit Verwaltungsdigitalisierung, Bürokratieabbau, schnelleren Verfahren sowie einer echten Unternehmenssteuerreform und klaren staatlichen Ausgabenprioritäten Investitionen und Wachstum ermöglichen. ▀

- 58 Klare Prioritäten für Niedersachsen
- 59 Bürokratieabbau jetzt!
- 60 Mittelstandsbeirat und Clearingstelle Niedersachsen
- 61 Digitale Verwaltung stärkt Unternehmen
- 62 Finanzgericht live: Einblicke in die Praxis
- 63 Unternehmensteuern reformieren
- 63 Fairer Wettbewerb im E-Commerce
- 64 Sondervermögen verfehlt zusätzliche Investitionswirkung
- 64 UVN-Positionen zur Kommunalwahl 2026
- 65 Wirtschaft und Kommunen gemeinsam stärker

Klare Prioritäten für Niedersachsen



Wenn die UVN-Geschäftsführerkonferenz zusammenkommt, geht es um die zentralen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Gemeinsam mit Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier aus dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen diskutierten unsere Mitgliedsverbände im Februar 2026 aktuelle wirtschaftliche, gesellschaftliche und geopolitische Entwicklungen sowie notwendige politische Weichenstellungen.

Im Mittelpunkt des Austauschs standen vor allem schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, der konsequente Abbau bürokratischer Belastungen sowie verlässliche politische Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen. Positiv bewertet wurde dabei insbesondere das sogenannte „Kopfstandverfahren“

der Landesregierung mit dem Anspruch, bestehende Regelungen systematisch auf Notwendigkeit und Praxistauglichkeit zu überprüfen. Deutlich wurde zugleich: Niedersachsen verfügt über wirtschaftliche Stärke und Innovationskraft – jetzt braucht es Tempo, Klarheit und konsequente Priorisierung. 

Bürokratie melden im EinfachMachen-Portal

Ein handlungsfähiger Staat braucht einfache, schnelle und praxistaugliche Verfahren. Doch viele Verwaltungsprozesse sind noch immer zu kompliziert, zu langsam oder unnötig aufwendig – im Unternehmen wie im Alltag.

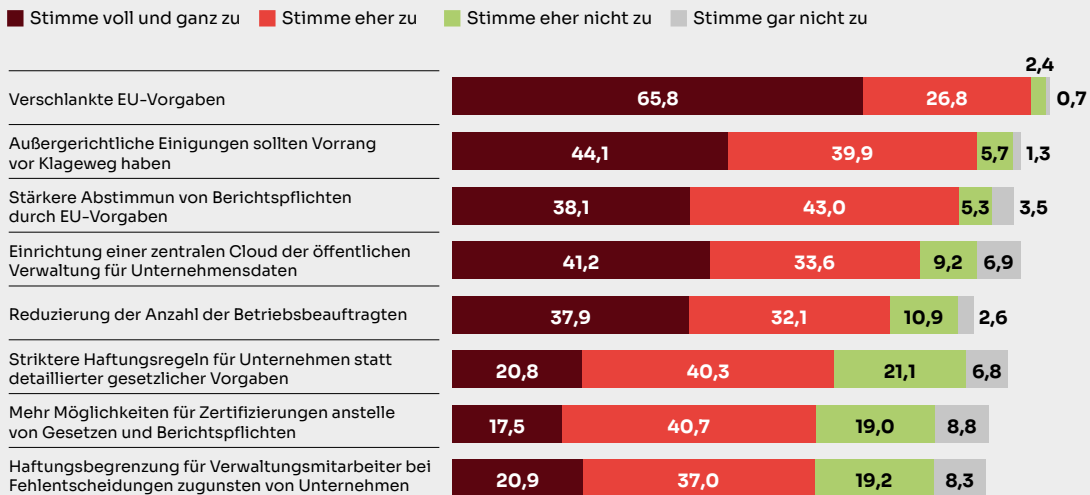
Im EinfachMachen-Portal der Bundesregierung schildern Sie praxisnah, wo Abläufe unnötig komplex, unverständlich, umständlich oder gar doppelt sind. Jede Eingabe wird ausgewertet und kann gezielte Anpassungen anstoßen. Machen Sie mit! 



EinfachMachen-
Portal

Bürokratieabbau: Was Unternehmen für hilfreich halten

Auf die Frage, ob folgende Maßnahmen Bürokratie reduzieren können, antworten so viel Prozent der Unternehmen in Deutschland wie folgt



Rest zu 100: weiß nicht/keine Angabe

Befragung von 1.088 Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistern vom 2.10. bis 1.12.2025 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Bürokratieabbau jetzt!

Die Bundesregierung hat den Bürokratieabbau zu einem zentralen Ziel erklärt und dafür ein eigenes Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung geschaffen. Unter anderem sollen Bürger und Unternehmen künftig mit dem EUDI-Wallet ihre Behördenkontakte umfassend online abwickeln können. Außerdem soll eine One-in-two-out-Regelung der wachsenden Bürokratie Einhalt gebieten.

Unternehmen spüren bislang jedoch kaum Entlastung. Laut einer IW-Befragung gaben im Herbst 2025 fast 80 Prozent der Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleister an, dass der Aufwand für Berichts- und Dokumentationspflichten in den vergangenen Jahren weiter gestiegen sei. Als Ursachen nennen sie vor allem immer komplexere Vorgaben, fehlende Überprüfungen bestehender Regelungen sowie umfangreiche EU-Vorschriften.

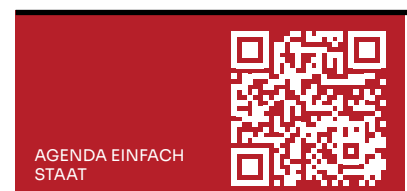
Für die niedersächsische Wirtschaft haben wir im BDI-Arbeitskreis „Moderner Staat“ die AGENDA EINFACH STAAT mit erarbeitet. Sie enthält konkrete Handlungsempfehlungen, um strukturelle Reformen von Staat und Verwaltung voranzutreiben. 

Mitgliederstimmen



Dieter Schnittjer
Vorstandsmitglied
Verband der Baubranche, Umwelt-
und Maschinentechnik e. V. (VDBUM)

„Wir müssen das ‚Machen‘ wieder einfacher machen. Wirtschaft und Verwaltung brauchen deutlich weniger Bürokratie und keine Einzelösungen. Wir müssen gemeinsam Prozesse auf links drehen und effiziente, digitale Abläufe sowie Schnittstellen entwickeln, die wirklich zusammenpassen.“ 





Mitgliederstimmen



Kerstin Gördes
Geschäftsführerin
Verband deutscher
Untersuchungslaboratorien e. V.

„Die aktuelle Akkreditierungspraxis der DAkkS belastet insbesondere mittelständische Labore. Notwendig sind eine Reform der Gebührenordnung sowie effizientere und digitalisierte Prozesse, damit Akkreditierung auch künftig ein tragfähiges Instrument für Qualität, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit bleibt.“ 

Mittelstandsbeirat und Clearingstelle Niedersachsen

Als Mitglied im Mittelstandsbeirat des Landes Niedersachsen bringen die UVN konkrete Erfahrungen und Vorschläge unserer Mitglieder, Ausschüsse und aus Gesprächen ein. Im Mittelpunkt stehen bürokratiearme, praxistaugliche Verfahren, schnellere Prozesse und bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen.

Über den Mittelstandsbeirat wirken wir zudem an der strategischen Arbeit der Clearingstelle Niedersachsen mit. Ziel ist es, Bürokratieabbau systematisch, mittelstandsorientiert und digital zu denken – von der Gesetzesfolgenabschätzung bis zur konkreten Verwaltungsmodernisierung. Die Clearingstelle ist ein wichtiger Hebel, um neue Regelungen frühzeitig auf ihre Praxistauglichkeit zu prüfen und bestehende Belastungen gezielt abzubauen.

Wie wirksam dieser Ansatz ist, zeigt die praktische Arbeit der Clearingstelle: Praxischecks, Werkstattgespräche und der strategische Austausch mit dem Landesamt für Statistik Niedersachsen machen konkrete Bürokratielasten sichtbar und übersetzen sie in praxistaugliche Vorschläge für einfachere Verfahren. Ergänzend brachten Clearingstelle und Mittelstandsbeirat konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau im EU-Recht in das Omnibusverfahren ein und vertieften diese im Austausch mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments. 



DIGITALE VERWALTUNG STÄRKT UNTERNEHMEN

**„Digitale Verwaltung. Starke Wirtschaft.“ von UVN und IHKN
auf der Horizons by heise am 2. September 2025**

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, wie Niedersachsen den digitalen Wandel in der Verwaltung schneller, effizienter und praxisnäher gestalten kann. Deutlich wurde dabei: Viele Unternehmen erleben digitale Verwaltungsprozesse weiterhin kompliziert, langsam und von Medienbrüchen geprägt.

Impulse lieferten unter anderem Dr. Horst Baier (damaliger CIO des Landes Niedersachsen), Victoria Büchting (adesso SE), Prof. Dr. Peter Daiser (NSI) sowie Dr. Axel Ebers (ehem. UVN), Monika Scherf (IHKN) und Michael Wilkens (IHKN). Die anschließende Paneldiskussion zeigte konkrete Schritte hin zu einer modernen, kundenorientierten Verwaltung auf. Neben den fachlichen Impulsen bot die Veranstaltung vor allem Raum für offenen Austausch, neue Perspektiven und Vernetzung.

Dabei wurde deutlich, dass Verwaltungsdigitalisierung längst mehr als ein IT-Thema ist. Sie ist ein entscheidender Standortfaktor für Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Vertrauen in staatliches Handeln.

Dafür braucht es leistungsfähige digitale Infrastruktur, schlanke und durchgängig digitale Verwaltungsprozesse sowie einen einheitlichen digitalen Zugang zu Verwaltungsleistungen für Unternehmen. Gleichzeitig müssen digitale Kompetenzen in Schule, Aus- und Weiterbildung gestärkt und Beschäftigte aktiv im Wandel begleitet werden. 



Horizon-Podcast mit Benedikt Hüppe, Digital-Staatssekretärin Anke Pörksen, Bastian Brunotte und Michael Wilkens (v.l.n.r.).





Finanzgericht live: Einblicke in die Praxis

Gemeinsam mit KSB INTAX luden wir am 5. Februar 2026 zu einer „Live“-Sitzung des 2. Senats des Niedersächsischen Finanzgerichts. Steuerrechtliche Verfahren wirken auf Verbände und Unternehmen häufig abstrakt. Die Sitzung und begleitenden Hintergrundinformationen zeigten anschaulich, wie steuerrechtliche Streitfragen juristisch aufgearbeitet werden und welche Bedeutung fundierte rechtliche Bewertungen für Unternehmen haben.

Nach der Begrüßung durch Gerichtspräsidentin Petra Hager und unseren stellvertretenden UVN-Hauptgeschäftsführer Christoph Meinecke verfolgten wir eine mündliche Verhandlung des 2. Senats zur Einkünfteerzielungsabsicht bei einer nebenberuflichen Tätigkeit. Im Anschluss vertiefte Mathias Dietrich (KSB INTAX), welche Rolle die Finanzgerichtsbarkeit in steuerlichen Streitfällen spielt und welche strategischen Überlegungen mit einer gerichtlichen Klärung verbunden sind. 

Mehr Unternehmensinsolvenzen

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen ist 2025 laut Landesamt für Statistik erneut gestiegen. Insgesamt stellten 1.910 Unternehmen einen Insolvenzantrag – ein Plus von 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Besonders betroffen waren Handel, Kfz-Instandhaltung und das Baugewerbe.

Die Zahl der Insolvenzen von Verbraucherinnen und Verbrauchern erhöhte sich ebenfalls. Im Jahr 2025 meldeten 11.165 Privatpersonen eine Insolvenz an, was einem Zuwachs von 5,8 Prozent entspricht. 



Dashboard „Wirtschaft
in Niedersachsen“ (LSN)

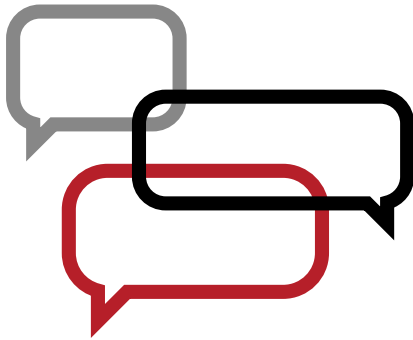
Erbschaftsteuerpläne gefährden Familienunternehmen

Nach vier Jahren wirtschaftlichem Stillstand sind nicht Steuererhöhungen, sondern Steuersenkungen dringend notwendig. Dennoch wird eine Reform diskutiert, die mittelständische Familienunternehmen mit höheren Steuern auf produktives Kapital belastet. Das würde Investitionen in Transformation, Innovation und Arbeitsplätze am Standort Deutschland massiv gefährden. Der Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen rechtfertigt deshalb weiterhin eine besondere Verschonung von Betriebsvermögen – insbesondere bei familien- und eigentümergeführten Unternehmen des Mittelstands. ▀

Unternehmensteuern reformieren

Deutschland ist ein Hochsteuerland. Fast ein Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung in Deutschland fließt direkt an den Staat. Hohe und komplexe Unternehmensteuern gelten dabei zunehmend als Belastung für Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Wachstum. Die Erbschaftsteuer bringt insbesondere Familienunternehmen in Gefahr.

BDI, IW Medien, VDA, VCI und VDMA haben in ihrem „Industry Spotlight: Unternehmensteuern“ zentrale Herausforderungen analysiert und insbesondere sechs steuerpolitische Vorschläge hin zu einem international wettbewerbsfähigen Steuerrecht entwickelt. ▀



„Industry Spotlight: Unternehmensteuern“

Fairer Wettbewerb im E-Commerce

UVN Tea-TALK „E-Commerce in Niedersachsen – Faire Rahmenbedingungen für KMU“ am 17. Februar 2026

Der digitale Handel eröffnet Unternehmen neue Chancen, bringt insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen jedoch auch wachsende Herausforderungen mit sich. Im virtuellen UVN Tea-TALK „E-Commerce in Niedersachsen – Faire Rahmenbedingungen für KMU“ diskutierte unsere stellvertretende UVN-Hauptgeschäftsführerin Bianca Beyer mit Niedersachsens Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne und Dr. Albrecht von Sonntag (idealo internet GmbH). Im Mittelpunkt standen Markttrends und Wettbewerbsbedingungen im E-Commerce, insbesondere die wachsende Marktmacht großer Online-Plattformen aus den USA und China, etwa Google, Temu und Shein. Diskutiert wurde daher, wie faire Rahmenbedingungen geschaffen werden können, damit niedersächsische Unternehmen im digitalen Handel auch künftig erfolgreich sind. ▀

Mitgliederstimmen



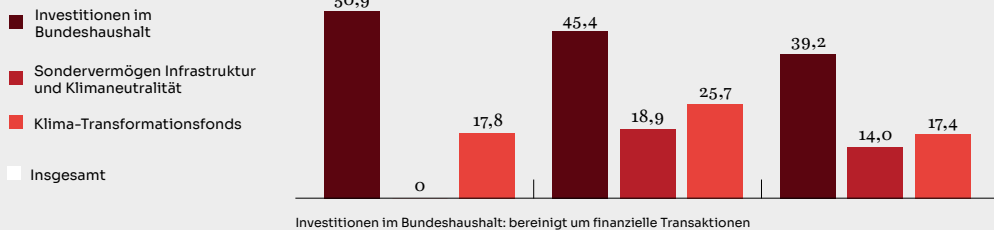
Dr. George Alexander Wolf
Hauptgeschäftsführer
Steuerberaterverband
Niedersachsen Sachsen-Anhalt e. V.

„Aktuell ist sehr erfreulich, dass die EU die ESG-Berichtspflichten für KMU deutlich entschärft hat. Bei der Digitalisierung der Finanzverwaltung gibt es weiterhin noch viel zu tun – dies ist dringend notwendig, um die Abläufe deutlich zu beschleunigen!“ ▀

Bundesregierung investiert viel weniger als geplant



Investitionen Deutschlands in Milliarden Euro



Quellen: Deutscher Bundestag, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Sondervermögen verfehlt zusätzliche Investitionswirkung

Das im Juni 2025 beschlossene Sondervermögen sollte zusätzliche Investitionen ermöglichen und die Transformation Deutschlands beschleunigen. Eine Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt jedoch: Bislang wird dieses Ziel nur eingeschränkt erreicht.

Demnach wurden 2025 rund 86 Prozent der Mittel aus dem Sondervermögen nicht zusätzlich investiert, sondern teilweise zur Finanzierung bereits geplanter Ausgaben genutzt. Gleichzeitig blieben die tatsächlichen Investitionen hinter den ursprünglichen Erwartungen

zurück. Insgesamt beliefen sich die Investitionsausgaben des Bundes einschließlich des Sondervermögens auf rund 71 Milliarden Euro – lediglich rund zwei Milliarden Euro mehr als im Vorjahr.

Die Analyse zeigt: Mehr Geld allein schafft noch keine Investitionswende. Entscheidend ist, dass die Mittel tatsächlich neue Investitionen auslösen und gezielt in Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaneutralität fließen. Auch Mitte 2026 bleibt eine spürbare Investitionsdynamik aus.

UVN-Positionen zur Kommunalwahl 2026

Die Kommunalwahl im September 2026 findet in einer Zeit großer wirtschaftlicher Herausforderungen statt. Schleppende Reformen, knappe personelle und finanzielle Ressourcen, schwache Wirtschaftsdynamik, ein angespannter Arbeitsmarkt und viel Bürokratie setzen Unternehmen und Kommunen gleichermaßen unter Druck.

Die UVN werben in ihren Positionen für einen Strategiewechsel: Wirtschaftsfreundliche politische Rahmenbedingungen und der Austausch mit der Wirtschaft vor Ort sind kein Selbstzweck, sondern die Grundlage für Gewerbesteueraufkommen, Beschäftigung, Lebensqualität und handlungsfähige Kommunen.

Dazu gehören eine aktive Ansiedlungs- und Wachstumspolitik, schnelle Genehmigungen, ausreichend Gewerbe- und Industrieflächen sowie verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen. Denn Wirtschaftspolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik.

Unser Ziel ist klar: Mehr wirtschaftliche Dynamik vor Ort, damit Städte, Gemeinden und Landkreise auch künftig gestalten und sich weiterentwickeln können.



UVN-Positionen
zur Kommunalwahl

Wirtschaft und Kommunen gemeinsam stärker

Beim Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund am 27. August 2025 machte UVN-Präsident Dr. Andreas Jäger deutlich, wie eng Wirtschaftskraft und kommunale Gestaltungskraft zusammenhängen. Seine zentrale Botschaft: Nur gemeinsam können wir Niedersachsens Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig sichern und ausbauen.

Kleine und mittlere Unternehmen sind oft seit Generationen fest in ihren Regionen verwurzelt. Sie bilden das Rückgrat der niedersächsischen Wirtschaft und sichern Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Innovation.

Doch die Rahmenbedingungen verschieben sich: Geopolitische Spannungen, neue Machtkonflikte und wirtschaftliche Unsicherheit setzen bewährte Spielregeln unter Druck. Damit stehen auch Niedersachsens Kommunen im nationalen und internationalen Wettbewerb um künftigen Wohlstand.

Kommunen prägen maßgeblich, ob Unternehmen als „Corporate Citizens“ gute Rahmenbedingungen vorfinden, vor Ort investieren oder ihren Standort infrage stellen.



Foto: Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund

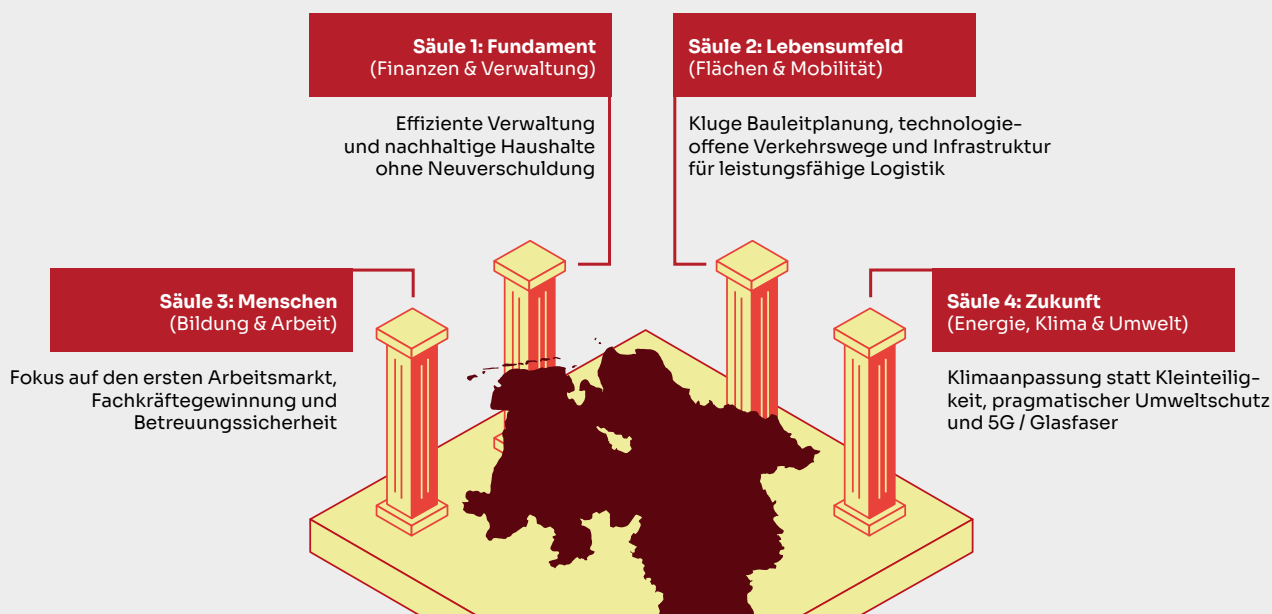
len. Dr. Jäger machte deutlich: Unsere Unternehmen sind bereit zu investieren – wenn das Gesamtpaket stimmt.

Für eine starke Partnerschaft von Wirtschaft und Kommunen braucht es:

- › digitale, schnelle und schlanke Verwaltung
- › leistungsfähige Infrastruktur
- › verlässliche familienfreundliche Daseinsvorsorge – etwa in Betreuung, Bildung und Pflege

Erst wenn diese Grundlagen stimmen, binden sich Unternehmen langfristig an Standorte und setzen Investitionen in Gang. 

Die vier Säulen des kommunalen Erfolgs



DIGITALISIERUNG INNOVATION

Digitalisierung und Innovationsförderung in Bildung, Wirtschaft und Verwaltung. ▀

- 68 **Digitale Souveränität als Standortfaktor**
- 69 **Digitale Transformation strategisch gestalten**
- 70 **KI in Verwaltung und Wirtschaft**
- 71 **Wirtschaftsblick und Praxiswissen im Digitalrat**
- 72 **niedersachsen.digital**
- 72 **Cybersicherheit ist Chefsache**
- 73 **niedersachsen.io: Smart-City-Lösungen landesweit skalieren**
- 73 **Praxiswissen für digitale Transformation**
- 74 **HANNOVER MESSE 2026**
- 75 **Quantensysteme als strategische Schlüsseltechnologie**
- 75 **secIT by heise stärkt Cybersecurity**
- 76 **NIS-2: Cybersicherheit wird Chefsache**
- 76 **DurchSTARTer 2025**
- 77 **UVN im Innovationsrat**
- 77 **Kunst & Kultur als Inspiration & Standortfaktor**





Digitale Souveränität als Standortfaktor

UVN und niedersachsen.digital luden am 28. Oktober 2025 in den Technologiepark Marienwerder

Digitale Souveränität wird zum strategischen Standortfaktor. Für Unternehmen entscheidet sie zunehmend über Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Resilienz. Wer digitale Technologien selbstbestimmt einsetzen will, muss Abhängigkeiten erkennen, bewerten und aktiv steuern. Dabei geht es nicht nur um IT. Es geht um Datenstrategien, Wertschöpfung, Partnerschaften und die Fähigkeit, digitale Geschäftsmodelle sicher weiterzuentwickeln.

Die UVN haben das Thema frühzeitig mit niedersachsen.digital in die wirtschaftspolitische Debatte Niedersachsens getragen. Bei der Veranstaltung am neuen Bechtle-Standort im Technologiepark Marienwerder kamen Wirtschaft, Politik und Technologie zusammen. Die Diskussion zeigte: Europa hat weiterhin starke Chancen, eigene technologische Souveränität aufzubauen – vor allem dort, wo industrielle Daten, Forschungskraft und KI-Kompetenz gezielt zusammengeführt werden.

Nach der Begrüßung durch UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe und Hausherr Holger Meyer (Bechtle) stellte Gabriel Becker (Schwarz Digits) das souveräne Technologie-Ökosystem der Schwarz-Gruppe vor. Steven Handgrätinger präsentierte anschließend den „Bechtle Index of Sovereignty“.

Durch die anschließende Diskussion führte der damalige UVN-Digitalexperte Dr. Axel Ebers. Gemeinsam mit Landes-CIO Dr. Alexander Georgiadis und Unternehmer Henry Heydemann (Handelskontor Seevetal GmbH) wurde deutlich: Digitale Souveränität entsteht nicht von allein. Sie braucht Investitionen, Kooperation und verlässliche politische Rahmenbedingungen. Für Niedersachsen liegt eine große Chance darin, digitale Stärke mit industrieller Kompetenz zu verbinden – wenn Wirtschaft, Politik und Forschung konsequent an einem Strang ziehen. 

Digitale Transformation strategisch gestalten

Auftaktsitzung des UVN-Digitalausschusses am 12. März 2026

Mit der Auftaktsitzung des neuen UVN-Digitalausschusses in der Medizinischen Hochschule Hannover starteten die UVN ein neues Format für den strategischen Austausch zur digitalen Transformation der Wirtschaft. Im CRC Clinical Research Center Hannover diskutierten Führungskräfte, wie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz wirksam in Organisationen verankert werden können.

Dr. Axel Ebers (ehem. UVN) machte zum Auftakt deutlich: Digitale Transformation ist eine strategische Führungsaufgabe. Technologie allein löst keine strukturellen Probleme. Damit Transformation gelingt, müssen Unternehmenskultur, Prozesse, Verantwortlichkeiten und Entscheidungswege zusammen gedacht werden.

Marcus Wortmann (Medizinischen Hochschule Hannover) zeigte, warum Digitalisierung klare Governance braucht. Bleiben Zuständigkeiten und Entscheidungswege unklar, werden neue Systeme und KI-Plattformen schnell zu isolierten IT-Projekten. Thomas Götz (Siemens Smart Infrastructure) beschrieb die aktuelle Entwicklung

als „Doppelwelle“ aus Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz. Entscheidend sei, Technologien gezielt für die eigenen Kernprozesse nutzbar zu machen.

In der anschließenden Diskussion verständigten sich die Teilnehmenden auf die strategische Ausrichtung und erste Themenschwerpunkte des Ausschusses. Deutlich wurde: Digitalisierung braucht Führung, Struktur und Austausch. Genau dafür bietet der UVN-Digitalausschuss künftig eine Plattform. 



Landesregierung stellt Verwaltungsdigitalisierung neu auf

Niedersachsen hat die Zuständigkeiten für Digitalisierung in der neuen Abteilung 4 „Digitalisierung, IT-Gesamtsteuerung, -Sicherheit und -Infrastruktur“ im Innenministerium gebündelt. Mit Digitalisierungsstaatssekretärin Anke Pörksen und Dr. Alexander Georgiadis als CIO des Landes entsteht so eine zentrale Struktur für die weitere Verwaltungsdigitalisierung.

Aus Sicht der Wirtschaft ist das ein wichtiger Schritt: Mit dem neuen IT-Einzelplan, der Einbeziehung des Sondervermögens Digitalisierung und einer stärker-

ren Gesamtsteuerung setzt das Land damit zentrale Forderungen der Wirtschaft um.

Für eine erfolgreiche Umsetzung braucht es klare Verantwortung, zentrale Steuerung und operative Durchsetzungskraft. Erste operative Ansätze zeigen in die richtige Richtung: Die Taskforce Digitalisierung Niedersachsen unterstützt Kommunen beim Rollout zentraler Online-Leistungen. Auch Komm2IT stärkt durch die Bündelung kommunaler IT-Kompetenzen gemeinsame Standards und mehr Umsetzungskraft. 

KI in Verwaltung und Wirtschaft

Norddeutsches KI-Forum am 18. und 19. Februar 2026

Beim Norddeutschen KI-Forum in Hannover diskutierten Unternehmen, Verwaltungen, Kommunen und Verbände über Chancen, Risiken und konkrete Anwendungsfelder Künstlicher Intelligenz. Die gemeinsam von Althammer & Kill, NSI, HSVN – Kommunale Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen und den UVN organisierte Veranstaltung bot einen praxisnahen 360°-Blick auf KI in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung.

Deutlich wurde: KI wird zu einem zentralen Faktor für Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und moderne Verwaltungsprozesse. Niedersachsen bringt dafür starke Voraussetzungen mit – eine exzellente Forschungslandschaft, industrielles Datenwissen und Unternehmen, die KI bereits praktisch erproben.

Diese Standortvorteile müssen jetzt systematisch genutzt werden. Dafür braucht es schnellere digitale Einwanderungsverfahren für internationale KI-Talente, gemeinsame Datenräume, innovationsfreundliche Regulierung und mehr Tempo bei Genehmigungs- und Zertifizierungsprozessen. Gerade bei Zukunftsfeldern wie Physical AI und Safe AI entscheidet Geschwindigkeit darüber, ob aus Forschung marktfähige Produkte und neue Wertschöpfung entstehen. 



Stellvertretende UVN-Hauptgeschäftsführerin Bianca Beyer im Gespräch mit Richard David Precht, Fabian Kienbaum, Seniz Tiryaki, Carsten Bergmann auf der Horizon by heise zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands – vom Industrieland zur Wissensgesellschaft?

EU-AI-Act praxistauglich umsetzen

Mit dem EU-AI-Act steht der europäische Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz. Entscheidend ist nun, dass die Umsetzung einheitlich, praxistauglich und innovationsfreundlich erfolgt.

Aus Sicht der Industrie braucht es Abgrenzungen zwischen AI-Act sowie bestehendem Produkt- und Sicherheitsrecht. Industrielle KI-Anwendungen in Maschinen, Robotik, Produktion oder Logistik dürfen nicht durch doppelte Prüf-, Dokumentations- und Konformitätspflichten ausgebremst werden.

Als Landesvertretung des BDI bringen die UVN die Perspektive des niedersächsischen Industriestandorts in den BDI-Digitalausschuss ein. Die zentrale Botschaft: Regulierung muss Vertrauen schaffen, darf Innovation aber nicht bremsen. Dafür braucht es verlässliche Übergangsfristen, europäisch einheitliche Standards und eine Umsetzung ohne nationales Goldplating. 

Wirtschaftsblick und Praxiswissen im Digitalrat

Der Digitalrat Niedersachsen berät die Landesregierung zu übergeordneten Fragen und zur strategischen Ausrichtung der Digitalisierung. Das Gremium wurde neu aufgestellt, um Kompetenzen stärker zu bündeln und agiler auf die Dynamik digitaler Themen reagieren zu können. Die operative Arbeit des Digitalrats ist inzwischen in Arbeitsgruppen organisiert. Dazu gehören KI & Daten, Cybersicherheit, Robotik & Automation, Digitalbonus innovativ Niedersachsen sowie digitale Bildung.

Genau dort bringt UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe die Perspektive der niedersächsischen Wirtschaft ein. Ziel ist es, digitale Transformation konsequent aus der Praxis heraus zu denken: Welche Rahmenbedingungen brauchen Unternehmen? Wo bremsen Regulierung, fehlende Standards oder unklare Zuständigkeiten? Und wie lassen sich digitale Lösungen schneller in die Umsetzung bringen?

Ein erstes konkretes Ergebnis: Über eine Pop-up-Gruppe von niedersachsen.digital wurde ein Papier zu KI im Unternehmen in den Digitalrat eingebracht. Als erstes Mitglied lieferten die UVN damit praxisnahe Impulse, wie

Unternehmen Künstliche Intelligenz pragmatisch einführen können und welche politischen Hebel nötig sind, damit aus Potenzialen konkrete Anwendungen werden.

Innerhalb des Digitalrats setzen sich die UVN für verständliche, umsetzbare und wirtschaftsnahe Handlungsempfehlungen ein. Gleichzeitig soll die Struktur schlank bleiben. Der Digitalrat soll kein weiteres Abstimmungsgremium werden, sondern ein wirksamer Ort, an dem Praxiswissen, politische Steuerung und konkrete Umsetzung zusammenkommen. 



Foto: © WWW.SCHREFFENDE

UVN zu Gast bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Renew Europe zur Frage, wie Europa im globalen KI-Wettbewerb bestehen kann, ohne seine eigenen normativen Grundlagen preiszugeben. Und was das konkret für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Niedersachsen bedeutet.

niedersachsen.digital

niedersachsen.digital ist der Digitalverband unter dem Dach der UVN. Er bündelt rund 100 Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus der niedersächsischen Digitalwirtschaft und bringt Expertise aus Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie zusammen.



Der Verband wird aktiv durch die UVN gemanagt und setzt zentrale Digitalthemen strategisch auf die Agenda – von Künstlicher Intelligenz, Datenwirtschaft und Deep Tech über digitale Infrastruktur bis zu digitaler Souveränität, Cybersicherheit und Datenschutz.

Die inhaltliche Arbeit erfolgt in Fokusgruppen. Dort entstehen praxisnahe Handlungsempfehlungen für die Top-Entscheidungsebene in Wirtschaft und Politik. Darüber hinaus setzt niedersachsen.digital strategische Transformationsprojekte um – etwa niedersachsen.io für Smart-City- und IoT-Themen. ▀

Cybersicherheit ist Chefsache

Cybersecurity Breakfast am 21. April 2026

Cybersicherheit ist kein reines IT-Thema, sondern eine strategische Führungsaufgabe für Unternehmen und Staat. Deshalb unterstützten niedersachsen.digital und UVN gemeinsam mit der Deutschen Messe AG und der CISO Alliance das 2. Cybersecurity Breakfast auf der HANNOVER MESSE 2026.

In der Lounge des Solution Labs Automatisierung & Digitalisierung kamen führende Köpfe aus Wirtschaft und Cybersecurity zusammen. Im Mittelpunkt standen aktuelle Bedrohungslagen, digitale Resilienz und die Frage, wie Unternehmen sich organisatorisch besser auf den Ernstfall vorbereiten können.

Mit ihrem Grußwort setzte Staatssekretärin Anke Pörksen ein klares politisches Signal. Auch auf Landesebene gewinnt Cybersicherheit weiter an strategischer Bedeutung. Mit Projekten wie Aegis stärkt Niedersachsen die digitale Resilienz der Landesverwaltung und schafft wichtige Grundlagen, um künftig auch Kommunen und Hochschulen besser einzubeziehen.

Das große Interesse und die Qualität der Gespräche zeigten: Cybersicherheit rückt weiter ins Zentrum moderner Standortpolitik. Für niedersachsen.digital und die UVN ist klar: Unternehmen brauchen nicht nur technische Schutzsysteme, sondern klare Verantwortlichkeiten, geübte Abläufe und starke Netzwerke zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Sicherheitsakteuren. ▀



niedersachsen.io: Smart-City-Lösungen landesweit skalieren

Mit niedersachsen.io soll aus dem erfolgreichen Pilotprojekt „Hannovers Internet der Dinge“ (HIDD) eine landesweit nutzbare IoT- und Urban-Data-Plattform entstehen. Ziel ist es, bewährte Smart-City- und IoT-Anwendungen aus Niedersachsen zu bündeln, nachnutzbar und über einen Marktplatz allen Kommunen zugänglich zu machen.

Bereits das Vorgängerprojekt HIDD wurde im Digitalisierungsfahrplan des Landes Niedersachsen als Best Practice hervorgehoben. Darauf baut niedersachsen.io nun

auf: Die vorhandene technische Plattform, erprobte Use Cases und das bestehende Netzwerk aus Verwaltung, Wirtschaft und Technologiepartnern sollen weiterentwickelt und in die Fläche gebracht werden.

Gefördert wird das Projekt durch das Niedersächsische Innenministerium. Damit erhält niedersachsen.io eine klare strategische Verankerung auf Landesebene. Das Projekt soll dazu beitragen, ein funktionierendes Daten-ökosystem für Verwaltung und Wirtschaft in Niedersachsen aufzubauen – sicher, interoperabel und praxisnah. 

Praxiswissen für digitale Transformation niedersachsen.digital und UVN entwickeln konkrete Handlungsempfehlungen

Mit den Pop-up-Gruppen haben niedersachsen.digital und UVN ein kompaktes Format geschaffen, um digitale Zukunftsthemen schnell, praxisnah und mit direktem Bezug zur politischen Arbeit aufzubereiten. Mitglieder kamen für konkrete Handlungsempfehlungen themenbezogen zusammen und bündelten ihr Praxiswissen.

Den Auftakt bildete die Pop-up-Gruppe „Basismaßnahmen in der IT-Sicherheit“. Sie entstand aus der Fokusgruppe Cybersecurity von niedersachsen.digital unter Vorsitz von Ron Kneffel. Das daraus entwickelte Papier bündelt zentrale Maßnahmen, mit denen Unternehmen ihr Risiko für Cyberangriffe senken und ihre Geschäftstätigkeit im Ernstfall besser aufrechterhalten können.

Es folgte die Pop-up-Gruppe zum „Umgang mit sensiblen Behördeninformationen“. Das Papier ordnet die Anforderungen an VS-NfD verständlich ein und zeigt mittelständischen Unternehmen, welche organisatorischen, technischen und personellen Schritte für eine praktische Umsetzung notwendig sind.

Die dritte Pop-up-Gruppe widmete sich dem Thema „KI im Unternehmen“. Gemeinsam mit Bastian Brunotte von der Digital Mindset GmbH wurden Handlungsempfehlungen entwickelt, die Unternehmen einen pragmatischen Einstieg in Künstliche Intelligenz ermöglichen. Das Papier benennt typische Hürden wie Nicht-Wollen, Nicht-Können und Nicht-Dürfen – und leitet daraus konkrete politische Handlungsansätze ab.

Die Ergebnisse wurden Staatssekretärin Anke Pörksen für den Digitalrat Niedersachsen überreicht. Damit fließt das Praxiswissen aus der niedersächsischen Digitalwirtschaft direkt in die strategische Digitalpolitik des Landes ein. Das Format zeigt, worin die Stärke von niedersachsen.digital liegt: technologische Expertise aus der Praxis mit der strategischen Interessenvertretung der UVN zu verbinden. 

HANNOVER MESSE 2026

Industrielle Wettbewerbsstärke durch KI und Digitalisierung

Mit Künstlicher Intelligenz, Automatisierung und Digitalisierung demonstrierte die Industrie, wie sie Produktionsprozesse effizienter gestalten und die Wettbewerbsfähigkeit von innen heraus stärken kann. Trotz erschwelter Rahmenbedingungen durch Streiks im Flug- und Nahverkehr war die Messe mit rund 110.000 Gästen aus aller Welt stark international geprägt: Rund 40 Prozent der Gäste reisten aus dem Ausland an.

„Die HANNOVER MESSE stärkt nicht nur Hannover, sondern den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland. Sie ist ein internationales Aushängeschild und ein klares Bekenntnis zur industriellen Zukunft: Die Technologien und Lösungen sind hier vorhanden“, machte UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe im Rahmen zahlreicher Highlight-Touren und Standbesuche mit Gremien, Politik und Gästen deutlich. Zugleich wurde in Gesprächen und beim Niedersachsen-Abend am 23. April 2026 deutlich, dass Unternehmen auf bessere Rahmenbedingungen

angewiesen sind. Hohe Kosten, Regulierung und geopolitische Unsicherheiten belasten den Standort.

Die angekündigte Konzentration auf die vier wichtigsten Messtage ab 2027 ist für die UVN als Teil des Ausstellerbeirats ein konsequenter Schritt zur strategischen Weiterentwicklung. Eine klare Fokussierung, eine stringente Struktur und eine zukunftsweisende Ausrichtung erhöhen die Effizienz für Aussteller und Besucher gleichermaßen. ▀

Mehr als 1.000 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft begrüßten wir zum Niedersachsen Abend.

Benedikt Hüppe beim Niedersächsischen Außenwirtschaftspreis 2026.



UVN und Rüstungscluster Niedersachsen waren 2026 mit eigenem Stand auf der HANNOVER MESSE vertreten.

Quantensysteme als strategische Schlüsseltechnologie

Mit dem Quantum Valley Lower Saxony (QVLS) entsteht rund um die Region Hannover-Braunschweig ein leistungsfähiges Ökosystem aus Forschung, Start-ups und Industrie. Erfolgreiche Ausgründungen und neue Fördermittel zeigen, welches Potenzial Quantentechnologien haben. Sie können auch im Dual Use Bereich dazu beitragen, industrielle Stärke, Innovation, Sicherheit und technologische Souveränität enger miteinander zu verbinden. Damit wird QVLS zu einem wichtigen Baustein für die Zukunftsfähigkeit des Standorts Niedersachsen.

Über den strategischen Lenkungsreis sind die UVN in engem Austausch mit dem QVLS. Wir setzen uns dafür ein, die Standortvorteile konsequent zu nutzen. Niedersachsen muss gerade mit Blick auf die kommende EU-Förderperiode internationale Unternehmen gezielt ansiedeln, Förderstrukturen besser bündeln und Verfahren beschleunigen. 



secIT by heise stärkt Cybersecurity

Die Zahl der registrierten Cybercrime-Delikte in Niedersachsen hat sich zuletzt mehr als verdoppelt. Für Unternehmen bedeutet diese Entwicklung ein massives strategisches Risiko: Cyberangriffe können im Ernstfall die gesamte Geschäftstätigkeit lahmlegen. Der größte Handlungsdruck liegt deshalb nicht nur bei technischen Schutzsystemen, sondern vor allem in der organisatorischen Vorbereitung – mit Notfallplänen, regelmäßigen Übungen und professionellem Business Continuity Management.

Viele Unternehmen sind darauf noch nicht ausreichend vorbereitet. Die Bitkom-Studie 2025 zeigt: Mehr als die Hälfte der Befragten weiß im Ernstfall nicht, an wen sie sich wenden soll. Nur sieben Prozent verfügen über eine Cyberversicherung. Zwei Drittel bewerten die allgemeine Vorbereitung auf Cyberangriffe als unzureichend.

Genau diesen Bedarf deckte die secIT by heise am 18. und 19. März 2026 in Hannover. Die UVN waren Partner der secIT und boten ihren Mitgliedern einen exklusiven Rundgang über die Messe an. Als einer der wichtigsten Treffpunkte für IT-Sicherheit im deutschsprachigen Raum brachte sie Wirtschaft, IT-Security und Forschung zusammen. Im Mittelpunkt standen praxisnahe Sicherheitslösungen, der Austausch über Best Practices und die Frage, wie Unternehmen ihre Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe gezielt stärken können. 



Anfang 2026 richteten die UVN als ZVEI-Landesstelle Niedersachsen und Bremen das bundesweite ZVEI-Familientreffen in Hannover aus. Die Gastgeber: den Benedikt Hüppe und unser ZVEI e. V. Niedersachsen Vorstandsvorsitzender Andreas Müller begrüßten dazu Ministerpräsident Olaf Lies und den nominierten ZVEI-Präsidenten und Unternehmer Daniel Hager.

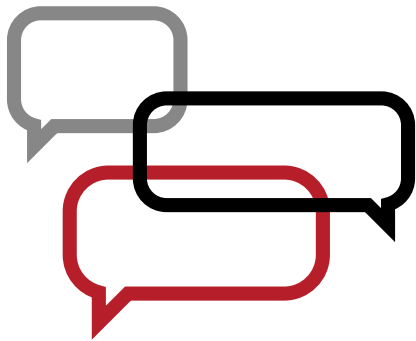


Mitgliederstimmen



Ilona Socolov
Geschäftsstellenleitung
Wirt! Der Wirtschaftsclub e.V. –
Wirtschaft in der Region

„Wirtschaftliche Stärke bedeutet im digitalen Zeitalter auch Kontrolle über die eigene Infrastruktur. Cybersicherheit ist daher weniger ein Abwehrmechanismus als Ausdruck unternehmerischer Selbstbestimmung.“ ▀



NIS-2: Cybersicherheit wird Chefsache

UVN Lunch-TALK am 9. April 2026

Die europäische NIS-2-Richtlinie stellt viele Unternehmen weiterhin vor erhebliche Fragen zu Betroffenheit, Umsetzung und möglichen Haftungsrisiken. Im virtuellen UVN Lunch-TALK diskutierten die Teilnehmenden deshalb über neue regulatorische Anforderungen im Bereich Cybersicherheit und deren praktische Auswirkungen auf Unternehmen und Unternehmensleitungen.

Nach der Begrüßung durch Christoph Meinecke (UVN) gab Manuel Atug (Principal, HiSolutions AG) einen praxisnahen Überblick zu Betroffenheitsanalysen, Sonderregelungen und möglichen Fallstricken der NIS-2-Richtlinie. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie Unternehmen strukturiert prüfen können, welche organisatorischen Anforderungen sich aus den neuen Vorgaben ergeben. ▀



Foto: © MBank

DurchSTARTer 2025

Start-ups entwickeln durch ihre Kreativität, Unabhängigkeit und den klaren Fokus auf ein Produkt enormes Innovationspotenzial – ein Gewinn für unseren Wirtschaftsstandort. Mit dem DurchSTARTerPreis schaffen wir eine breite Sichtbarkeit bei Investoren, fördern den Gründergeist und unterstützen die Umsetzung der besten Ideen. Der DurchSTARTer-Preis 2025 ehrte im Rahmen des next Startup Day am 17. September 2025 die besten Start-ups in drei Kategorien.

Die Erstplatzierten 2025:

Newcomer/Scale-up: LBR Engineering UG bringt eine kompakte, KI-gestützte Plug-&-Play-Fertigungsmaschine auf den Markt, die industrielle Präzision und Produktion so einfach nutzbar macht wie ein 3D-Drucker.

Science Spin-off: Histomography GmbH liefert die dritte Dimension für Gewebeuntersuchungen und hilft damit bei der Erforschung von Krankheiten.

Social Innovation: PLiX Care Innovation GmbH entwickelt digitale und analoge Lösungen, die pflegende Eltern entlasten, Zeitfresser beseitigen und Selbstbestimmung ermöglichen.

Weitere Finalisten: Daklintec GmbH, VIVALDI Digital Solutions GmbH, GliTTher GmbH, GAIA Aerospace GmbH, WasteSide GmbH, ALL ABOUT MIDLIFE GmbH – sie alle zeigen, wie breit, wachstumsstark und gesellschaftlich relevant Niedersachsens Startup-Ökosystem inzwischen aufgestellt ist. ▀

Startup Monitor Niedersachsen 2026 im Aufwind

Niedersachsen verzeichnete 2025 mit 167 neuen Startups das stärkste Gründungsjahr seit über zehn Jahren und bereits das dritte Wachstumsjahr in Folge. Gleichzeitig bleibt der Zugang zu Kapital eine zentrale Herausforderung, insbesondere in der Frühphase von Gründungen. Positiv entwickelt sich dagegen die Standortattraktivität: Immer mehr Startups ziehen nach Niedersachsen. Auch der Anteil der Gründerinnen stieg deutlich auf 23,4 Prozent und liegt damit über dem Bundesdurchschnitt. ▀

UVN im Innovationsrat

Die UVN haben sich aktiv in das Sounding Board des Innovationsrates Niedersachsen eingebracht. UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe vertrat dort die Perspektive der Wirtschaft. Im Fokus standen schlanke Governance, klare Rollen und schnelle Prozesse entlang der Innovationskette.

Besonders wichtig: Clusterförderung muss unternehmerisch geführt, mittelstandsnah ausgerichtet und auf wenige starke Zukunftsfelder konzentriert werden. Mit Blick auf die kommende EU-Förderperiode braucht Niedersachsen klare Prioritäten, um Fördermittel gezielt zu nutzen und Forschung schneller in Wertschöpfung zu übersetzen. ▀

KUNST & KULTUR ALS

Im Mittelpunkt unserer UnternehmerKULTUR am 11. September 2025 im Sprengel Museum Hannover stand die Ausstellung „Love You For Infinity“ von Niki de Saint Phalle, Yayoi Kusama und Takashi Murakami. Wir erlebten, wie Kunst unsere Wahrnehmung bereichert und so Kreativität, Inspiration und neue Perspektiven entstehen.

Gemeinsam diskutierten Aurélie Alemany (enercity AG), Eva Bender (Landeshauptstadt Hannover), Dr. Reinhard Spieler (Sprengel Museum Hannover) und Benedikt Hüppe (UVN) über die Bedeutung von Kunst und Kultur für Innovationskraft, gesellschaftlichen Austausch und Standortattraktivität. Besonderer Dank gilt unseren Partnern Deloitte, Hannover Finanz und UniCredit. ▀



INSPIRATION &

STANDORTFAKTOR

UMWELT INDUSTRIE

Transformation, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit brauchen verlässliche, technologieoffene politische Rahmenbedingungen, Rohstoffunabhängigkeit, resiliente Lieferketten sowie eine moderne Kreislaufwirtschaft und leistungsfähige Infrastruktur. ➤

- 80 **Industriestandort unter Druck**
- 81 **Keine neue Bürokratie**
- 81 **Lieferkettengesetze vereinheitlichen**
- 82 **Niedersächsischer Stahldialog 2025**
- 83 **Metall-, Automobil- und Zulieferindustrie im Krisenmodus**
- 84 **Niedersächsischer Chemiedialog 2026**
- 85 **Niedersächsischer Gießerei-Dialog 2026**
- 86 **Rohstoffe sichern**
- 86 **Neuer UVN-Ausschuss vernetzt Rohstoffwirtschaft**
- 87 **Gips-Versorgung in Niedersachsen gefährdet**
- 88 **Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie enttäuscht**
- 89 **UVN-Stellungnahme zur Bioabfallverordnung**
- 89 **Bürokratie fördert weder Wohnraum noch Klimaschutz**
- 90 **Zukunft von Infrastruktur, Rohstoffsicherung und Kreislaufwirtschaft**
- 91 **UVN zur Infrastruktur-Offensive des Landes: Infrastruktur ist Standortpolitik**
- 92 **Nachhaltigkeit im öffentlichen Vergabeverfahren**
- 92 **Seehäfen brauchen Nationalen Investitionspakt**
- 93 **Flughafen Hannover ist Wettbewerbsfaktor**
- 93 **Zukunftspakt Mobilität Niedersachsen**

NACHHALTIGKEIT



INDUSTRIESTANDORT UNTER DRUCK

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands hat sich in den vergangenen Jahren spürbar verschlechtert. Die Industrieproduktion geht seit mehreren Jahren zurück, Investitionen bleiben aus und die Zahl der Arbeitslosen erreichte 2026 erstmals wieder die Marke von drei Millionen Menschen.

Als Industrie- und Automobilstandort ist Niedersachsen besonders betroffen. Sinkende Investitionen, Unsicherheiten bei der Transformation und eine schwache Konjunktur prägen die Lage vieler Unternehmen. Denn hohe Energiekosten, zunehmende Bürokratie, langwierige Genehmigungsverfahren, Investitionsstau, internationale Handelskonflikte und eine veränderte globale Arbeitsteilung belasten die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Die deutsche Industrie verliert zunehmend an Substanz.

Für die Wirtschaft ist deshalb klar: Notwendige Reformen dürfen nicht weiter aufgeschoben werden! Deutschland braucht dringend eine mutige wirtschaftspolitische



Wende mit klaren Prioritäten für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen.

Öffentliche Mittel müssen gezielt in Infrastruktur, Innovation und Transformation fließen. Gleichzeitig braucht es weniger Bürokratie, schnellere Verfahren, mehr Netto vom Brutto sowie Rahmenbedingungen, die Beschäftigung, Investitionen und unternehmerisches Handeln wieder stärker belohnen. ▀

BDI Research
Industriebericht,
April 2026



**UVN-Präsident Dr. Andreas Jäger
und UVN-Hauptgeschäftsführer
Benedikt Hüppe im Austausch
mit Anne Kura und Detlev
Schulz-Hendel, den beiden
Fraktionsvorsitzenden der Frak-
tion Bündnis 90/Die Grünen im
Niedersächsischen Landtag.**





UVN-Experte Christopher Meisner mit einem Impuls zu „Industriepolitik am Kipppunkt: Deindustrialisierung verhindern, Mittelstand stärken, Zukunftswertschöpfung sichern.“ i.R.d. gemeinsamen Sitzung des Fachausschusses Industrie, Energie und Umwelt sowie International der IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim am 29. Mai 2026

Keine neue Bürokratie

Mit dem Industrial Accelerator Act (IAA) will die EU-Kommission den Aufbau strategischer Industrien, resilienter Lieferketten und klimafreundlicher Technologien beschleunigen. Die Industrie unterstützt das Ziel, Lieferketten widerstandsfähiger zu machen, den Zugang zu kritischen Rohstoffen zu sichern und Europas Wettbewerbsfähigkeit gegenüber stark subventionierten Standorten wie China zu stärken.

Europas strukturelle Wettbewerbsprobleme lassen sich jedoch nicht durch zusätzliche Regulierung lösen. Europäische Präferenzregeln dürfen kein industriepolitischer Standard werden und neue Bürokratie schaffen. Sie sollten nur in klar begründeten Ausnahmefällen, mit WTO-konformen Regeln, unbürokratischen Nachweisen und zeitlicher Befristung Anwendung finden. 

Lieferkettengesetze vereinheitlichen

Entgegen der im Koalitionsvertrag angekündigten Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) hat die Bundesregierung im September 2025 lediglich Änderungen beschlossen. Künftig soll die jährliche Berichtspflicht entfallen, während die eigentlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten bestehen bleiben. Betroffene Unternehmen müssen also weiterhin Risiken analysieren, Präventions- und Abhilfemaßnahmen umsetzen sowie wirksame Beschwerdeverfahren sicherstellen.

Die Wirtschaft forderte die Bundesregierung auf, bereits die geltenden Schwellenwerte der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) zu übernehmen: Danach sollen künftig nur Unternehmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten und mehr als 1,5 Milliarden Euro Umsatz weltweit unter die Regelungen fallen.

Darüber hinaus brauchen Unternehmen klare Kriterien, risikobasierte Priorisierung und belastbare Prüfraster. Nur so können Sorgfaltspflichten wirksam umgesetzt, Doppelstrukturen vermieden und zugleich die notwendige Rechtssicherheit für Unternehmen geschaffen werden. 



Niedersächsischer Stahldialog 2025

Der Niedersächsische Stahldialog im September 2025 richtete mit Blick auf den Bundes-Stahlgipfel Anfang November 2025 einen klaren Appell nach Berlin und Brüssel. Gemeinsam forderten Landesregierung, Arbeitgeberverbände sowie IG Metall einen industriepolitischen Kurswechsel, um die Stahlindustrie als Schlüsselindustrie für Niedersachsen und Deutschland zu sichern.

Allein in Niedersachsen arbeiten rund 10.000 Menschen direkt in der Stahlproduktion und mehr als 350.000 in stahlverarbeitenden Betrieben. Mit knapp 17 Prozent der deutschen Rohstahlproduktion sind wir einer der zentralen Stahlstandorte Deutschlands. Gleichzeitig steht die Branche massiv unter Druck.



Mitgliederstimmen



Kerstin Maria Rippel
Hauptgeschäftsführerin
Wirtschaftsvereinigung Stahl e. V.

„Das neue EU-Handelsschutzinstrument ist ein echter Durchbruch für den gesamten Industriestandort: Es wirkt gezielt gegen die Folgen globaler Stahl-Überkapazitäten – und das, ohne den Markt abzuschotten. Für die Stahlbranche bedeutet das: Mehr Planbarkeit, weniger Druck und dadurch mehr Raum für den Umbau zur Klimaneutralität.“

Zentrale Forderungen des 7. Niedersächsischen Stahldialogs:

- **Wirksamer Handelsschutz:** Einführung einer robusten Nachfolgeregelung für die 2026 auslaufenden Safeguards und sofortige Zölle auf monatlich rund 300.000 Tonnen russischer Halbzeuge, die trotz Sanktionen weiter in die EU gelangen.
- **Klares Regelwerk für den CO₂-Grenzausgleich (CBAM):** Schlupflöcher schließen, faire Wettbewerbsbedingungen für Exporte schaffen und die Ausweitung auf stahlintensive Folgeprodukte vorantreiben.
- **Wettbewerbsfähige Energiepreise:** Einführung eines verlässlichen Industriestrompreises im Korridor von 3 bis 6 Cent pro kWh sowie dauerhafte Sicherung der CO₂-Strompreiskompensation.
- **Wasserstoffhochlauf absichern:** Fertigstellung des Wasserstoff-Kernnetzes, verlässliche Förderbedingungen über 2030 hinaus und Absicherung der Großprojekte wie SALCOS in Salzgitter.
- **Marktanreize für emissionsarmen Stahl:** Öffentliche Beschaffung als Hebel nutzen und Vorgaben im geplanten Vergabebeschleunigungsgesetz verankern. ▀

UVN-Haupt-
geschäftsführer
Benedikt Hüppe
im STIL-Interview,
dem Magazin der
Salzgitter AG



Metall-, Automobil- und Zulieferindustrie im Krisenmodus

UVN im Interview mit Dr. Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer von NiedersachsenMetall – Verband der Metallindustriellen Niedersachsens e. V.

Herr Dr. Schmidt, wie ist die aktuelle Lage in der niedersächsischen Industrie?

Dr. Volker Schmidt: Die Lage ist ernüchternd. Wir sehen keine Stabilisierung, sondern eine weitere Verschlechterung auf breiter Front. Besonders betroffen sind die Metall-, Automobil- und Zulieferindustrie. Fast 60 Prozent der Unternehmen klagen über Auftragsmangel – ein Höchststand. Gleichzeitig leiden sie wie nahezu alle Industrieunternehmen am Standort Deutschland massiv unter unserer fehlenden Wettbewerbsfähigkeit: zu hohe Energiepreise, zu viel Bürokratie, hohe Abgaben. Hinzu kommen geopolitische Unsicherheiten, wie etwa durch den Iran-Krieg, wodurch die Planung zusätzlich erschwert wird. Unterm Strich ist die Industrie damit seit der Corona-Pandemie im Krisenmodus.

Welche konkreten Konsequenzen ziehen die Unternehmen inzwischen daraus?

Dr. Volker Schmidt: Viele Unternehmen reagieren mit harten Einschnitten. Laut unserer jüngsten Konjunkturumfrage plant jedes Zweite Stellenabbau, allein in Niedersachsen könnten 2026 bis zu 30.000 Industriearbeitsplätze verloren gehen. Gleichzeitig werden Produktion und Investitionen bei uns zurückgefahren. Besonders kritisch ist, dass Investitionen zunehmend ins Ausland abwandern – rund zwei Drittel der Neuinvestitionen fließen inzwischen dorthin. Dort sind die Rahmenbedingungen schlicht besser als in Niedersachsen und Deutschland. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, drohen Insolvenzen, Standortschließungen und ein schleichender Verlust industrieller Substanz.



Wie fällt Ihr Blick nach vorn aus – und was müsste jetzt passieren?

Dr. Volker Schmidt: Die Perspektive ist leider trüb. Ohne eine klare wirtschaftspolitische Kurskorrektur der Bundesregierung wird sich die Lage weiter verschärfen. Wir brauchen dringend bessere Rahmenbedingungen: wettbewerbsfähige Energiepreise, weniger Bürokratie, steuerliche Entlastungen und insbesondere aus der Perspektive Niedersachsens: mehr Technologieoffenheit – gerade in der Automobilindustrie. Sie ist und bleibt unsere Schlüsselindustrie, an der nirgendwo in Deutschland mehr Industriejobs hängen als in Niedersachsen. Das heißt: Hier müssen auf europäischer Ebene industriepolitische Fehlanreize, Stichwort Verbrennerverbot, korrigiert werden. Entscheidend ist, dass wieder Vertrauen entsteht. Nur dann investieren Unternehmen auch wieder am Standort Deutschland. ▀

Niedersächsischer Chemiedialog 2026

Die Chemieindustrie gehört zu den industriellen Kernbranchen Niedersachsens. Mit rund 23.000 Beschäftigten, etwa 160 Betrieben und einem Jahresumsatz von mehr als zehn Milliarden Euro steht sie am Anfang zahlreicher Wertschöpfungsketten – von der Automobil- und Pharmaindustrie bis hin zu Zukunftsfeldern wie Wasserstoff, Batterien und Halbleitern. Doch ihre durchschnittliche Kapazitätsauslastung liegt nur noch bei rund 70 Prozent.

Vor diesem Hintergrund verabschiedeten Landespolitik, Wirtschaftsverbände, Unternehmen, Betriebsräte und Gewerkschaften Mitte April beim Niedersächsischen Chemiedialog 2026 eine gemeinsame Erklärung an Bund und Europäische Union.

Höchste Priorität haben:

1. Wettbewerbsfähige Energiepreise sichern

Die chemische Industrie gehört zu den energieintensivsten Branchen überhaupt. Wenn Energie in Deutschland dauerhaft teurer ist als in anderen Industriestandorten, geraten Betriebe ins Hintertreffen oder verlagern Produktionen ins Ausland. Deshalb braucht es schnelle Entlastungen, bessere Netzanbindungen, mehr erneuerbare Energien und einen verlässlichen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft.

2. Emissionshandel reformieren und Carbon Leakage verhindern

Der europäische Emissionshandel darf nicht dazu führen, dass heimische Produktion durch günstigere und emissionsintensivere Importe mit

schlechteren Umweltstandards verdrängt werden. Deshalb fordert Niedersachsen, die kostenlose Zuteilung von CO₂-Zertifikaten für eine Übergangszeit auf dem bisherigen Niveau zu stabilisieren. Das verschafft Unternehmen Luft für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Zugleich ist der geplante CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) für die Chemiebranche bislang nicht geeignet. Weil ihre Lieferketten hochkomplex sind und tausende Stoffe und nachgelagerte Produkte grenzüberschreitend gehandelt werden, braucht es zusätzliche Instrumente.

3. Bürokratie abbauen und Industrieemissionsrichtlinie praxistauglich gestalten

Unternehmen, die investieren wollen, brauchen schnelle Verfahren und Rechtssicherheit. Neue europäische Vorgaben wie die novellierte Industrieemissionsrichtlinie (IED) dürfen nicht zu zusätzlichen Verzögerungen, Unsicherheiten und immer neuen Belastungen führen. Niedersachsen fordert deshalb, die Umsetzung mit Augenmaß vorzunehmen, bestehende Spielräume zu nutzen und weitere Erleichterungen auf europäischer Ebene durchzusetzen. ▀

Niedersächsisches
Positionspapier zur
Chemieagenda 2045



Dow Chemical Park, Stade

Foto: Reise- und Naturfoto - stock.adobe.com



Niedersächsischer Gießerei-Dialog 2026

Auch beim Niedersächsischen Gießerei-Dialog Mitte April 2026 schickten Politik, Gewerkschaft und Wirtschaftsverbände gemeinsam ein starkes Signal nach Berlin und Brüssel. Allein in Niedersachsen stehen 30 Gießereien mit über 6.000 direkten und indirekten Arbeitsplätzen für hohe technologische Kompetenz und rund eine Milliarde Euro Jahresumsatz. Bundesweit sichern rund 500 Betriebe die Grundlage für Schlüsselindustrien wie Fahrzeugbau, Maschinenbau, den Energiesektor oder Verteidigung.

Positionsschreiben
Niedersächsischer
Gießerei-Dialog



Gemeinsame Forderungen:

- › **Wettbewerbsfähige Energiekosten:** Einführung eines langfristig tragfähigen Industriestrompreises und dauerhafte Entlastung bei Netzentgelten.
- › **Faire Wettbewerbsbedingungen:** Einbeziehung von Gusskomponenten in internationale Handelschutzinstrumente (Stahl-Safeguards).
- › **Sicherstellung von Resilienz durch European-Content-Regelungen** bei öffentlicher Förderung und Einsatz des Sondervermögens.
- › **Konsequenter Schutz vor Carbon Leakage**, sowohl im Emissionshandelssystem als auch bei der nationalen Bepreisung.
- › **Rohstoffsicherung:** Sicherstellung der Verfügbarkeit von Schrott als strategischem Rohstoff für die Kreislaufwirtschaft.
- › **Praxisgerechte Regulierung:** Keine zusätzlichen Belastungen durch die nationale Umsetzung europäischer Umweltvorgaben (IED 2.0).

Rohstoffe sichern

Im Zuge der Fortschreibung des Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) haben die UVN die Bedeutung heimischer mineralischer Rohstoffe für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen hervorgehoben. Aus Sicht der Wirtschaft gilt: Wer neue Wohnungen, Straßen oder Stromleitungen will, muss auch die Materialien dafür sichern. Rohstoffe wie Gips, Kies, Sand und Ton sind unverzichtbar für Bauwirtschaft, Energie- und Wärmewende.

Die UVN fordern daher, die Versorgungssicherheit mit heimischen Rohstoffen als raumbedeutsames Ziel stärker zu verankern und bei planerischen Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen. Bereits der Rohstoff-sicherungsbericht des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) aus dem Jahr 2022 hatte die besondere Verantwortung Niedersachsens für die Rohstoffversorgung hervorgehoben. ▀

”

Mitgliederstimmen



Dr. Ludwig Möhring
Hauptgeschäftsführer
Bundesverband Erdgas, Erdöl und
Geoenergie e. V. (BVEG)

„In einer Welt voller geopolitischer Unsicherheiten sucht Deutschland nach mehr Resilienz: Deutschland ist kein rohstoffarmes Land, aber wir müssen diese Potenziale auch nutzen wollen. Der Bohrlochbergbau kann dazu eine Menge beitragen: Erdgas, Erdöl, Tiefengeothermie, Gas-Speicher, CO₂-Speicher, Lithium – damit Deutschland Treiber seiner Transformation wird und nicht ihr Opfer.“ ▀

Neuer UVN-Ausschuss vernetzt Rohstoffwirtschaft



Mit der Gründung des UVN-Arbeitskreises Rohstoffe haben wir eine neue zentrale Austausch- und Vernetzungsplattform für Unternehmen und Institutionen entlang der gesamten Rohstoffwertschöpfungskette geschaffen. Ziel ist es, Synergien zu fördern, Wissen zu bündeln und die gemeinsamen Interessen der Branche mit einer starken Stimme zu vertreten.

Im Mittelpunkt stehen Fragen der Versorgungssicherheit, der Wettbewerbsfähigkeit und der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen. Eine verlässliche Rohstoffstrategie ist aus Sicht der Wirtschaft entscheidend, um Wertschöpfungsketten zu sichern und industrielle Transformation zu ermöglichen. ▀

Zur Gründungssitzung verdeutlichten Gunther Weyer (Niedersächsisches Umweltministerium), Dr. Joachim Algermissen (UVN, Rüstungscluster Niedersachsen), Christian Engelke (Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden), Jens-Peter Lux (DMT Group) und Christopher Meisner (UVN und VRE) (v.l.n.r.) Herausforderungen und Chancen der Branche – von Baurohstoffen und kritischen Metallen über regulatorische Fragen bis hin zu geopolitischen Entwicklungen.



Gips-Versorgung in Niedersachsen gefährdet

Ein vom Niedersächsischen Wirtschaftsministerium sowie Umweltministerium beauftragtes Gutachten zur Versorgungslage von Gips in Niedersachsen hat den Handlungsdruck bei der Rohstoffsicherung bestätigt. Danach sind ausgewiesene Rohstoffsicherungsflächen vielfach nicht oder nur eingeschränkt verfügbar. Gleichzeitig können weder Recycling noch Ersatzstoffe die entstehende Lücke vollständig schließen. Mit dem Kohleausstieg wird die Verfügbarkeit von REA-Gips weiter sinken.

Für die Wirtschaft ist klar: Wer Wohnungsbau, Sanierung und industrielle Wertschöpfung will, muss auch die heimi-

sche Naturgipsgewinnung sichern. Die UVN forderten deshalb, die Ergebnisse des Gutachtens zügig und verbindlich in Landesraumordnung, Regionalplanung und Genehmigungspraxis zu überführen.

Rohstoffsicherung, Klimaschutz und Naturschutz sind kein Widerspruch. Ein konsequenter Ausbau des Gipsrecyclings bleibt wichtig, kann die Versorgungslücke jedoch nicht allein schließen. Entscheidend ist eine pragmatische Strategie, die Recycling und heimischen Naturgips gemeinsam denkt und damit Versorgungssicherheit, regionale Wertschöpfung und Transformation ermöglicht. 

Kreislaufwirtschaft als Wachstumsmotor

Die Studie „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz: Chancen der Circular Economy für die deutsche Industrie“ von BDI und Boston Consulting Group aus Mai 2026 zeigt das enorme Potenzial der Kreislaufwirtschaft. Demnach könnte sich die zirkuläre Bruttowertschöpfung von heute rund 60 Milliarden Euro auf bis zu 125 Milliarden Euro jährlich im Jahr 2045 mehr als verdoppeln. Kumuliert entspräche dies einer zusätzlichen Wertschöpfung von bis zu 880 Milliarden Euro.

Die Studie verweist zugleich auf die hohe Importabhängigkeit Deutschlands bei strategischen Rohstoffen wie Lithium, Nickel und Seltenen Erden. Recycling und Wiederverwendung könnten bis 2045 zwischen 20 und 40 Prozent dieser Rohstoffimporte ersetzen und damit Lieferketten widerstandsfähiger machen. Darüber hinaus könnten rund 11 Millionen Tonnen

Treibhausgase eingespart und die Kosten der Energiewende um fast 40 Milliarden Euro gesenkt werden.

Gerade in geopolitisch herausfordernden Zeiten ist es von zentraler Bedeutung, Kreislaufwirtschaft stärker mit Rohstoffsoveränität und Industriepolitik zu verknüpfen. Denn klar ist: Wer kritische Rohstoffe zurückgewinnt, reduziert Abhängigkeiten. Wer Stoffkreisläufe stärkt, stärkt auch industrielle Resilienz. Und wer Investitionen in neue Technologien ermöglichen will, braucht verlässliche Rahmenbedingungen.

Damit wird deutlich: Kreislaufwirtschaft ist ein zentraler Hebel für Wettbewerbsfähigkeit, Rohstoffsicherheit und industrielle Wertschöpfung, wenn Investitionen in Recycling- und Verwertungskapazitäten, schnellere Genehmigungen sowie leistungsfähige Märkte für Sekundärrohstoffe fließen. 

**Auftaktveranstaltung
der neuen Niedersachsen Allianz
für Nachhaltigkeit
am 15. Juni 2026 mit den NAN-
Partnerorganisationen UVN, DGB
Niedersachsen – Bremen – Sach-
sen-Anhalt / Arbeit und Leben
Niedersachsen und KEAN.**



Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie enttäuscht

Das Aktionsprogramm zur Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) aus Juni 2026 setzt kaum neue Impulse. Zwar schafft die Bundesregierung Klarheit bei einzelnen Vorhaben, etwa bei der Digitalisierung zirkulärer Wertschöpfung. Für die industrielle Skalierung zirkulärer Geschäftsmodelle braucht es jedoch deutlich mehr Tempo und Verlässlichkeit. Das Potenzial, über das Sondervermögen Impulse für die Kreislaufwirtschaft zu

setzen, wird nicht ausreichend genutzt. Entscheidend ist jetzt, die Kreislaufwirtschaft konsequent als industriepolitisches Projekt zu verankern. Dafür benötigt die Industrie bessere Investitionsbedingungen, eine stärkere Förderung von Innovationen und den zügigen Aufbau funktionierender Märkte für zirkuläre Rohstoffe.

9. Regierungskommission „Circular Economy“ Niedersachsen

Konkreter Handlungsbedarf zeigt sich im Speziellen beim Einsatz von Rezyklaten und in der öffentlichen Beschaffung. In der 9. Regierungskommission „Circular Economy“ der niedersächsischen Landesregierung, in der die UVN geschäftsführend tätig sind, wurde im Arbeitskreis zu sekundären Rohstoffen ein Änderungskatalog zur Ersatzbaustoffverordnung erarbeitet, den Umweltminister Meyer am 18. Mai 2026 an das BMUKN übermittelt hat. Im Fokus stehen vereinfachte Prüf- und Analyseverfahren, klare Einbauvoraussetzungen, praxistauglichere Anforderungen an mobile Aufbereitungsanlagen sowie weniger Anzeige- und Dokumentationsaufwand. Damit mineralische Ersatzbaustoffe tatsächlich genutzt werden, muss öffentliche Beschaffung Recyclingmaterialien verlässlich nachfragen und Markthochlauf ermöglichen. ▀

Mitgliederstimmen



Christopher Meisner
Geschäftsführer
Verband der Recycling- und Entsorgungs-
unternehmen in Niedersachsen e.V. (VRE)
in der UVN-Bürogemeinschaft

„Der VRE vertritt die Recycling- und Entsorgungswirtschaft in Niedersachsen an der Schnittstelle von Praxis und Politik. Im Fokus stehen Themen wie Kreislaufwirtschaft, Ersatzbaustoffverordnung, Deponiekapazitäten sowie Vergabe- und Umweltrecht. Die Einbindung in die UVN-Verbändefamilie stärkt unsere Schlagkraft: Wir bündeln Branchenexpertise, wirtschaftspolitisches Netzwerk und gemeinsame Interessenvertretung.“ ▀

UVN-Stellungnahme zur Bioabfallverordnung

Die UVN haben im Oktober 2025 zur geplanten Änderung der Zuständigkeitsverordnung auf den Gebieten der Kreislaufwirtschaft, des Abfallrechts und des Bodenschutzrechts Stellung genommen. Die beabsichtigte Anpassung an die bundesrechtlichen Änderungen der Bioabfallverordnung mit einer klaren und kohärenten Zuständigkeitsregelung schafft Rechtssicherheit für die betroffenen Unternehmen und unterstützt eine einheitliche Verwaltungspraxis in Niedersachsen.

Im Hinblick auf die praktische Umsetzung muss die Landesregierung allerdings dafür sorgen, dass die Umsetzung wirtschaftlich tragfähig, bürokratiearm und praxisgerecht erfolgt:

- › Bei der Überwachung der neuen Vorgaben zur Fremdstoffentfrachtung sollte auf eine verhältnismäßige und risikoorientierte Kontrolle geachtet werden – ohne zusätzliche Bürokratie.

Bürokratie fördert weder Wohnraum noch Klimaschutz

Im Oktober 2025 nahmen wir Stellung zum Entschließungsantrag des Niedersächsischen Landtags zur Weiterentwicklung der Niedersächsischen Bauordnung im Sinne des nachhaltigen Bauens.

Die UVN unterstützen das Ziel, ressourcenschonendes und zukunftsfähiges Bauen zu stärken. Kritisch bewertet werden jedoch die vorgeschlagene Ausweitung von Abrissanzeigen und die Einführung eines landesweiten Abrisskatasters: Nachhaltiges Bauen lässt sich besser durch die Förderung zirkulärer Materialströme und eine praxisnahe Weiterentwicklung der Ersatzbaustoffverordnung stärken.

40 Jahre Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH (NGS)

Seit 40 Jahren sorgt die NGS für eine sichere und fachgerechte Sonderabfallentsorgung in Niedersachsen. Das 1985 gegründete Unternehmen ist ein bewährtes Kooperationsmodell vom Land Niedersachsen (51 Prozent) sowie 57 Unternehmen und Verbänden der Abfallwirtschaft (49 Prozent).

Die NGS unterstützt Unternehmen, Entsorger und Behörden. Zu ihren zentralen Aufgaben gehören die sichere Entsorgung nicht vermeidbarer Sonderabfälle, die Sicherung der Entsorgungswege für die Wirtschaft sowie Transparenz bei Sonderabfallströmen. Das niedersächsische Modell gilt bundesweit als Vorbild und wurde bereits von mehreren Ländern übernommen. ▀

- › Zudem ist sicherzustellen, dass keine parallelen Prüf- oder Berichtspflichten durch andere Fachbehörden entstehen.
- › Neue Gebührentatbestände sollten frühzeitig mit den betroffenen Branchen abgestimmt und nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung führen.
- › Künftige Vollzugsvorgaben, insbesondere zur Messmethodik oder Nachweispflicht, sollten mit angemessenen Übergangsfristen versehen werden, um Planungssicherheit zu gewährleisten. ▀

Nachhaltigkeitsaspekte wie Ressourceneinsatz, technische Umsetzbarkeit, Kosten, Genehmigungsverfahren oder verfügbare Deponiekapazitäten werden bereits heute umfassend in Investitionsentscheidungen berücksichtigt. Zusätzliche Anzeige- und Dokumentationspflichten würden Verfahren verlängern, Kosten erhöhen und Behörden sowie Unternehmen zusätzlich belasten.

Außerdem dürfen strategisch wichtige Standorte nicht durch pauschale Regelungen benachteiligt werden. Ehemalige Industrie-, Bahn- oder Militärf Flächen verfügen häufig über wertvolle Infrastruktur und könnten künftig wieder für wirtschaftliche oder sicherheitsrelevante Zwecke genutzt werden. ▀



Zukunft von Infrastruktur, Rohstoff- sicherung und Kreislaufwirtschaft

Mehr als 100 Gäste beim Bau- und Rohstofftag „Infrastruktur: Erhalt – Ausbau – Kreislaufwirtschaft“ von UVN und vero am 9. Oktober 2025

In ihrer Eröffnung betonten UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe und vero-Hauptgeschäftsführer Raimo Benger die Bedeutung einer leistungsfähigen Infrastruktur für Wirtschaft und Gesellschaft. „Wir müssen unsere Infrastruktur erhalten, vorausschauend ausbauen und dabei die Chancen der Kreislaufwirtschaft nutzen“, erklärte Raimo Benger, Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e. V. (vero).

Benedikt Hüppe verwies auf das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität: „Ein Sondervermögen darf kein Etikett ohne Inhalt sein. Wenn wir unsere Straßen, Schienen und Brücken modernisieren und damit unsere Infrastruktur wirklich zukunftsfähig machen wollen, brauchen wir verlässliche Finanzierung, schnellere Verfahren und klare politische Prioritäten. Nur dann bleibt Niedersachsen und mit ihm Deutschland wettbewerbsfähig.“

Die Tagung bot ein breites Spektrum an Vorträgen und Diskussionen – von geopolitischen Einschätzungen des US-Experten Dr. Andrew Denison über konkrete Praxisberichte aus der Bau- und Rohstoffwirtschaft bis hin zu innovativen Ansätzen in der Kreislaufwirtschaft.

Der intensive Austausch über Branchengrenzen hinweg wurde genutzt, um klare Impulse an die Politik zu geben und notwendige Weichen für eine zukunftsfähige Infrastruktur- und Rohstoffpolitik zu stellen. Die Podiumsdiskussion mit Staatssekretärin Anka Dobsław (Niedersächsisches Umweltministerium), Verena Adler (WESTKALK), Till Wegener (Hermann Wegener GmbH) und Jasper Strauss (Kirchner Ingenieure) machte deutlich: Rohstoffsicherung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz lassen sich nur im Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft lösen.

Herzlichen Dank unseren zahlreichen Veranstaltungspartnern und Sponsoren! 



Südschnellweg
Hannover

UVN zur Infrastruktur-Offensive des Landes: Infrastruktur ist Standortpolitik

Mit ihrer Infrastruktur-Offensive 2026 „170 Mio. € | 200 km Straße | 8 Brücken“ setzt das Land Niedersachsen ein klares Zeichen: rund 40 Prozent mehr Investitionen als im Vorjahr, der höchste Stand in der Geschichte des Landesstraßenprogramms.

Für ein Flächenland wie Niedersachsen mit seiner zentralen Lage für Logistik, Seehäfen und industrielle Transformation sind funktionierende Straßen und sichere Brücken eine Grundvoraussetzung. Allein der im Programm enthaltene „Masterplan Brücken“ mit drei konkreten Ersatzneubauten 2026 ist längst überfällig.

Ermöglicht wird das Bauprogramm durch das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK) des Bundes. Niedersachsen will es konsequent nutzen: In sieben statt zwölf Jahren sollen 2.000 bis 3.000 Kilometer Landesstraßen erneuert werden. Das ist ambitioniert und richtig. Entscheidend ist dabei, dass die Mittel tatsächlich in voller Höhe und ohne Verzögerung in konkrete Aufträge überführt werden.

Die niedersächsische Wirtschaft hat klare Erwartungen:

- › Planungssicherheit und Kontinuität: Unternehmen brauchen verlässliche Investitionsperspektiven. Haushaltsunsicherheiten und kurzfristige Ausschreibungsstopps dürfen sich nicht wiederholen.
- › Bürokratieabbau in Genehmigungsverfahren: Digitale Verfahren, klar definierte Zuständigkeiten und konsequent kürzere Planungsfristen sind unverzichtbar, damit die Mittel auch tatsächlich verbaut werden können.

- › Mittelstand stärken: Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss sichergestellt werden, dass auch kleine und mittlere Unternehmen zum Zuge kommen. Faire Wettbewerbsbedingungen sind kein Selbstzweck, sondern Ausdruck wirtschaftspolitischer Vernunft.
- › Kapazitäten sichern: Die Baubranche ist bereit. Die öffentliche Hand muss durch planbare, kontinuierliche Auftragsvergabe die Voraussetzungen schaffen, damit Kapazitäten aufgebaut und gehalten werden können.

Die Offensive zeigt: Niedersachsen kann Zukunft bauen, wenn der politische Wille konsequent in Planungspraxis, Verfahrensbeschleunigung und verlässliche Auftragsvergabe übersetzt wird. Wir werden diesen Prozess weiter konstruktiv-kritisch begleiten. ▀

Runder Tisch Straßenbau

Mit der konstituierenden Sitzung des „Runden Tisches Straßenbau Niedersachsen“ im Februar 2026 setzen Land, Bauwirtschaft, Ingenieurkammer, Planungsbüros und Bauunternehmen die im November unterzeichnete Charta für eine partnerschaftliche und effektive Zusammenarbeit im Straßen- und Brückenbau um.

Ziel sind schnelle, sichtbare und nachhaltige Verbesserungen der Straßeninfrastruktur in Niedersachsen. Im Mittelpunkt stehen eine bessere Projektkultur, faires Risikomanagement und mehr Digitalisierung. Die Charta setzt dafür auf Vertrauen, Transparenz, auskömmliche Preise, klare Verträge und eine konstruktive Fehlerkultur. ▀

Nachhaltigkeit im öffentlichen Vergabeverfahren

Die Anforderungen an Nachhaltigkeit in öffentlichen Vergabeverfahren nehmen kontinuierlich zu. Die renommierte Juristin Prof. Dr. Angela Dageförde stellte unseren Mitgliedern am 12. Februar 2026 zentrale Inhalte ihres Praxisleitfadens „Nachhaltigkeit im öffentlichen Vergabeverfahren“ entlang des gesamten Vergabeprozesses vor.

Im Mittelpunkt standen die Vorbereitung und Durchführung von Vergabeverfahren, aktuelle Regelungen auf Bundes- und Länderebene, Fragen der Leistungsbestim-

mung und Leistungsbeschreibung sowie Eignungs- und Zuschlagskriterien. Auch das Vertragsmanagement und die praktische Umsetzung nachhaltigkeitsbezogener Anforderungen wurden diskutiert.

Die Veranstaltung machte deutlich: Nachhaltigkeit entwickelt sich zunehmend zu einem festen Bestandteil öffentlicher Beschaffung. Umso wichtiger sind rechtssichere, praxistaugliche und verhältnismäßige Vorgaben, die ökologische und soziale Ziele mit fairen Wettbewerbsbedingungen verbinden. ▀

Seehäfen brauchen Nationalen Investitionspakt

Anlässlich der Maritimen Konferenz in Emden forderten die UVN und die Bauindustrie Niedersachsen-Bremen Ende April 2026 einen Nationalen Investitionspakt für die Seehäfen in Niedersachsen und Bremen. Sie sind eine zentrale Grundlage für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Resilienz und nationale Sicherheit.

UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe und Bauindustrie-Hauptgeschäftsführer Jörn P. Makko machten deutlich, dass die Seehäfen Versorgung, Energieimporte, industrielle Wertschöpfung und im Ernstfall die Bündnisfähigkeit Deutschlands sichern. Wer hier zu lange spare, gefährde nicht nur Wachstum, sondern auch Sicherheit. Beide Verbände kritisierten, dass der Investitionsstau in der Hafeninfrastruktur über Jahrzehnte gewachsen sei und der strukturelle Substanzverlust längst eine sicherheitspolitische Dimension erreicht habe.

Für die notwendigen Investitionen in Hafenbecken, Kaimauern, Fahrrinnen sowie leistungsfähige Hinterlandanbindungen brauche es einen klaren politischen Willen und eine verlässliche, dauerhaft angelegte Finanzierungsgrundlage von Bund und Ländern. Diese Investitionen hätten mehrfachen Nutzen: Sie stärkten die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, unterstützten die

Energiewende – etwa beim Ausbau der Offshore-Windenergie – und erhöhten die Verteidigungs- und Krisenvorsorge. Diese Synergien müssten künftig konsequent in der Haushalts- und Investitionsplanung von Bund und Ländern berücksichtigt werden. Ein Nationaler Investitionspakt für die Seehäfen sei dafür der richtige und überfällige Schritt. ▀

Mitgliederstimmen



Jörn P. Makko
Hauptgeschäftsführer
Bauindustrieverband
Niedersachsen-Bremen e. V.

„Straßen, Schienen, Brücken, Wasserwege: Infrastruktur ist die Voraussetzung für gesellschaftlichen Wohlstand, Resilienz und Sicherheit, in jeder Generation aufs Neue. Mit dem Sondervermögen können wir jetzt einen langen Rückstand erstmals aufholen. Aber: Infrastruktur muss als Daueraufgabe auch dauerhaft finanziert sein. Wir behalten das im Blick.“ ▀



Foto: Shutterstock - stock.adobe.com

Flughafen Hannover ist Wett- bewerbsfaktor

Die UVN positionierten sich 2025 erneut für verlässliche Betriebsbedingungen am Flughafen Hannover. Anlass war die Diskussion um die TUI-Nachtflüge und damit um die Frage, wie leistungsfähig die Anbindung Niedersachsens künftig bleibt.

Für die niedersächsische Wirtschaft ist der Flughafen ein wichtiger Standortfaktor. Er verbindet Unternehmen, Beschäftigte, Fachkräfte und Logistikströme mit Märkten in Deutschland, Europa und darüber hinaus. Als touristisches und logistisches Drehkreuz sichert er Arbeitsplätze, Nachfrage und Wertschöpfung in der Region.

Dazu gehören auch Planungssicherheit und betriebliche Flexibilität. Wer Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung sichern will, muss Mobilität ermöglichen – gerade mit Blick auf internationale Märkte und die wachsende Bedeutung von Infrastruktur für die Landes- und Bundesverteidigung. ▀



Technologieoffenheit stärken

Mit dem Automotive Package hat die EU-Kommission neue Vorschläge für die Zukunft der Automobilindustrie vorgelegt und schafft weitere Bürokratie durch neue Ausgleichs- und Nachweispflichten. Damit bleibt das faktische Verbrenner-Aus ab 2035 für einen erheblichen Teil der Neuzulassungen bestehen.

Die Wirtschaft fordert daher, die Vorschläge technologieoffen und innovationsfreundlich weiterzuentwickeln. Entscheidend sind verlässliche Rahmenbedingungen für unterschiedliche Antriebslösungen sowie der zügige Ausbau einer europaweiten Lade- und Wasserstoffinfrastruktur. ▀

Zukunftspakt Mobilität Nieder- sachsen

Als Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft sehen wir in dem im Oktober 2025 veröffentlichten „Zukunftspakt Mobilität 2035“ der Niedersächsischen Landesregierung die Chance, die Autoindustrie und ihre Zulieferer in Niedersachsen zu stabilisieren.

„Wenn uns nicht schnellstens der Turnaround gelingt, können wir bald Klimaschutzaufkleber auf importierte Elektroautos kleben“, erklärte UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe. „Wirtschaft und Industrie erwarten klare Ziele, bezahlbare Energie und politische Rahmenbedingungen, die Innovationen ermöglichen, statt sie durch Technologieverbote zu blockieren. Wirtschaftliche und soziale Stabilität sind die Grundlage für erfolgreichen Klimaschutz – nicht sein Gegenspieler. Erst wenn Unternehmen wettbewerbsfähig sind und Arbeitsplätze sichern, kann der ökologische Wandel funktionieren.“ ▀

UVN-Experten Finn Halbach und Christopher Meisner beim BDI-Fachreferententreffen am 29. Mai 2026. Einblicke in den Industriepark Frankfurt-Höchst und den Fraport zeigen: Wettbewerbsfähige Industrie braucht leistungsfähige Infrastruktur – gemeinsam gedacht und entwickelt.

ENERGIE KLIMA WASSER





Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit durch weniger Bürokratie, verlässliche Investitionsbedingungen, sinkende Energiekosten und ein systemisches Zusammenspiel von Netzausbau, Erzeugung, Speicherung, Steuerung und Verbrauch. ▀

- 96 **Industrie folgt Energie**
- 97 **Energiewende braucht klare politische Entscheidungen**
- 98 **Gezielter Austausch zwischen Landesregierung und Energiewirtschaft**
- 99 **Energiewende als Gesamtsystem denken**
- 100 **Transformation gemeinsam gestalten**
- 100 **UVN im Niedersächsischen Klimarat**
- 101 **Klimastrategien und alternative Kraftstoffe am Hannover Airport**
- 102 **Wasserstoff und Energie systemisch weitergedacht**
- 102 **Bund beschließt Wärmewende**
- 103 **Mittelstand trifft Start-up**
- 103 **UVN-Umfrage: Wasser ist Standortfaktor**
- 104 **Wasserkraft birgt enormes Potenzial**
- 105 **CO₂-Speicherung in der Nordsee prüfen**

INDUSTRIE FOLGT ENERGIE

Politikdialog „Mit den Erneuerbaren im Norden in ein neues Industriezeitalter“ am 5. November 2025

Die hohen Energiekosten und die industrielle Transformation standen im Mittelpunkt des gemeinsamen Politikdialogs der UVN und der enercity AG in der Niedersächsischen Landesvertretung in Berlin. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Energiebranche wurde diskutiert, wie Energiewende und industrielle Wettbewerbsfähigkeit künftig besser zusammengeführt werden können.

Benedikt Hüppe (UVN) und Aurélie Alemany (enercity AG) betonten die besondere Rolle Niedersachsens und Norddeutschlands als Modellregion für ein flexibles, effizientes und erneuerbares Energiesystem. Der Norden verfüge bereits heute über große Potenziale bei Windenergie und Infrastruktur – daraus müsse nun ein echter Standortvorteil für Industrie und Investitionen entstehen.

In der anschließenden Diskussion mit Dennis Rohde MdB, Tilman Kuban MdB und Ulf Gehrckens (Aurubis AG) wurde deutlich: Wettbewerbsfähige Energiepreise, Planungssicherheit und ein schneller Ausbau der Infrastruktur sind zentrale Voraussetzungen, damit Deutschland im internationalen Wettbewerb industriell stark bleibt. ▀



Fotos: © Julian Kretschmer photography

Mitgliederstimmen



Dr. Sarah Saeidy-Nory
Hauptgeschäftsführerin
Verband der Chemischen Industrie
Landesverband Nord e.V. (VCI Nord)

„Unsere norddeutschen Chemie- und Pharmaunternehmen benötigen dringend die richtigen Rahmenbedingungen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen. Neben einem reformierten Emissionshandel und Bürokratieabbau ist bezahlbare und verfügbare Energie von entscheidender Bedeutung. Zudem muss die Umsetzung der EU-Industrieemissionsrichtlinie ausgesetzt werden.“

Energiewende braucht klare politische Entscheidungen

Der Energiewende-Monitoringbericht der Bundesregierung vom 15. September 2025 zeigte für die UVN vor allem eines: Entscheidend sind die richtigen politischen Konsequenzen, um Überdimensionierungen und weitere Kostensteigerungen im Energiesystem zu verhindern. Energieintensive Unternehmen brauchen bezahlbare und verfügbare Energie, rechtssichere Investitionsbedingungen und weniger regulatorische Zusatzbelastungen.

Im Mittelpunkt standen eine bessere Verzahnung von Netzausbau, Speichern und Wasserstoffprojekten sowie verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen. Gerade Niedersachsen nimmt als Spitzenreiter beim Ausbau der Erneuerbaren Energien eine zentrale Rolle ein.

UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe betonte gegenüber der Presse, dass Versorgungssicherheit nur mit Systemstabilität, Technologieoffenheit und zügiger politischer Umsetzung gelingen könne. Dazu brauche es einfache Gaskraftwerksausschreibungen sowie perspektivisch einen zentralen Kapazitätsmarkt, der Leistung, Flexibilität und Netzanforderungen effizient zusammenführt.



Kraftwerk
Hannover-Linden

Neue Kraftwerke für mehr Versorgungssicherheit

Mit dem Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz (StromVKG) hat das Bundeskabinett Mitte Mai 2026 einen ersten wichtigen Baustein für ein stabiles Stromsystem als Ergänzung zu den Erneuerbaren Energien beschlossen. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft stärkt das Gesetz die Versorgungssicherheit und setzt Impulse für einen technologieoffenen Ausbau neuer Kraftwerkskapazitäten über wettbewerbliche Ausschreibungen.

Gleichzeitig warnt die Industrie vor zusätzlichen Belastungen durch eine Finanzierung über Umlagen, die steigende Stromkosten weiter erhöhen könnten. Entscheidend ist deshalb, Reformen zum EEG und zum Netzpaket zügig umzusetzen. Ziel muss ein Energiesystem sein, das Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit miteinander verbindet und international wettbewerbsfähige Strompreise ermöglicht.

Mitgliederstimmen



Christian Otto
VEA-Geschäftsführer
Bundesverband der Energie-
Abnehmer e.V. (VEA)

„Bis zum Sommer will die Europäische Kommission einen Aktionsplan zur Elektrifizierung vorlegen und Hindernisse für die Elektrifizierung der Industrie beseitigen. Das begrüßen wir und hoffen, dass der Fokus auf wettbewerbsfähigen Strompreisen und ausreichenden Netzanschlusskapazitäten liegen wird. Denn beide Faktoren hemmen die Elektrifizierung aktuell noch.“

Gemeinsam diskutierten Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften auf dem Symposium 2026 der Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN) am 9. Februar 2026 resiliente Wege zur Klimaneutralität.



Foto: © NAN/Reiner Jensen

Gezielter Austausch zwischen Landesregierung und Energiewirtschaft

Der Ausbau der Energieinfrastruktur und die Umsetzung der Energiewende standen im Mittelpunkt zweier hochrangiger Gespräche mit der Landesregierung am 12. Mai 2026. Auf Einladung von Ministerpräsident Olaf Lies diskutierten wir beim **Netzanschlussforum** im Gästehaus der Landesregierung konkrete Herausforderungen beim Umgang mit Netzanschlussbegehren, Genehmigungsverfahren für den Netzausbau, Plug-In-Gewerbegebieten sowie vergaberechtlichen Fragestellungen.

Nur einen Tag später am 13. Mai 2026 tauschten wir uns auf Einladung von Umwelt- und Energieminister Christian Meyer beim **Branchengespräch Energiewende** mit

Politik, Verwaltung und Energiewirtschaft über die aktuellen energiepolitischen Vorhaben des Bundes aus. Im Fokus standen insbesondere die Referentenentwürfe zum Netzpaket, zum EEG sowie zur Kraftwerksstrategie und deren Auswirkungen auf Investitionen und die weitere Umsetzung der Energiewende.

Der intensive Austausch an konkreten Maßnahmen zeigte, wie wichtig der direkte Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung ist, um praktische Lösungen für die Transformation zu entwickeln und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu sichern. ▀

Mitgliederstimmen



Alexander Godow
Vorsitzender
AVZ Nord – Arbeitgeberverband der
Zuckerfabriken Norddeutschlands e. V.

„Zukunftsfähigkeit bedeutet kontinuierliche Weiterentwicklung. Die Zuckerindustrie stellt sich dem Wandel und investiert – unter anderem in die Dekarbonisierung der Produktion. Dafür brauchen wir politische Rahmenbedingungen, die Stabilität geben – für Unternehmen, die landwirtschaftlichen Partner und die Beschäftigten – entlang der gesamten Wertschöpfungskette.“ ▀



ENERGIEWENDE ALS GESAMTSYSTEM DENKEN

Im Vorfeld der Energieministerkonferenz (EnMK) unter Vorsitz Niedersachsens tauschten sich Ende Mai 2026 Landespolitik, Netzbetreiber und die Branche der Erneuerbaren Energien über die Zukunft des Energiesystems aus. Niedersachsen hat beste Voraussetzungen für die Energiewende: Windenergie, Offshore-Windkraft und Wasserstoff. Doch der Ausbau kommt zu langsam voran. Genehmigungen dauern oft Jahre, Netze fehlen und zusätzliche Vorgaben verteuern Projekte zunehmend.

Ergebnis war ein gemeinsames Forderungspapier der UVN, des LEE Niedersachsen/Bremen sowie der Netzbetreiber EWE und Avacon. Im Mittelpunkt standen schnellere Genehmigungen, weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung und eine höhere Priorität für den Netzausbau. Zudem forderten die Beteiligten mutige, pragmatische und systemdienliche Entscheidungen, um Energiekosten zu senken und die Netze zügig an das heutige Energiesystem sowie die wachsende Erzeugung erneuerbarer Energien anzupassen – etwa durch Speicher, Wärmepumpen, Elektrolyseure oder flexible industrielle Verbraucher.

Im Nachgang zur Energieministerkonferenz erklärte UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe mit Blick auf die gemeinsamen Beschlüsse der Länder und die Abwesenheit des Bundesministeriums: „Bund und Länder müssen sich zusammenraufen, konstruktiv und lösungsorientiert zusammenarbeiten und um die besten Entscheidungen für Deutschland ringen. Die Länder

sind sich in wesentlichen Beschlüssen einig und schaffen damit die Grundlage für eine zügige Umsetzung. Entscheidend ist jetzt, den Ausbau der Netze, Speicher und Gaskraftwerke konsequent voranzutreiben, damit die in Deutschland erzeugte Energie auch effizient genutzt werden kann. Alles, was Energiekosten senkt, Versorgungssicherheit stärkt und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts verbessert, muss jetzt Priorität haben.“

Starke Stimmen



Bianca Beyer
Stellv. UVN-Hauptgeschäftsführerin

„Der Netzausbau ist die zentrale Standort- und Investitions herausforderung. Die UVN-Stellungnahme zum Landtagsantrag forderte beschleunigte Genehmigungen, vereinfachte Ersatzneubauten, standardisierte Regionalszenarien, NVP-Überbauung und flexible Netzanschlüsse. Unsere Kernbotschaft: Anschlusskapazitäten entscheiden über Elektrifizierung bestehender Betriebe, Neuansiedlungen, Rechenzentren, Speicher, Wasserstoffprojekte und industrielle Wertschöpfung.“



Foto: © efn Peter Haller

Die 17. Niedersächsische Energietage des efn am 16. Dezember 2025 machten deutlich: 2026 wird ein entscheidendes Jahr für die Transformation des Energiesystems.

Im Panel mit Christian Meyer (Nds. Umweltministerium), Tobias Aeverbeck (Bürgermeister Bakum), Stefan Dohler (BDEW / EWE AG), Prof. Dr. Sebastian Lehnhoff (efn) und Matthias Otte (BNetzA) diskutierte UVN-Vizehauptgeschäftsführerin Bianca Beyer zentrale energiepolitische Weichenstellungen für Niedersachsen.

Transformation gemeinsam gestalten

Gemeinsame Sitzung der Arbeitskreise Umwelt und Energie am 27. November 2025

Wie gelingt die Balance zwischen Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und praxistauglicher Regulierung? Genau darüber diskutierten wir bei der gemeinsamen Sitzung der Arbeitskreise Umwelt und Energie. Im Fokus standen Impulse aus Wirtschaft, Kommunen und Landesverwaltung zu Bürokratieabbau, Genehmigungsbeschleunigung, Emissionshandel, Wärmewende und der Novelle des Niedersächsischen Klimagesetzes.

Besonders spannend war der direkte Austausch mit den energie- und umweltpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen: Thordies Hanisch (SPD), Verena Kämmerling (CDU) und Marie Kollenrott (Bündnis 90/Die Grünen). Schnell wurde deutlich: Für eine erfolgreiche Transformation braucht es weniger Komplexität, mehr Tempo und verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen und Investitionen. ▀



UVN im Niedersächsischen Klimarat

Mit dem neuen Klimarat hat Niedersachsen Anfang 2026 ein dauerhaftes Beratungsgremium geschaffen, um die Klimaschutzmaßnahmen des Landes praxisnah, sozial ausgewogen und wissenschaftlich fundiert weiterzuentwickeln. Der Rat ist im Niedersächsischen Klimagesetz verankert und soll wissenschaftliche Expertise, Praxiserfahrung und Bürgerperspektiven stärker miteinander verbinden.

Der Klimarat besteht aus fünfzehn Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Verbänden und Organisati-

onen. Für die niedersächsische Wirtschaft wurde unsere stellvertretende Hauptgeschäftsführerin Bianca Beyer in den Klimarat berufen. Ergänzt werden die Empfehlungen des Beirats durch einen Bürgerrat. Die Ergebnisse sollen jährlich veröffentlicht und an Landtag sowie Landesregierung übergeben werden. ▀



Zusammensetzung
Klimarat
Niedersachsen





Mitgliederstimmen



Benjamin Sokolovic
Hauptgeschäftsführer
Gesamtverband Verkehrsgewerbe
Niedersachsen e. V. (GVN)

„Die Energiewende gelingt nur mit realistischer Mobilitätspolitik! Klimaschutz braucht bezahlbare Alternativen und vor allem Tempo beim Ausbau von Lade- und Tankinfrastruktur. Das Verkehrsgewerbe ist bereit, seinen Beitrag zu leisten, wenn Politik endlich die Rahmenbedingungen schafft.“

Technologieoffene Antriebsstrategien

Die Debatte über die stärkere Berücksichtigung von E-Fuels am 28. April 2026 im Niedersächsischen Landtag verdeutlichte die industriepolitische Bedeutung technologieoffener Antriebsstrategien für Niedersachsen als Automobilstandort. Vertreter der niedersächsischen Metall- und Zulieferindustrie warnten davor, die Transformation allein auf Elektromobilität auszurichten. Erfolgreicher Klimaschutz braucht Marktakzeptanz, funktionierende Infrastruktur und wettbewerbsfähige Kosten. ▀

Klimastrategien und alternative Kraftstoffe am Hannover Airport

Im Rahmen einer gemeinsamen Bereisung der Ausschüsse Energie und Umwelt am 12. Juni 2026 informierten wir uns vor Ort am Hannover Airport über die Flughafenentwicklung, Klimastrategien, den Aufbau einer alternativen Kraftstoff- und Wasserstoffinfrastruktur sowie aktuelle Energie-, Logistik- und Umweltdiskussionen.

Die Veranstaltung verdeutlichte, welche Bedeutung resiliente Infrastruktur, innovative Energielösungen und nachhaltige Mobilitätskonzepte für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen haben. ▀



Der Klima-Innovationspreis Niedersachsen 2025 ging an die Spedition Nanno Janssen GmbH aus Leer. Ausgezeichnet wurde das Unternehmen für die konsequente Elektrifizierung seiner Lkw-Flotte und seinen Beitrag zu klimafreundlicher Logistik.



Wasserstoff und Energie systemisch weitergedacht



Das Niedersächsische Wasserstoff-Netzwerk (NWN) wurde zum Frühjahr 2026 abgeschlossen. In der Projektlaufzeit hat das NWN einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Wasserstoffakteure in Niedersachsen stärker zu vernetzen, fachliche Impulse zu bündeln und die Perspektive der Wirtschaft in die wasserstoffpolitische Debatte einzubringen.

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Niedersachsen praxistauglich, investitionsfreundlich und industriepolitisch wirksam gestaltet werden kann. Dabei wurde deutlich, dass Wasserstoff ein zentraler Baustein bleibt für die Transformation energieintensiver Branchen, für klimaneutrale Produktionsprozesse und für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Niedersachsen.

Mit dem Projektabschluss beenden wir nicht die inhaltliche Befassung mit dem Thema Wasserstoff. Im Gegenteil, wir werden zentrale Erfahrungen, Kontakte und Erkenntnisse des NWN in die Arbeit der Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN) überführen. Damit wird das Thema künftig stärker in den breiteren Zusammenhang von industrieller Transformation, Dekarbonisierung, Infrastruktur, Energieversorgung und Nachhaltigkeit eingebettet.

Für die UVN bleibt dabei entscheidend: Der Wasserstoffhochlauf braucht verlässliche Rahmenbedingungen, wettbewerbsfähige Energiekosten, eine leistungsfähige Infrastruktur, technologieoffene Regulierung und eine klare industriepolitische Priorisierung. ▀

Bund beschließt Wärmewende

Im Zentrum des neuen Gebäudemodernisierungsgesetzes (GMG) steht die Abschaffung der bisherigen 65-Prozent-Regel für neue Heizungen. Künftig soll die Entscheidung über die Heizungsart wieder stärker bei den Eigentümern liegen. Gleichzeitig sollen klimafreundliche Brennstoffe über eine sogenannte „Bio-Treppe“ sowie eine moderate Grüngasquote schrittweise an Bedeutung gewinnen.

Aus Sicht der Wirtschaft bringt der technologieoffenere Ansatz wichtige Vorteile: Starre Einbauvorgaben entfallen, Investitionshemmnisse sinken und Unternehmen erhalten mehr Planungssicherheit und Flexibilität. Gleichzeitig bleiben zentrale Herausforderungen bestehen. Der Hochlauf klimafreundlicher Moleküle wie Biomethan oder Wasserstoff ist weiterhin mit Unsicherheiten verbunden. Zudem können steigende Anforderungen an Brennstoffbeimischungen zu höheren Kosten führen. Entscheidend wird daher sein, Wärmewende, Infrastrukturplanung, Netzausbau und Versorgungssicherheit bes-

ser miteinander zu verzahnen, damit Klimaschutz, Sozialverträglichkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam gelingen. ▀

Mitgliederstimmen



Dr. Susanne Schmitt
Hauptgeschäftsführerin
Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen e. V.

„Niedersachsen braucht eine Doppelstrategie für den Wohnungsbau: mehr gezielten Neubau für Menschen mit mittleren und kleineren Einkommen und eine intelligente Modernisierung älterer Bestände ohne überzogene Auflagen. Nur so können wir Wohnraummangel, demografischen Wandel und die Klimaziele bewältigen.“ ▀



Mittelstand trifft Start-up

„Senior Energy meets Junior Power“ am 17. September 2025

Die Energiewende eröffnet neue Chancen für Innovation, Wertschöpfung und Zusammenarbeit. Genau darum ging es bei „Senior Energy meets Junior Power“, unserem gemeinsamen Side-Event zum next Startup Day 2025 in Hannover.

Im Mittelpunkt standen der Austausch zwischen etablierten KMU sowie jungen Start-ups aus den Bereichen Wasserstoff und Erneuerbare Energien. Pitches, Marktrundgänge, Impulsvorträge und Podiumsgespräche zeigten, wie neue Geschäftsmodelle, Technologien und Partnerschaften die Transformation der Energie- und Wirtschaftssysteme vorantreiben können.

Mit dabei waren Ministerpräsident Olaf Lies, Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne und Wissenschaftsminister Falko Mohrs. Deutlich wurde: Niedersachsen und Norddeutschland verfügen über starke Voraussetzungen, um sich als Innovations- und Transformationsregion für Erneuerbare Energien und Wasserstoff weiter zu profilieren. 

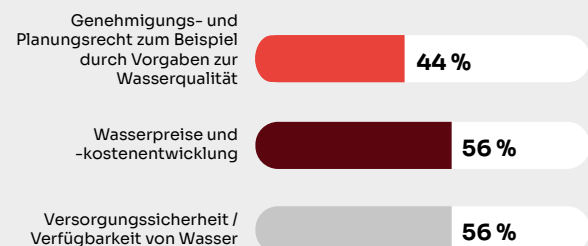
UVN-Umfrage: Wasser ist Standortfaktor

Die Unternehmensabfrage der UVN zur wirtschaftlichen Lage, zu Bedarfen und Perspektiven der Wirtschaft im Themenfeld Wasser zeigt deutlich: Wasser gewinnt für die niedersächsische Wirtschaft strategisch an Bedeutung. Es geht längst nicht mehr allein um Umwelt- oder Ressourcenschutz, sondern zunehmend um Standortqualität, Genehmigungsfähigkeit, Kostenentwicklung, Versorgungssicherheit und Investitionsbedingungen.

Besonders klar treten Genehmigungs- und Planungsverfahren, rechtliche Anforderungen, Kosten für Wasser und Abwasser, Fragen der Wasserqualität und -verfügbarkeit sowie klimatische Veränderungen wie Trockenheit, Starkregen und Hochwasser als Belastungsfelder hervor. Diese Themen wirken nicht isoliert, sondern greifen ineinander: Steigende Anforderungen, komplexe Verfahren und wachsende Unsicherheiten können Investitionen erschweren und die Standortentwicklung bremsen.

Wasserbezogene Rahmenbedingungen treffen damit auf eine ohnehin angespannte wirtschaftliche Lage. Für die Unternehmen kommt es deshalb darauf an, ökologische Anforderungen, Versorgungssicherheit und industrielle Wettbewerbsfähigkeit besser miteinander zu verbinden. 

TOP 3-Herausforderungen für Unternehmen



Wasserkraft birgt enormes Potenzial

UVN diskutierten am 22. Oktober 2025 mit Gästen aus dem Niedersächsischen Umweltministerium über Niedersächsischen Masterplan Wasser

Die niedersächsische Wirtschaft unterstützt das Ziel des Landes, mit dem Masterplan Wasser ein zukunftsorientiertes Wassermanagement zu schaffen. In unserer UVN-Stellungnahme dazu forderten wir, ökologische Ziele besser mit den Anforderungen eines starken Wirtschaftsstandorts in Einklang zu bringen.

Dazu sollte Wasserkraft differenzierter betrachtet werden: Rund 270 Anlagen leisten in Niedersachsen einen Beitrag zu Grundlastversorgung, Netzstabilität und CO₂-Einsparung. Zugleich können sie Wasserhaushalte stabilisieren und Hochwasserfolgen abmildern. Deshalb sollte Wasserkraft als Teil klimafreundlicher Energieversorgung anerkannt und die Gewässerökologie mit modernen Lösungen gesichert werden.

Bei den Abwasserauflagen sollte Niedersachsen konsequent Doppelregulierungen ausschließen. Industrie und Gewerbe erfüllen bereits umfangreiche nationale und europäische Vorgaben. Zusätzliche landesspezifische

Anforderungen würden vor allem KMU belasten, Verfahren verlängern und Investitionen verteuern.

Auch beim Wasserstoff fordern wir Standortlogik statt pauschaler Risikobewertung. Die Wasserstoffproduktion ist vor allem eine Frage geeigneter Standorte und intelligenter Technologien. Meerwasserentsalzung, Abwasseraufbereitung und Kreislaufkühlung könnten den Frischwasserbedarf deutlich reduzieren. Für die Wirtschaft ergibt sich daraus die klare Forderung, Klimaschutz, Wasserpolitik und industrielle Transformation stärker zusammenzudenken. 

Reform Europäischer Wasserrahmenrichtlinie

Der Schutz und die nachhaltige Nutzung von Wasserressourcen bleiben zentrale Ziele der Wirtschaft. Die aktuelle Ausgestaltung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) birgt jedoch erhebliche Investitionshemmnisse, Planungsunsicherheiten und langwierige Genehmigungsverfahren. Komplexe Vorgaben, fehlende Rechtssicherheit und teils unrealistische Zielsetzungen erschweren Infrastruktur- und Industrieprojekte.

Wir fordern deshalb eine umfassende und praxisnahe Reform der Richtlinie. Im Mittelpunkt stehen mehr Flexibilität bei Ausnahmen und Übergangsregelungen, eine realistischere Definition des Verschlechterungsverbots sowie weniger Bürokratie und Berichtspflichten. Entscheidend ist zudem, die Überarbeitung nicht nur auf kritische Rohstoffe zu begrenzen, sondern alle betroffenen Wassernutzungen einzubeziehen. Ziel muss ein europäischer Rechtsrahmen sein, der Gewässerschutz, industrielle Transformation und Investitionen besser miteinander verbindet. 

CO₂-Speicherung in der Nordsee prüfen

Die Debatte um Carbon Capture and Storage (CCS) erreichte Mitte April 2026 eine neue Phase. Die Exxon-Mobil Production Deutschland GmbH hat nach dem Ende 2025 neugefassten Kohlendioxid-Speicherungs- und Transportgesetz (KSpTG) eine Untersuchungsgenehmigung beantragt. Anlass gab auch der EU Net Zero Industry Act, der europäische Öl- und Gasunternehmen verpflichtet, bis 2030 CO₂-Speicherkapazitäten aufzubauen.

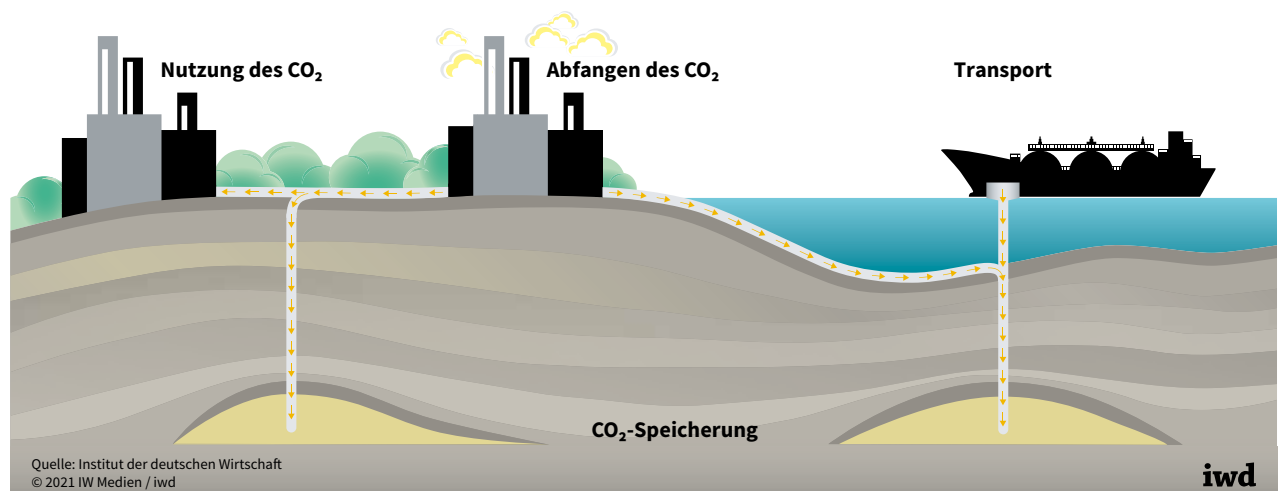
Für die UVN ist der Antrag von ExxonMobil ein klares Signal: Die Industrie nimmt ihre Verantwortung für den Klimaschutz ernst und handelt trotz erheblicher rechtlicher und wirtschaftlicher Unsicherheit. Jetzt geht es endlich von der Debatte in die Praxis. Der Antrag schafft die Grundlage, um faktenbasiert zu klären, ob und wie geologische Formationen unter dem Meeresboden für eine sichere Speicherung von CO₂ geeignet sind.

Europäische Industrie fordert ETS-Reform

Die europäische Industrie fordert eine grundlegende Reform des EU-Emissionshandelssystems (ETS), um industrielle Produktion und Transformation langfristig in Europa zu sichern. Gefordert wird unter anderem, Zertifikate in der Marktstabilitätsreserve nicht weiter zu löschen und die Regeln für die freie Zuteilung stärker an regionalen und technologischen Realitäten auszurichten. Gleichzeitig sollen die Einnahmen aus dem Emissionshandel gezielt in die industrielle Transformation investiert werden. Zudem braucht Europa einen wirksamen Schutz vor Carbon Leakage und eine funktionierende CBAM-Exportlösung, um Wettbewerbsnachteile gegenüber außereuropäischen Produzenten zu vermeiden. ▀

Für Teile der Industrie gibt es unvermeidbare Prozess-emissionen wie zum Beispiel in der Zement-, Kalk- oder Chemieproduktion. Wenn wir diese Wertschöpfung und die Arbeitsplätze am Standort halten wollen, brauchen wir realistische Lösungen. Niedersachsen bringt mit seiner industriellen Struktur, seiner Infrastruktur und der Nähe zur Nordsee grundsätzlich gute Voraussetzungen mit. Entscheidend ist, dass wir jetzt strukturiert prüfen, was tatsächlich möglich und sinnvoll ist. ▀

CO₂-Speicherung und -Nutzung



AUSSENWIRTSCHAFT SICHERHEIT

Starke Freihandelsbündnisse und eine moderne Sicherheitsarchitektur stärken unsere Resilienz, sichern unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und positionieren uns als ernstzunehmenden Verhandlungspartner. ➤

- 108 **Resilient. Wettbewerbsfähig. Zukunftssicher.**
- 109 **EU-Spitzentreffen der deutschen Wirtschaft**
- 109 **Niedersachsen in Europa**
- 110 **Außenhandel unter Druck**
- 111 **Niedersächsischer Außenwirtschaftspreis 2026**
- 112 **Wirtschaftsmacht Europa – Außenpolitik im Wandel**
- 112 **Niedersächsische Delegation zu Gast in Israel**
- 113 **UVN fordern Gesellschaftsdienst für alle**
- 113 **Sicherheitspolitischer Dialog Niedersachsen**
- 114 **Rüstungscluster Niedersachsen (RCN) vereint im ersten Jahr über 500 Netzwerkpartner**





RESILIENT. WETTBEWERBSFÄHIG. ZUKUNFTSSICHER.

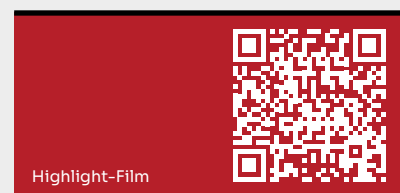
15. Tag der Niedersächsischen Wirtschaft am 19. November 2025

„Deutschland in der Zeitenwende: Wie stellen wir Sicherheit, Energieversorgung und Produktion resilient auf?“ – diese Kernfrage prägte die Impulse und Diskussionen zwischen Wirtschaft, Politik, Bundeswehr und Industrie beim 15. Tag der Niedersächsischen Wirtschaft.

UVN-Präsident Dr.-Ing. Andreas Jäger und UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe begrüßten dazu Ministerpräsident Olaf Lies, Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne, Sebastian Lechner MdL (CDU-Fraktion Niedersachsen), Oberst Daniel Decker (Bundeswehr), Ute Spring (Dow Deutschland) sowie Oliver Henrichs (Westenergie AG).

Schnell wurde in den Impulsen und Diskussionen deutlich: Resilienz ist eine zentrale Voraussetzung für industrielle Stärke, wirtschaftlichen Erfolg, Sicherheit und gesellschaftlichen Wohlstand. Dafür braucht es insbesondere eine verlässliche Energieversorgung, robuste Lieferketten, digitale Sicherheit, gut ausgebildete Fachkräfte sowie mehr Tempo bei Reformen und Umsetzung. Gleichzeitig zeigte sich in den Gesprächen, dass unzureichende Rahmenbedingungen den Wirtschaftsstandort bereits heute spürbar unter Druck setzen.

Ein besonderer Dank gilt den VGH Versicherungen für die langjährige Gastfreundschaft sowie unseren weiteren Partnern AOK Niedersachsen, EY und MADSACK Mediengruppe. 



EU-Spitzentreffen der deutschen Wirtschaft



UVN-Präsident Dr. Andreas Jäger vertrat die niedersächsische Wirtschaft am 18. September 2025 beim Spitzentreffen der deutschen Wirtschaft von BDI, BDA, DIHK und ZDH mit EU-Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen. Im Mittelpunkt standen Bürokratieabbau, internationale Wettbewerbsfähigkeit, ein Belastungsmoratorium für Unternehmen, einheitliche europäische Standards sowie neue Freihandelsabkommen mit Mercosur, Indonesien und Indien.

Die deutsche Wirtschaft formulierte dabei klare Kernforderungen für eine europäische Wettbewerbsagenda:

schnelleren Bürokratierückbau, bezahlbare und verlässliche Energie, einen stärkeren Binnenmarkt, mehr Fachkräftemobilität sowie praxisgerechte Regeln insbesondere für den Mittelstand.

Diese Themen dominierten auch den EU-Gipfel im März 2026 in Brüssel. Angesichts des zunehmenden globalen Wettbewerbsdrucks und geopolitischer Unsicherheiten erwartet die Wirtschaft von Brüssel konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und industriellen Transformation, verbunden mit verbindlichen Zeitplänen und konsequenter Umsetzung. 

Niedersachsen in Europa

UVN-Delegationsreise nach Brüssel vom 1. bis 3. Juni 2026

Mit rund 40 Vertreterinnen und Vertretern der niedersächsischen Wirtschaft brachten wir wieder Praxiserfahrung und wirtschaftliche Expertise direkt in die Europäische Kommission. Dass dies dringend notwendig ist, zeigen mehr als 400 delegierte Rechtsakte allein in dieser Legislatur. Sie verdeutlichen, dass Quantität kein Ausweis von Qualität ist. Europäische und insbesondere nationale Doppelregulierungen belasten nicht nur Unternehmen, sondern zunehmend auch die Verwaltungen selbst.



Besonders deutlich wurde dies in den Gesprächen zu Wettbewerbsfähigkeit, Bürokratieabbau, Digitalisierung, Cybersicherheit, Rohstoffunabhängigkeit und Handel. Immer wieder ging es um einen für uns überbordenden Verbraucherschutz und die Frage, wie Regulierung auf das notwendige Maß begrenzt werden kann. Statt immer neuer Vorgaben braucht es mehr Eigenverantwortung und einen stärkeren Fokus auf gemeinsames Gestalten.

Für die niedersächsische Wirtschaft bleibt die Vollendung des europäischen Binnenmarkts eine der zentralen Aufgaben dieses Jahrzehnts. Nur wenn Europa weiter zusammenwächst, schneller wird und nationale Doppelregulierungen abbaut, bestehen belastbare Chancen im Wettbewerb mit den USA und Asien.

Zum Programm gehörten außerdem der traditionelle Wirtschaftsempfang sowie das Wirtschaftsfrühstück mit Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne und Ministerin Melanie Walter in der Niedersächsischen Landesvertretung. Der direkte Austausch bestätigte erneut: Wer etwas bewegen will, muss vor Ort sein und politische Prozesse aktiv begleiten. Vielen Dank an die Niedersächsische Landesvertretung bei der Europäischen Union für die engagierte Unterstützung! 

AUSSENHANDEL UNTER DRUCK

Freihandelsabkommen gewinnen an Bedeutung

Deutschland profitierte jahrzehntelang von offenen Märkten und einer dynamischen Globalisierung. Mit Export- und Importquoten von jeweils rund 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ist die Bundesrepublik eng in den Welthandel eingebunden. Doch genau dieses Umfeld verändert sich zunehmend. Für die exportorientierte deutsche Wirtschaft wächst der Druck durch geopolitische Spannungen, Handelskonflikte und zunehmenden Protektionismus. Vor diesem Hintergrund gewinnen die aktuellen Handelsabkommen mit MERCOSUR, Australien, Mexiko, Indonesien sowie Indien an Bedeutung.

Die **Zollpolitik der USA** und die wiederholten Drohungen von Präsident Donald Trump sorgen für erhebliche Unsicherheiten in der Wirtschaft und belasten die transatlantischen Beziehungen stark. Die sicherheitspolitische Abhängigkeit Europas von den USA stärkt Trump zusätzlich. Für Niedersachsen hat die Entwicklung eine besondere Bedeutung: Mit Exporten von über 7 Milliarden Euro im Jahr 2024 zählen die USA zu unseren wichtigsten Handelspartnern. Mit dem EU-USA-Zolldeal im Mai 2026 wurde schließlich ein gewisses Maß an Stabilität erreicht. Zwar erheben die USA weiterhin pauschal 15 Prozent Zoll, dennoch verschafft der Deal Europa im internationalen Vergleich einen relativen Vorteil. Um neuen US-Zöllen begegnen zu können, verschärfte die EU ihre Schutzmechanismen und koppelte ihre Zollsenkungen an ein weiteres Entgegenkommen der USA.

Das **EU-Mercosur-Handelsabkommen** gilt als wichtiges Signal strategischer Handlungsfähigkeit gegenüber globalen Wettbewerbern wie China und den USA. Gerade Brasilien zählt bereits heute zu den wichtigsten Investitionsstandorten deutscher Unternehmen außerhalb Europas. Deutsche Unternehmen erwirtschaften dort mit rund 244.000 Beschäftigten jährlich fast 70 Milliarden Euro. Zugleich eröffnen sich bis 2035 klare Wachstumsperspektiven: Für Exporte nach Brasilien wird vom IW Köln eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 4,1 Prozent erwartet. Besonders im Fokus stehen digitale Transformation, erneuerbare Energien und strategische Rohstoffe.

Auch das **EU-Australien-Freihandelsabkommen** wird von Politik und Wirtschaft unterstützt. Besonders relevant ist dabei die strategische Bedeutung Australiens für kritische Rohstoffe wie Lithium und Seltene Erden. Für Industrie, Energiewende und Digitalisierung hat eine sichere und diversifizierte Rohstoffversorgung eine zentrale Bedeutung. Gleichzeitig soll das Abkommen den Marktzugang erleichtern und neue Wachstumschancen für europäische und niedersächsische Unternehmen schaffen.

Mexiko ist bereits heute ein attraktiver Produktions- und Investitionsstandort für die deutsche Industrie. Das **modernisierte Handelsabkommen EU-Mexiko** schafft ein Plus an Rechtssicherheit, weitgehende Zollfreiheit, verbesserten Investitionsschutz, vereinfachte Handels-





regeln und einen besseren Zugang zu öffentlichen Aufträgen. Gleichzeitig sorgen verbindliche Arbeits- und Umweltstandards für fairere Wettbewerbsbedingungen. Davon profitieren insbesondere exportorientierte Branchen wie der Maschinenbau, die Automobilindustrie, die Chemie- und die Elektrotechnik.

Das **EU-Indonesien-CEPA** steht für eine Freihandelszone mit über 700 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern und stärkt insbesondere die Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie Europas Versorgung mit kritischen Rohstoffen für Zukunftstechnologien und Stahlindustrie. Darüber hinaus profitieren wichtige Branchen wie Automobilindustrie, Chemie und Maschinenbau vom besseren Marktzugang, sinkenden Zöllen und mehr Planungssicherheit. Gleichzeitig fördert das Abkommen nachhaltiges Wachstum und den Schutz geistigen Eigentums.

Auch das geplante **EU-Indien-Handels- und Investitionsabkommen** eröffnet erhebliche Potenziale. Angesichts von fast 1,5 Milliarden Einwohnern gilt Indien als einer der bedeutendsten Wachstumsmärkte weltweit. Die EU will ihr Zollregime für 99,5 Prozent der indischen Waren liberalisieren, Indien wiederum Zölle auf 96,6 Prozent der EU-Warenausfuhren senken oder streichen. Gerade für Industrieunternehmen entstehen dadurch neue Absatzchancen in einem Markt, dessen Wirtschaft 2025 um annähernd sieben Prozent gewachsen ist. 

Niedersächsischer Außenwirtschaftspreis 2026

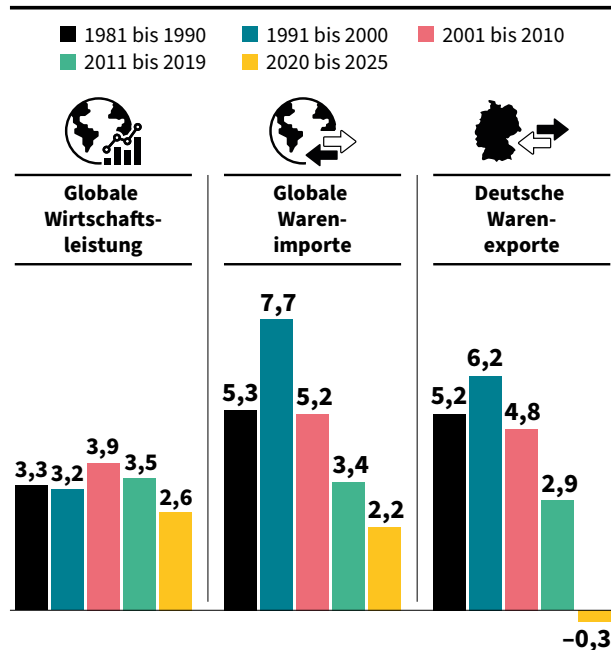
Der Niedersächsische Außenwirtschaftspreis 2026 würdigt seit 2003 niedersächsische Unternehmen, die sich durch besondere Exporterfolge, innovative Markterschließung und nachhaltige internationale Strategien hervortun. Die UVN sind Teil der Jury unter Vorsitz von Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier.

Die Auszeichnung findet traditionell während der HANNOVER MESSE statt und ist Teil des Niedersächsischen Außenwirtschaftstages. Das diesjährige Leitthema „Hidden Markets“ betrachtete unterschätzte Länder und Regionen mit Wachstumschancen für niedersächsische Unternehmen.

Sieger in der Kategorie „Kleine und mittlere Unternehmen“ ist die Simtec Systems GmbH aus Braunschweig. In der Kategorie „Großunternehmen“ überzeugte die DREWSEN SPEZIALPAPIERE GmbH & Co. KG aus Lachendorf. Der „Sonderpreis der Jury“ ging 2026 an die Keil Anlagenbau GmbH & Co. KG aus Bohmte-Hunteburg. 

Deutsche Exporte fallen zurück

Jahresdurchschnittliche reale Veränderung in Prozent



Quellen: Internationaler Währungsfonds, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Wirtschaftsmacht Europa – Außenpolitik im Wandel

Niedersächsische Wirtschaftsgespräche am 30. Juni 2026

Im Rahmen der Niedersächsischen Wirtschaftsgespräche sprachen wir mit Ministerin Melanie Walter (Ministerium für Europa und Regionale Landesentwicklung)

und der niedersächsischen Europaabgeordneten Lena Düpont MdEP über die Auswirkungen der europäischen Außen- und Wirtschaftspolitik auf den Standort Niedersachsen.



Deutlich wurde dabei die enge Verflechtung Europas und seiner Wirtschaft – von Exporten und Lieferketten über Industrie, Innovation, Energie und Infrastruktur bis hin zu „Made in Europe“ und europäischen Handelsabkommen. In den praxisnahen Diskussionen über Chancen und Herausforderungen für die regionale Wirtschaft zeigte sich klar: Nur als starke europäische Gemeinschaft bleiben wir eine ernstzunehmende Wirtschaftsmacht und können Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Wachstum langfristig sichern. ▀

Niedersächsische Delegation zu Gast in Israel

Im Rahmen der Israel-Delegationsreise auf Einladung von Staatssekretär Frank Doods, Chef der Niedersächsischen Staatskanzlei, wurde deutlich, wie eng wirtschaftliche Innovationskraft und gesellschaftliche Resilienz in Israel miteinander verbunden sind – und welche Impulse sich daraus auch für Niedersachsen ableiten lassen. Als Vertreter der niedersächsischen Wirtschaft begleitete UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe die Delegation.

Im Mittelpunkt standen insbesondere Zukunftsthemen wie Cybersicherheit, Mobilität, Energie, Robotik und Verteidigungswirtschaft. Unternehmensbesuche bei Aleph Farms, Cognata, Synergy7 und Cymotive Technologies zeigten eindrucksvoll die Innovationskraft israelischer Unternehmen von nachhaltiger Lebensmittelproduktion über autonome Mobilität bis hin zu Energie- und Sicherheitslösungen. Auch der Austausch mit der Ben-Gurion-Universität im Negev verdeutlichte das große Potenzial im Bereich Forschung und Technologietransfer. ▀



UVN fordern Gesellschaftsdienst für alle

Im Zuge des vom Bundeskabinett eingebrachten Gesetzes zur Einführung eines neuen Wehrdienstes forderten die UVN eine grundlegende Neuausrichtung des Wehr- und Zivildienstes hin zu einem verpflichtenden Gesellschaftsdienst für alle jungen Menschen nach der Schulzeit.

Aus Sicht der Wirtschaft reicht die geplante Einführung eines neuen Wehrdienstes allein nicht aus, um den aktuellen sicherheits- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Ein verpflichtender Gesellschaftsdienst – ob bei der Bundeswehr, im Bevölkerungsschutz oder im sozialen Bereich – kann nicht nur die Verteidigungsfähigkeit und die gesellschaftliche Resilienz stärken, sondern auch den Zusammenhalt fördern. Dabei sollten weder Frauen noch Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit doppelter Staatsangehörigkeit ausgenommen werden.

Aus unserer Sicht vermittelt ein solcher Dienst zudem wichtige Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, strukturiertes Arbeiten, Zeitmanagement und Gemeinsinn; Fähigkeiten, die auch im Berufsleben zunehmend an Bedeutung gewinnen. ▀

Sicherheits-politischer Dialog Niedersachsen

Mit dem neuen Gremium „Sicherheitspolitischen Dialog“ bildet die Landesregierung das politische Gegenstück zum niedersächsischen Rüstungscluster: Während das Cluster industrielle Kooperationen stärkt, schafft der Dialog der Landesregierung die strategische und sicherheitspolitische Verzahnung zwischen Wirtschaft, Staat und Sicherheitsakteuren.

Das neue strategische Format organisiert Sicherheit, Resilienz und Verteidigungsfähigkeit als gemeinsame Aufgabe von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Vertreterinnen und Vertreter aus Bundeswehr, Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen, Katastrophenschutz und Landesverwaltung diskutieren dabei über den Schutz kritischer Infrastrukturen, zivile Verteidigung, Lieferketten und staatliche Handlungsfähigkeit in Krisenlagen.

Für die UVN als Spitzenverband und Vertreter im Sicherheitspolitischen Dialog hat dieses Format eine große Bedeutung. Denn Unternehmen sind nicht nur Teil resilienter Liefer- und Produktionsketten, sondern auch zentrale Partner bei Infrastruktur, Logistik, Energieversorgung und Sicherheitsindustrie. ▀



UK Nord zur Gesamtverteidigungsfähigkeit 2025



RCN-Netzwerktreffen im Februar 2026 mit Ministerpräsident Olaf Lies bei der ABEKING & RASMUSSEN Schiffs- und Yachtwerft SE in Lemwerder.

Auftakt des Rüstungsclusters Niedersachsen am 29. August 2025.

Rüstungscluster Niedersachsen (RCN) vereint im ersten Jahr über 500 Netzwerkpartner

Niedersachsen steht geschlossen hinter seiner Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Nach dem im August 2025 überreichten Förderbescheid durch Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne konnte das UVN-Team um Dr. Joachim Algermisen ein starkes Rüstungscluster Niedersachsen vor allem aus Unternehmen, aber auch Forschung, Politik und Bundeswehr aufbauen. Ziel ist es, Kooperationen zu fördern, Innovationen zu beschleunigen und insbesondere mittelständischen Unternehmen den Einstieg in die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu erleichtern. Ein Jahr nach seiner Gründung sind mittlerweile rund 500 Akteure im Cluster organisiert.

Geostrategische Voraussetzungen

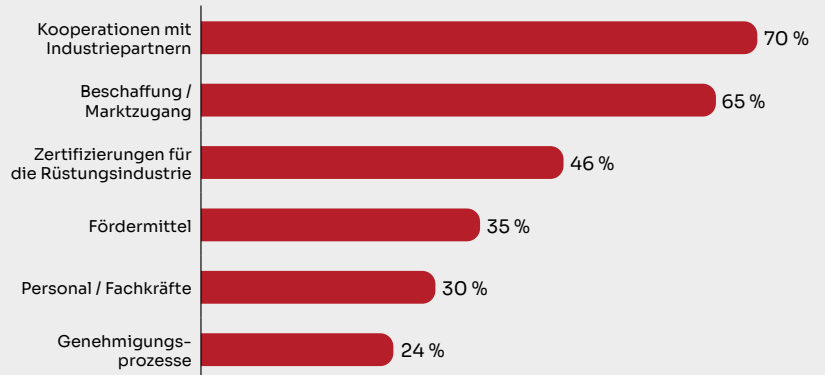
Niedersachsen entwickelt sich zunehmend zum führenden Standort der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie – von Emden bis Wolfsburg, von der Küste bis zum Harz. Als logistisches Rückgrat für Europa verbindet das Land durch seine Lage die Westhäfen mit den osteuropäischen NATO-Partnern. Wilhelmshaven

ist nicht nur Deutschlands einziger militärisch genutzter Tiefwasserhafen an der Nordsee, sondern auch wichtiger Marinestandort und zentraler Umschlagplatz für militärisches Gerät. Das dichte Netz aus Autobahnen, Schienen und Binnenwasserstraßen macht Niedersachsen zu einem zentralen Logistik-Drehkreuz.



RCN-Marktplatz zu Gast bei der in-tech GmbH in Wolfsburg

Bedarfsanalyse Rüstungscluster Niedersachsen



Quelle: Rüstungscluster Niedersachsen, Januar 2026

Rüstung made in Niedersachsen

Niedersachsen hat damit nicht nur die Infrastruktur für eine leistungsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, sondern auch die Unternehmen und Forschungseinrichtungen: Etablierte Größen wie Rheinmetall, Thales, RENK oder die Werftenindustrie treffen auf einen leistungsfähigen Mittelstand mit viel Dual-Use-Potenzial. Davon konnte sich auch Ministerpräsident Olaf Lies beim siebten Netzwerktreffen im Februar 2026 bei der ABEKING & RASMUSSEN Schiffs- und Yachtwerft SE überzeugen.

Unternehmens-Test ResilienzCheck.org

ResilienzCheck.org wurde von einem interdisziplinären Team aus Resilienz-Experten, IT-Experten, Krisenmanagement-Spezialisten und Organisationsberatern entwickelt. Es unterstützt Unternehmen und Organisationen dabei, ihre Widerstandsfähigkeit systematisch zu bewerten und gezielt zu verbessern. Der anonyme, wissenschaftlich fundierte Selbsttest umfasst 58 Fragen und basiert auf bewährten Frameworks des Krisen- und Resilienzmanagements.



Starke Stimmen



Dr. Andreas Jäger
UVN-Präsident
INW-Vorsitzender

„Die Verteidigungsindustrie ist ein strategisch wichtiger Wachstumstreiber in Niedersachsen, mit großen Systemhäusern und vielen mittelständischen Zulieferern. Unser Rüstungscluster bringt als übergreifendes Netzwerk alle relevanten Akteure zusammen, hebt so vorhandene Potenziale und stärkt die regionale Wertschöpfung, Beschäftigung und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands.“

Know-How und innovative Netzwerke

Die großen Systemhäuser und OEMs suchen weiterhin aktiv nach neuen Zulieferern und Innovationspartnern. Gleichzeitig erschweren hohe Anforderungen an Geheimschutz, Zertifizierungen und komplexe Beschaffungswege vielen kleineren Unternehmen den Markteintritt. Hier setzt der Clusteransatz gezielt an. Wie groß der Bedarf ist, zeigt unter anderem das neue Marktplatz-Format: Das Business-Speeddating bringt regelmäßig mehr als 50 Unternehmen zusammen und vermittelt passgenaue Gespräche, um gewinnbringende Kooperationen zu initiieren. Auch international wächst die Sichtbarkeit: Unser Gemeinschaftsstand sowie zahlreiche themenspezifische Führungen auf der HANNOVER MESSE waren stark nachgefragt. Daran knüpfen wir mit einem Gemeinschaftsstand und attraktiven Rahmenprogramm auf der DSEI 2027 an.

SOMMERFEST 2025

Verbundenheit. Verantwortung. Verlässlichkeit.

Mit dem UVN-Sommerfest sagen wir als Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft unseren Gremien, Mitgliedern, Sozialpartnern sowie unseren Partnerinnen und Partnern aus Kooperationen, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und weiteren gesellschaftlichen Bereichen Danke – für die enge, vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit im Einsatz für einen starken Wirtschaftsstandort Niedersachsen.

Das Sommerfest 2025 stand in einem besonderen Zeichen: der klaren Positionierung und strategischen Schärfung der UVN durch unsere neue Hauptgeschäftsführung.

Ein zentraler Schritt war die inhaltliche und kommunikative Weiterentwicklung unserer Markenpositionierung.

Die UVN stehen als Sozialpartner und Interessenvertretung ihrer Mitglieder heute klarer denn je für wirtschaftspolitische Expertise und Haltung – faktenbasiert, lösungsorientiert und mit dem Anspruch, als Stimme der niedersächsischen Wirtschaft wirtschaftspolitische Debatten aktiv mitzugestalten.

Ein herzliches Dankeschön gilt unseren Gästen für einen inspirierenden Abend – und ganz besonders unseren Sponsoren, ohne deren Unterstützung das Sommerfest nicht möglich wäre! 





Herzlichen
Dank unseren
Sponsoren



UVN-TERMINE

2025

Januar	28.	UVN Lunch-TALK mit MdB Dr. Mathias Middelberg (CDU)
Februar	03.	UVN Lunch-TALK mit MdB Christian Dürr (FDP)
	05.	UVN Lunch-TALK mit MdB Filiz Polat (Bündnis90/DIE GRÜNEN)
	07. – 08.	Prozessvertretertagung
	11.	Exklusiver ProCare-Messerundgang mit Minister Dr. Philippi
	14.	UVN Lunch-TALK mit MdB Lars Klingbeil (SPD)
	18.	UVN-Geschäftsführerkonferenz
	19.	Arbeitnehmerentsendung in der EU – Was Unternehmen wissen müssen (mit IHK Hannover)
	24.	UVN Präsidium und Vorstand
	24.	Wirtschaftsempfang der UVN LUH
März	03.	Informationsgespräch zur sicherheitspolitischen Lage mit Staatssekretär Nils Hilmer, Bundesverteidigungsministerium
	04.	Workshop: Umgang mit der veränderten politischen Landschaft
	13.	Leibniz Forum Arbeitsrecht
	19.	UVN Bildungs-Summit
	19.	Exklusiver Messe-Rundgang über die secIT
April	02.	Arbeitskreis Umwelt
	03.	Niedersachsen-Abend anlässlich der HANNOVER MESSE
	24.	Innovationen im Gesundheitswesen (mit AOK)
	28.	Update Verwaltungsdigitalisierung
Mai	07.	Frühjahrstagung SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen
	08.	Arbeitskreis Energie Net-Zero Industry Act (NZIA)
	12. – 23.	36. Wirtschaftsvolontariat Niedersachsen
	13.	Forum Unternehmensrecht
	14.	Ausschuss für Bildungspolitik und Bildungsarbeit
	19.	Energieimpulse (mit EWE AG)
Juni	03.	UVN-Frauen Netzwerk Business Lunch
	04.	Investitionen realisieren – Planungen und Genehmigungen rechtssicher beschleunigen
	10. – 12.	UVN-Wirtschaftsdelegation nach Brüssel
	18.	Online-Tutorial digitales UVN-Mitgliedernetzwerk
	24.	Präsidium und Vorstand
	24.	Mitgliederversammlung
	24.	Parlamentarischer Abend
	26.	unternehmen 4.0 – Klassiker trifft Newcomer (i.R.d. UNLEASH)
Juli	08.	UVN Dialogkreis Pflege
August	14.	Sommerfest der niedersächsischen Wirtschaft
	26.	Gründungssitzung des UVN-Ausschusses Rohstoffwirtschaft
	28.	Richter-Verbände-Gespräch

2025 – 2026

September	02.	Verleihung Niedersächsischer Sozialpreis gemeinsam mit der LAG FW
	11.	UnternehmerKULTUR KunstWELTEN
	15. – 16.	UVN-Arbeitsrechtsworkshop (2-tägige FAO-Fortbildung)
	17.	UVN-Geschäftsführerkonferenz
	26.	18. UVN-Golfcup
Oktober	07.	Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit (AÖffa)
	08.	Schulung der ehrenamtlichen Richter
	08. – 09.	Bau- und Rohstofftag von UVN und vero
	09.	UVN Lunch-TALK „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“
	22.10.	Informationsveranstaltung zum Masterplan Wasser
	28.	Digitale Souveränität
	28.	UVN Lunch-TALK „Psychische Gefährdungsbeurteilung“
November	28.	Schulung der ehrenamtlichen Richter
	03.	UVN-Frauen Netzwerk Business Brunch
	10. – 21.	36. Verwaltungsvolontariat Niedersachsen
	12.	Präsidium und Vorstand
	12.	15. Tag der Niedersächsischen Wirtschaft
	19.	Ausschuss für Bildungspolitik und Bildungsarbeit
	21.	Schulung der ehrenamtlichen Richter
	26.	Herbsttagung SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen
Dezember	27.	Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Energie und Umwelt
	12.	Austausch mit Sozialminister Dr. Andreas Philippi zur Pflegereform
	19.	Arbeitsrecht im Advent
2026		
Januar	29.	UVN Lunch-TALK zur Rückzahlung von Corona-Hilfen
	30.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN)
Februar	05.	Finanzgericht – Retter in der Not?
	10.	ProCare Messe: Diskussion & Rundgang mit Minister Dr. Philippi
	11.	UVN Geschäftsführerkonferenz
	12.	Nachhaltigkeit in öffentlichen Vergabeverfahren (online)
	17.	UVN Tea-TALK „E-Commerce in Niedersachsen – Faire Rahmenbedingungen für KMU“
	24.	UVN Präsidium und Vorstand
	24.	Wirtschaftsempfang UVN LUH
	27.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN)
März	05.	Leibniz Forum Arbeitsrecht
	12.	UVN Ausschuss Digitalisierung
	18.	UVN Bildungs-Summit
	19.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN) Marktplatz
	27.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN) und niedersachsen.digital
April	09.	UVN Lunch-TALK „NIS-2-Betroffenheitsanalyse“
	23.	Niedersachsen-Abend, Rundgänge HANNOVER MESSE

UVN-TERMINE

Mai	08.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN) Marktplatz
	21.	Net(z)working Open
	29.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN) und Ausschuss Energie
Juni	01. – 03.	UVN- und INW-Wirtschaftsdelegation nach Brüssel
	01. – 12.	37. Wirtschaftsvolontariat Niedersachsen
	02.	Forum Unternehmensrecht
	09.	Vortragsveranstaltung „Medien 2030: KI Revolution, Medienvielfalt und der Kampf um den Markt“
	12.	Gemeinsame Bereisung der Ausschüsse Energie und Umwelt
	15.	(ehem. Arbeitskreise Energie und Umwelt)
	16.	UVN-Frauen Netzwerk After Work
	17.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN) und BUVUS
		Mittelstands-Forum: Wirtschaftsmotor Defense
	17.	(RCN, UVN, PwC, IHK Hannover)
	24. – 25.	Ausschuss Kommunikation (ehem. Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit)
	26.	UVN-Rundgänge auf der Ideen-Expo
	30.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN)
	30.	UVN Präsidium und Vorstand
	30.	UVN Mitgliederversammlung mit Wahlen
		Niedersächsische Wirtschaftsgespräche mit Europaministerin Melanie Walter und MdEP Lena Düpont
August	13.	Sommerfest
	20.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN) zu Gast beim MatWiZEinsBw
	28.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN)
September	03. + 04.	Arbeitsrechtsworkshop
	09. – 10.	RCN-Delegationsreise nach Berlin
	09.	Klassiker trifft Newcomer
	17.	Berlin-Delegation UVN Dialogkreis Pflege
	17.	UVN Geschäftsführerkonferenz
	Quartal III	Gemeinsame Bereisung der Ausschüsse Rohstoffe und Umwelt
	24.	Leibniz Forum Arbeitsrecht
	24.	19. UVN-Golfcup
	25.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN)
	29.	UVN-Frauen Netzwerk mit Mareike Wulf MdB, Parl. StS im BMBFSFJ
Oktober	06.	Energieimpulse in Kooperation mit dem LEE
	30.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN)
November	02. – 13.	37. Verwaltungsvolontariat Niedersachsen
	03.	Update Verwaltungsdigitalisierung
	11.	Herbsttagung SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen
	12.	UVN Präsidium und Vorstand
	12.	16. Tag der Niedersächsischen Wirtschaft
	18.	Ausschuss Bildung (ehem. Ausschuss Bildungspolitik und Bildungsarbeit)
	27.	Rüstungscluster Niedersachsen (RCN)
	Quartal IV	Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Energie und Umwelt
	Quartal IV	Ausschuss Kommunikation

2025 – 2026

50+

UVN-Events pro Jahr

5.500+

Gäste

100+

Impulsgebende

10+

Partner-Events

Klare Haltung.
Starke Stimme.

Für die niedersächsische Wirtschaft.

Unsere Mitglieder finden alle
Veranstaltungen und Fachinfor-
mationen in unserem digitalen
UVN-Mitgliedernetzwerk



UVN-MITGLIEDER

Bezirkliche | Örtliche



Handel



Handwerk





Garten | Land | Forst



AfL Niedersachsen e.V.

Arbeitsgemeinschaft
forstwirtschaftlicher
Lohnunternehmer



**Familienbetriebe
Land und Forst
Niedersachsen**



AGV

DIE VERSICHERER
ALS ARBEITGEBER



Ihre Experten für
Garten & Landschaft



Landvolk Niedersachsen

Landesbauernverband e.V.

norddeutscher

bankenverband

Hamburg | Niedersachsen | Bremen

**Landesverband
der Maschinenringe
Niedersachsen e.V.**



Landesverband
Niedersachsen/Bremen



**Wirtschaftsverband
Gartenbau
Norddeutschland e.V.**



DEHOGA
NIEDERSACHSEN

Gesundheit | Pflege



arbeit
geber
verband
pflege



Arbeitgeberverband



**Bundesverband privater Anbieter
sozialer Dienste e.V.**



DER PARITÄTISCHE
Niedersachsen



**Diakonischer Dienstgeberverband
Niedersachsen**



Fachverband Nord

Fachverband Nord für Orthopädie-Technik
und Sanitätsfachhandel e.V.



Steuerberaterverband
Niedersachsen Sachsen-Anhalt e.V.



**Heilbäderverband
Niedersachsen**



PHYTOTHERAPIEVERBAND
VDB



**Verband deutscher
Unternehmerinnen**



**Niedersächsische
Krankenhausgesellschaft**



VdPkN

Verband der Privatkliniker
Niedersachsen und Bremen e.V.



VNZV VERBAND NORDWESTDEUTSCHER
ZEITUNGSVERLAGE UND DIGITALPUBLISHER E.V.

landes**apothekerverband**
niedersachsen e.V.

Andere Wirtschaftsbereiche



Hauptgeschäftsführung



Kommunikation



Gremien | Veranstaltungen



IT



In Elternzeit



Finanzen



UVN Büros in Berlin und Brüssel



UVN-TEAM

Arbeit | Soziales | Gesundheit | Bildung | Recht

	Christoph Meinecke Stellv. Hauptgeschäftsführer 0511 8505-250 cm@uvn.digital		Katrin Stumpfenhausen Abteilungsleitung Arbeitsmarkt Bildung Gesellschaft SchuleWirtschaft 0511 8505-280 ks@uvn.digital		Carina Slodowski Abteilungsleitung Gesundheit Pflege Arbeitsmigration 0511 8505-254 csl@uvn.digital
	Antje Quernheim Rechtsabteilungsleitung Arbeitsrecht Datenschutz 0511 8505-248 aq@uvn.digital		Claudia Steinbrück Team-Assistenz 0511 8505-246 cs@uvn.digital		Diana Spionek Team-Assistenz 0511 8505-282 ds@uvn.digital

Energie | Umwelt | Digitalisierung | Infrastruktur | Finanzen | Sicherheit

	Bianca Beyer Stellv. Hauptgeschäftsführerin 0511 8505-242 bb@uvn.digital		Christopher Meisner Referent Umwelt Nachhaltigkeit Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN) 0511 8505-244 cme@uvn.digital		Finn Halbach Referent Energie Klima Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN) 0511 8505-312 fh@uvn.digital
	Kerstin Gördes Abteilungsleitung Finanzen Wirtschafts- förderung Außenwirtschaft 0511 8505-346 kg@uvn.digital		Florian Rehr Abteilungsleitung Digitalisierung Innovation 0511 8505-363 fl@uvn.digital		Lea-Noelle Hübner Projektmitarbeiterin niedersachsen.io 0171 6932522 lnh@uvn.digital
	Dr. Joachim Algermissen Abteilungsleitung Sicherheit und Verteidigung 0511 8505-264 ja@uvn.digital		Christoph Pein Referent Sicherheit und Verteidigung 0511 8505-265 cp@uvn.digital		Quentin von Broecker Referent Sicherheit und Verteidigung 0511 8505-266 qb@uvn.digital
	Sabine Kollmeyer Team-Assistenz 0511 8505-340 sk@uvn.digital		Zehra Kut Team-Assistenz 0511 8505-311 zk@uvn.digital		Wiebke Krohn Arbeitgeberberatung für Personalentwicklung und Soziale Innovation 04131 87212-17 wkrohn@av-lueneburg.de

Impressum

Redaktion

Catharina Herrmann-Daues

Realisation

W&S Epic GmbH

Visuelles Konzept

2025: Kochstrasse – Agentur für Marken

Abbildungen

UVN | Weitere Bildrechte am jeweiligen Foto angegeben.

Hinweis: In dieser Publikation können einzelne Inhalte, insbesondere Bilder, Grafiken, Visualisierungen oder Textelemente, mithilfe künstlicher Intelligenz erstellt oder bearbeitet worden sein.

© 2026 Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN)

Schiffgraben 36 | 30175 Hannover | 0511 8505-243

uvn@uvn.digital, www.uvn.digital

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, sind vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. 



Unternehmerverbände
Niedersachsen

**Unternehmerverbände
Niedersachsen e. V. (UVN)**

Schiffgraben 36
30175 Hannover

Tel. 0511 8505-243

Mail uvn@uvn.digital

Web www.uvn.digital
